

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.40 Reichsmark, vierteljährlich 7.20 Reichsmark, halbjährlich 13.80 Reichsmark, jährlich 25.20 Reichsmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 16. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Optantenaustreibung.

Unterbrechung der nackten Gewaltanwendung.

Zu den widersprechenden Nachrichten über das Verfahren, welches die polnische Regierung in der Frage der weiteren Ausweisung deutscher Optanten einzuschlagen gedenkt, wird Mitb. auf Anfrage in Warschau folgendes mitgeteilt:

Die Unklarheiten sind dadurch entstanden, daß, wie es scheint, die Verfügung des polnischen Innenministers sich lediglich auf die zwangsweise Abschiebungen deutscher Optanten über die Grenze nicht aber, wie der „Kurjer Poznansti“ behauptet, auf die Ausweisungsvorgänge als solche. Seit dem 10. August sind zwangsweise Abschiebungen deutscher Optanten über die Grenze nicht mehr beobachtet worden.

Wenn man den Optanten das letzte Geld wegsteuert und ihnen die Wohnungen „beschlagnahmt“, ist das gerade Zwang genug auch ohne Handanlegung und Fußtritt über die Grenze!

Ministerpräsident Grabski über die Optantenfrage.

Warschau, 15. August. (Tl.) Ministerpräsident Grabski empfing den Vertreter der „Associated Press“ und gewährte ihm eine Unterredung über die Optantenfrage.

Interparlamentarische Union.

Tagung in Washington.

Am 1. Oktober wird die Internationale Parlamentarische Union in Washington einen Kongreß abhalten, auf dem 30 Nationen vertreten sein werden.

Stinnes-Schenkung.

Naheliegende Fragen.

Der Schritt des Herrn Edmund Stinnes, dem Betriebsrat der Aga von dem Aktienbesitz der von ihm kontrollierten Aga-Werke nom. 2 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, hat einiges Aufsehen erregt.

Das sind Worte, die nicht einmal passend angebracht sind. Wir halten uns an die Tatsachen. Die erste Tatsache ist der Stand des Unternehmens. Die Verpflichtungen der Aga betragen im Dezember 1924 6,5 Millionen Mark, die Aktiven 5 Millionen, heute stehen 12 Millionen Mark Schulden nur 9 1/2 Millionen Mark Forderungen und Waren gegenüber.

Die zweite Tatsache ist, daß Herr Stinnes der Belegschaft der Aga Löhne schuldet. Es ist immerhin eigenartig, daß anstatt fälliger Löhne Aktienpakete geschenkt werden.

Herr Edmund Stinnes begibt sich der Aktienmehrheit, er entledigt sich der Verantwortung. Will er etwa auch die Funktionen des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die er ausübt, auf den Betriebsrat übertragen?

Wir sehen in seinem Vorgehen weder „deale Ziele“, noch die Absicht einer grundsätzlichen Neukonstruktion der finanziellen Verfassung des Unternehmens, sondern lediglich einen Schachzug im Kampf um die geschäftliche Existenz.

Die Belegschaft der Aga hat gar keinen Grund, sich mit der Annahme dieses Angebots zu beeilen. Es gibt Befehle, die gefährlich werden können. Es sind eine ganze Reihe von

Ministerpräsident betonte, daß gute nachbarliche Beziehungen für beide Teile von größter Wichtigkeit seien. Der europäische Friede sei gefährdet, wenn dauernd ernste Gegensätze zwischen Deutschland und Polen beständen.

Minderheiten-„Recht“.

Unterdrückung in allen Siegerstaaten.

Der Führer der Siebenbürger Sachsen, Rudolf Brandtsch, veröffentlichte in der in Hermannstadt erscheinenden „Deutschen Tagespost“ einen Artikel, der mit Berufung auf das Beispiel der Siebenbürger Radjaren, die deutsche Bevölkerung Rumäniens auffordert, sich mit ihren Klagen auch an den Völkerbund zu wenden.

Im Anschluß an diesen Artikel Brandtschs fordert die „Deutsche Tagespost“ ein energisches Vorgehen und den Zusammenschluß sämtlicher Minderheiten Rumäniens.

Vorfagen zu klären, ehe man ein sicheres Urteil über die Wirkung einer Annahme abgeben kann. Man muß wissen, was man geschenkt erhalten soll.

Rechtsradikaler Jugendmißbrauch.

Entführungplan im Saargebiet.

Saarbrücken, 15. Aug. (Eigener Drahtbericht). Saarländische Rechtspartei machen verzweifelte Anstrengungen, um die Verantwortung für den aufgedeckten Attentatsplan gegen den Separatistenführer Schütler von den Rechtsorganisationen abzuwälzen.

Parteijubiläum in Belgien.

40. Jahrestag der Gründung der sozialistischen Partei.

Brüssel, 15. August. (E.P.) Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei hat heute den 40. Jahrestag der Parteigründung festlich begangen.

Der Sprung ins Unheil.

Das Hazardspiel der Rechtsparteien.

Es besteht ein bemerkenswerter Unterschied in der Beurteilung der Ergebnisse der Sitzungsperiode des Reichstages, die mit dem Eintritt der Sommerferien abgeschlossen worden ist, zwischen der großen deutschnationalen Presse, die in Berlin erscheint, und der deutschnationalen Agitationspresse im Lande.

Ganz anders klingt es aus der deutschnationalen Agitationspresse im Lande. Da jubelt man darüber, daß die Grundlagen für ein deutschnationales Deutschland gelegt seien.

In diesen agitatorischen Triumphgesängen der deutschnationalen Provinzpresse kommen die heimlichen Hoffnungen der Deutschnationalen ehrlicher zum Ausdruck als in den mehr zurückhaltenden Betrachtungen der in Berlin erscheinenden deutschnationalen Interessentenorgane.

Es wäre immerhin wertvoll für die Leitung der Zentrumspartei, wenn sie nicht nur auf das Drängen der Interessenten im eigenen Lager hören und sich nicht nur mit der Opposition in den eigenen Reihen auseinandersetzen wollte.

Das Zentrum teilt die Verantwortung für das, was geschehen ist, und für das, was kommt, mit den Rechtsparteien, als deren Bundesgenosse es gehandelt hat.

Dies Wort vom Sprung ins ungewisse kontrastiert mit dem deutschnationalen Jubel, daß es nun „vorwärts und aufwärts“ gehen werde im Zeichen des Kampfes gegen den Inflationswindel.

Vorwärts und aufwärts! Wir sind in einer wirtschaftlichen Krise, und die Wirtschaftsgelegenheit der Rechtsparteien, weit entfernt davon, den Weg aus der Krise zu zeigen, wird sie verschärfen. Wenn erst das Wechselspiel zwischen Preiserhöhungen und Lohnsenkungen und nachfolgenden Steuererhöhungen wieder in Betrieb kommt, so sind die Hoffnungen auf eine Ueberwindung der Krise in relativ kurzer Frist dahin. Das Gespenst einer wirtschaftlichen Katastrophe ist durch diese Gesetzgebung heraufbeschworen worden. Das Wirtschaftsleben befindet sich in einem Zustand dauernder Nervosität. Es brennt unter der Decke. Den Vorgängen, die sich um den Krach des Stinnes-Konzerns und die Versuche zu seiner Sanierung gruppieren, kommt symptomatische Bedeutung zu. Eine Gesetzgebung, die in dieser Situation nach dem eigenen Urteil der Gesetzgeber einen Sprung ins Ungewisse darstellt, zeugt von Abwesenheit jedes Verantwortungsbewusstseins. Wir fürchten, daß dieser Sprung ins Ungewisse ein Sprung ins Unheil gewesen ist, und wir stellen von vornherein fest, daß die volle Verantwortung dafür jene Parteien trifft, die als wirtschaftspolitische Hasardeure den Weg vorwärts und aufwärts mit einem Sprung ins Ungewisse zu erreichen glaubten.

Aber sie meinen ja gar nicht den Weg, der vorwärts und aufwärts führt. Sie denken nicht an die Interessen des ganzen Volkes, an den Aufstieg der ganzen deutschen Wirtschaft, an den Weg zu Kultur und Wohlfahrt für die ganze Nation. Sie denken nur an die eigenen Interessen. Sie wollen die soziale Verschiebung, die in der Inflationszeit stattgefunden hat, verewigen und verschärfen. Sie haben sich den Umstand, zuzunehmen, gemacht, daß die Arbeiterschaft als Klasse aus den Wirren der Inflation geschwächt hervorgegangen ist. Sie haben ihr neue Lasten auferlegt. Sie haben zugleich einen erfolgreichen Feldzug gegen die Interessen der Bevölkerungsführer geführt, die ihre soziale Stellung am Ende der Inflationszeit behauptet hat: die Bevölkerungsgruppe des Beamtenstandes in weitestem Sinne des Wortes. Diese Bevölkerungsgruppe und mit ihr die breiten Massen der Verbraucher hat die Last des Tributs zu tragen, den die Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsparteien dem Volke auferlegt hat.

Vorwärts und aufwärts heißt für die Rechtsparteien: Von der Demokratie zum plutokratischen Regiment. Der Weg dazu ist beschritten. Der Einfluß der Schwerindustrie hat den Einfluß der verarbeitenden Industrie und des gewerblichen Mittelstandes beiseite geschoben. Die Großagrarien haben sich im Reichsland und ein Organ geschaffen, mit dessen Hilfe sie gegen die Interessen der arbeitenden landwirtschaftlichen Bevölkerung ihre eigenen Interessen politisch durchzusetzen vermögen. Der wahre Weg vorwärts und aufwärts erfordert den Kampf aller demokratischen Kräfte gegen die plutokratischen Tendenzen, die die Rechtsparteien vertreten. Die allgemeine Situation spiegelt sich im besonderen in der inneren Lage des Zentrums wider. Dort kämpfen agrarisch-kapitalistische Interessen gegen die demokratische Bestimmung der breiten Massen der Zentrumswähler. Dort haben in dem abgelaufenen Tagungsabschnitt des Reichstages die plutokratischen Interessen über die demokratischen Tendenzen einen Erfolg davongetragen. Der wirtschaftspolitische „Sprung ins Ungewisse“ ist für das Zentrum selbst ein Sprung in ein ungewisses politisches Schicksal. Die Verantwortung, die es zu tragen hat, wiegt schwer. Doch schwerer die Entscheidung, vor der es in der nächsten Zukunft steht. Will es mit den Deutschnationalen weiter vorwärts gehen zur Herrschaft des Plutokratismus, oder will es mit den Kräften der Demokratie um den Weg zur Befreiung kämpfen? Von der Haltung des Zentrums in der Zukunft wird es abhängen, ob bei der kommenden Sammlung aller demokratischen Kräfte gegen die plutokratischen Tendenzen der entscheidende Kampf mit dem Zentrum oder gegen das Zentrum geführt werden muß.

Heimwärts.

Von Walter G. Dschilewski.

Hannes, ich will keine Geschichte erzählen. Doch was ist das Wort, zu einer kurzen Rede gedehnt, anderes als die Hinweisung auf das Ewig? Als ich vor einigen Wochen aus dem kleinen böhmischen Davorow kam, begegnete ich einem alten Holzhauer.

Ich froh müde und hungrig die vom Gewitter zerfetzte Straße hinan und wollte nach Budwaco, wo ich eine warme Suppe roch. Dieser alte Mann war seit Tagen wieder das erste menschliche Wesen, das ich in diesen tiefen und dunklen Wäldern sah, und das Herz war bereit, ihn wie einen nahen Verwandten zu begrüßen. Diese Heimlichkeit des Gefühls in der Kürze des Entsetzens wird nur der verstehen können, der selbst einmal ein Jüngling ohne Heimat war, und den monatelang auf der Landstraße und in den Bergen nur Regen, Bergfluch, Wald Dampf und der Teufel in den Händen hielt. Ich sog mich in die Gestalt hinein, als gäbe es keine Grenzen mehr zwischen alt und jung. Seine Augen schienen wie Bernstein zu glühen; als ich aber tiefer hineinschaute, dunkelte es unter der hohen Stirn wie im Garten von Gethsemane, und es war ein großes Kreuz darin. Meine Lippen zitterten und ein Name sprang darüber; es war das fromme Wort: Vater! Sollte ich rufen? Sollte ich schreien? Sollte ich mich glauben machen, daß dieser Holzhauer auf der böhmischen Straße mein Vater sei? Es war genug, daß mich diese magische Begegnung in die Heimat warf und ich wieder wußte, daß in den Steinfeldern des Nordens ein Haus steht, das mich einst der Welt gab, als ein Mensch, der ich nun bin.

Ich erinnere mich der Nacht, als unsere Mutter starb. Es war der 8. Juli — ich sah von meinem Bett die große schwarze Zahl im Mondlicht dunkeln — und es hätte noch 175 Tage bedurft, um wieder ein bürres Jahr beschließen zu können. Aber es gehört zu einer schönen oder vielleicht traurigen Freiheit des Menschen, in den Tod zu springen, wenn man will. Meine Mutter, die die Schwere der Zeit wie eine eiserne Kette um den Hals trug, wollte das Ende, und als der Nachtwind durch das offene Fenster flog und eine kühle Welle das Blatt des Kalenders auf den nächsten Tag warf, war sie tot. Ich, der ich damals noch ein Knabe war, empfand diese Möglichkeit, sterben zu wollen, als etwas Zaubrisches. Und ich kann auch heute noch nicht leugnen, daß das Spiel mit dem Tod ein Spiel mit bunten Glaskugeln ist und sehr viel Freude macht.

Aber mein Vater sprang empor wie eine Fontäne aus Blut und Schrei und lag dann wie ein zersplitterter Speer.

Heute, ja erst heute, wird mir bewußt, daß der Zusammenbruch dieses starken, durch Arbeit und Kampf zu Stahl gewordenen Mannes nicht sowohl der plötzlich überkommene Schmerz über den Tod war, als vielmehr der Gedanke der kommenden Einsamkeit seines Lebens, das nur durch die Verbindung mit der liebsten Kameradin die stumme und vollendete Rundung erhielt. Diese Erschütterung war das Ende eines furchtbaren Wartens, das nun war. Ich höre

Junker und Richter.

Preussischer Verkehrston: „Hochachtung, die Ihnen zukommt.“

In Ostpreußen sind die ganz echten reinpreussischen Junker nach dem Herzen der „Kreuzzeitung“ zu Hause, denen Preußen notwendig ist, Deutschland nicht.

Zu diesen Gestalten gehört augenscheinlich jener Herr v. Buttler aus Benedien im Kreise Röhungen, von dem der „Ostpreussische Landbote“, das Gaumittelungsblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes, folgende nette Sache erzählt:

Der Freiherr hatte mit einem seiner Arbeiter eine Klage auszufechten. Diese Klage des Arbeiters lautete auf Zahlung der Umzugskosten. Nach dem Tarifvertrag hat der Arbeitgeber die Umzugskosten für Arbeiter zu zahlen, die ihm aber zurückverfassen sind, wenn das Arbeitsverhältnis durch Verschulden des Arbeiters vorzeitig gelöst wird. Die Klage wurde vom Deutschen Landarbeiterverband vertreten. In vier Terminen erschien der Beklagte nicht, sondern schickte seinen Oberinspektor, ohne ihm aber Vollmacht zu erteilen. Darauf erging am 23. Juni vom Röhunger Amtsgericht das Verschärfungsurteil gegen den Beklagten.

Von seinem Einspruchsrecht machte dieser nun in folgendem Schreiben Gebrauch:

Benedien, den 4. Juli 1925.

An das Amtsgericht Röhungen.

In der Sache des fremdländischen Arbeiters Meier gegen mich hat das Gericht — ich muß schon sagen „natürlich“ — den Kassen in Schutz genommen und gegen mich geurteilt.

Zunächst habe ich von vornherein darauf hingewiesen, daß ich nie mit dem Kert selbst verhandelt habe, er lediglich vorbehaltlich meiner Bestätigung als Arbeiter angenommen wurde und also sich ausschließlich mit meinem Beamten zu streiten Anlaß hat.

Dies zu kapieren ist wirklich einsach. Die Klage gegen mich hätte abgewiesen werden müssen. Zur Sache selbst aber verweise ich nunmehr auf folgende Logik des Gerichts:

1. Ich werde wegen Vergehens bestraft, weil ich es unterlasse, in Erledigung unendlicher bürokratischer Arbeit deutsche Rückwanderer rechtzeitig beim Landesarbeitsamt zwecks Legitimationskarten anzumelden.

Die Leute sind bereits acht Jahre hier. In meinem Strafregister wird das geführt! Nachdem nun ein Mann vollkommenster Art seine Herkunft nicht angibt und also Betrug übt, werde ich wieder bestraft.

Wenn man schon keine Gerechtigkeit erwartet — gefunden Menschenverstand sollte man schon voraussehen können.

2. Die Hilfskräfte der Familie entschöpfen ihren Wohnforderungen nach nicht den Leistungen, welche abmangemessen an sie gestellt werden müßten.

Das ist sogar indirekt von der Gegenpartei zugegeben.

3. Diese wilden Leute gehören überhaupt nicht zu der Arbeiterschaft, welche auf die Grundzüge im Tarif Anspruch haben. Also auch hiernach ist die Forderung auf Rückvergütung der Transportkosten unberechtigt.

Alles in allem lege ich gegen das „Urteil“ Berufung ein. Mit der Hochachtung, die Ihnen zukommt

Frhr. von Buttler.

Das Schreiben zeigt den ganzen Herrdünkel, der einer gewissen Klasse von Bürgern der Republik eigen ist. Daß der Arbeiter ein „Kert“ ist — nun, darüber sind sich ja alle Großagrarien einig. Aber daß der Freiherr von Buttler dem Amtsgericht gesunden Menschenverstand und Logik abspriecht, daß er schließlich dem Amtsgericht die „Hochachtung“ ausspricht, die ihm zukommt, das ist doch so ausgeprägt borussisch, wie es nur im Umkreis des Bundes wachen kann. Wenn jedoch ein Arbeiter etwa einen Einspruch oder eine Berufung bei Gericht mit einem ähnlichen Brief begründen wollte, wie der Freiherr — was meint man wohl, wie viele Monate Gefängnis der Staatsanwalt beantragen würde?

Ein internationaler demokratischer Friedenskongreß wird in Lugenburg vom 9. bis 14. September tagen.

noch die Worte — es ist aber keine süße Musik —, die ich als Kind einmal auffing, als noch in einer der vielen Arbeitsnächte die Nähmaschine durch meine Müdigkeit kurrte: „Ich kann dich nie sterben lassen, Weib, so brauche ich den Saft deiner Stimme.“ Daß dies ein Mann sprechen konnte, der aus Stein gemauert schien, hat noch heute meine Andacht.

Aber er mußte sie doch sterben lassen. Drei Tage und drei Nächte lag er zusammengeworfen wie ein Sack, drei Tage und drei Nächte lag er unter dem Mondlicht und dem Kristall der Sonne, daß schon die Tränen das Gesicht zerfräßen und der Leib gespenstisch leuchtete wie ein Totenhaus. Bis ihn am vierten Tage der Hunger seiner Kinder zur Arbeit mahnte und die Leichenräger kamen.

Es sind jetzt sechs Jahre vergangen. Eine lange Zeit, die sich in den Schmerz hob und ihn dauern machte. Der Bruch in seiner Existenz ist geblieben. Die Augen sind dunkel wie ein Jesuogarten. Und die Stirn ist ein grauer Fabriksplaf.

Wenn die Müdigkeit des Tages wie Rauch in den Sinnen liegt, wandert er hinauf auf den Kirchhof. Man glaubt, das Volk Israel zöge durch die Wüste, denn viele Schätze wandern mit. Staub liegt in seinem Gebet, und wenn die Sonne vergeht, daß es Tag war, kann man sehen, wie ein Mann sich über das Grab beugt und dann zornigbrochen liegt in den Trümmern seines Schmerzes wie ein in der furchtbaren Nacht.

Ich lag im Hamburger Hafen zwischen Orangen und Reis und hielt das Herz wie eine Fahne; Wind sollte kommen und mich übers Meer tragen, ich lief durch Deutschland, Böhmen, und auch in Oesterreichs grünem Wäldertal wohnte ich, sprang nach Italien, unruhigen Herzens, ein sehnsüchtiger Mensch — aber ich bin arm geblieben. Und das Segel ewigen Wanderns steht in mir.

So werde ich dem alten Mann kein Haus aus Glas und Wunder bauen können, denn alle goldenen Dinge fahren an mir vorüber. Aber die Sternnächte in Oesterreich, das goldene Blies am Himmel, die Waldgewitter Böhmens und Venedigs Feuerstimmen gaben mir ein Herz, darin er wohnen soll.

Wir alle hätten etwas Ehrfurcht nötig. Wenn die Väter oft werden, glauben wir gleich, die Welt werde sterben gehen. Sie lebt aber noch immer und ist jung, schmerzbereit, glühend, groß.

Hannes, sei nicht müde des ewigen Hinwelles eines Sohnes, den der Dank offen macht, zu sagen, wen er liebt. Ich wollte keine Geschichte erzählen. Ich wollte nur einige Aufzeichnungen machen, die das Antlitz eines Mannes zeigen, der mein Vater ist und auch dein Vater sein könnte.

Wir verlorenen Söhne in den Staubgruben der fremden Länder sind das Echo ihrer väterlichen Stimmen, das sie nicht hören wollen.

Das längste Telephonkabel der Welt, nämlich die Verbindung New York—Osaka, wurde in diesen Tagen vollendet. Das Kabel ist rund 1400 Kilometer lang, zu gleicher Zeit können darauf 250 Telephongespräche geführt und 400 Telegramme abgemittelt werden. Die Herstellungskosten belaufen sich auf 25 Millionen Dollars.

Boruch habo, er is wieder do.

Ludendorff „zu die Daitchen vün Paulen“.

Der große General vom Münchener Biergarkeller, der Mann mit der blauen Brille, Erich Ludendorff-Lindström, hat vor wenigen Tagen von München sich nach Schneidemühl begeben und dort gewaltige Töne geredet. Zu den aus Polen vertriebenen deutschen Offizieren, die begreiflicherweise wegen des Verlustes ihrer Heimat und ihrer Habe, wegen der Ungewißheit ihrer Zukunft ohnehin nicht in rosiger Stimmung sind.

Ihnen hat Erich Lindström-Ludendorff, der Mann mit dem Reichstagsmandat, das er nicht ausübt, der Diäten und der Freifahrtskarte, in dieser Weise das Vaterland schmachtasi zu machen gesucht:

Die fluchbeladene Revolution, die fluchbeladenen Volksbeauftragten und ihre fluchbeladenen Schiffe, z. B. Helio v. Gerlach, aber auch die Unfähigkeit militärischer Stellen in Polen und anderwärts und ihre Unschlüssigkeit lieferten dieses alldäuische Land... den Polen aus. Damit verzichtet Schwarz-Rot-Gold auf die große deutsche Kulturarbeit in jenen Gegenden und zerstört das Wert des großen Preussens. Sie trönten ihr eigenes verderbliches Handeln, das schon lange darauf gerichtet war, die Macht Deutschlands und namentlich des von ihnen gehöhten Preußens in jenen Gegenden zu untergraben und fremdes Volkstum zu stärken. Hier wie überall arbeitete Schwarz-Rot-Gold mit den staatlichen und namentlich überstaatlichen Feindmächten zusammen gegen das von ihnen unabhängige Deutschland-Preußen, unter der protestantischen Hohenzollernndynastie, ganz gleich, welches deutsche Volkstum, welche unendlichen Kulturwerte vernichtet wurden.

Dieses Schwarz-Rot-Gold, mögen ihm immer auch Deutsche heute den schwarzweißroten Stempel geben, hat jetzt zu aller Schuld neue Schande getan...

Die Barmats erhalten Geld, der Feind erhält Geld, die deutsche Wirtschaft leidet den Juden Frondienste, aber für Märtyrer deutschen Blutes und deutschen Volkstums fehlt das Geld, um wirklich durchgreifende Hilfe zu leisten und große völkische Aufgaben in Angriff zu nehmen...

Herr Strefemann soll gesagt haben, wir müssen alles hinnehmen, weil wir wehrlos wären. Fluch zunächst denen, die uns wehrlos machten, statt zu kämpfen. Daß aber jenes Wort gefallen ist, wird kaum zu bezweifeln sein, denn es entspricht ganz dem Denken jenes Mannes und dem Denken des Auswärtigen Amtes, das ich schon im Arlege wohl als minderwertigste der vielen minderwertigen Behörden in Berlin kennen lernen mußte...

An Stelle ehr- und deutschwärtiger Verträge und Sicherheitspakte mit dauernder Verklauung an alle Feindmächte gehört eine Politik der Würde und dabei die Aufrollung der Schuldfrage, um endlich dem Lügeninstrument von Versailles die Grundlage zu nehmen.

Eine Regierung, die die Kräfte des Volkes hinter sich bringen will, muß an Stelle der überall herrschenden hindenden Korruption den sittlichen Staatsgedanken setzen, statt sich selbst, wie bei der „Abwertung“, der Behandlung des Korruptionsstandals an die Spitze der Entfittlichung zu stellen. An Stelle der schwarzrotgoldenen Gewaltherrschaft, der Juden und einer die Religion mißbrauchenden politischen Macht hat die Herrschaft des Volkes oder die Herrschaft für das Volk zu treten, verantwortlich, selbstlos, stark genug, der Hydra im eigenen Lande Herr zu werden... Wir wissen, daß die heutige Reichsregierung und die Bundesstaatsregierungen im allgemeinen, namentlich die hier in Betracht kommenden preussischen, nicht zur Lösung großer deutscher Kulturaufgaben fähig sind...

In diesem Stil redet der „graue General“ „zu die sieben Daitchen aus Paulen“, wie er einst „zu die Sidden in Paulen“ zu reden wußte!

Man fragt sich wirklich, ob nicht den Anbetern des alten Systems ein Gefühl der Scham überkommt bei dem Gedanken daran, daß dieser Ludendorff einmal mit fast un-

Archäologische Funde in Rhodesien. Ein Fund von großer Wichtigkeit für die afrikanische Urgeschichte ist in den Ruinen des Injanga-Gebietes von Südrhodesien gemacht worden. In dem langen, engen Landstreifen östlich von Salisbury, an Portugiesisch-Ostafrika angrenzend, befindet sich eine Reihe interessanter Ruinen, die an Größe nur von den Ruinen von Zimbabwwe übertroffen werden. Es gibt hier gewaltige Terrassen und Aquadukte, die einstmalig für eine große Bewässerungsanlage errichtet wurden. Aber bisher hatte man noch nicht den geringsten Gegenstand gefunden, der einen Anhaltspunkt für die Erdauer dieser Ruinen geboten hätte. Nun ist es dem Archäologen Edward Rossiter gelungen, in einer Tiefe von 10 Fuß eine Urne zu finden, die fünf sehr dicke Kupferringe enthält. Man schätzt das Alter dieses Fundes auf 8000 bis 10000 Jahre; sie sind die einzigen Kunstarbeiten, die man bisher hier entdeckt hat, und dürften einigen Aufschluß über die rätselhafteste Urkultur Ostafrikas geben.

Seltames Vermächtnis. Eine amerikanische Schriftstellerin, Helen Gardner, die sich viel mit Untersuchungen des menschlichen Hirns befaßt und über diesen Gegenstand eine Anzahl volkstümlich-wissenschaftlicher Schriften herausgegeben hat, ist dieser Tage im Alter von 72 Jahren unter Hinterlassung eines seltsamen Testaments gestorben. In der Annahme, daß die Wissenschaft bisher wenig Gelegenheit gehabt habe, das Gehirn von Frauen zu studieren, die im Leben ihre wirkliche geistige Gleichwertigkeit mit Männern bewiesen haben, und daß sich bis heute die Behauptung von der geistigen Minderwertigkeit der Frau nur auf die Untersuchung der Gehirne solcher Frauen gestützt habe, die im Leben irgendwem Schiffsbruch gelitten hätten, erklärt die Verfälschene in ihrem Testament, daß sie es nur für gerecht halte, wenn nach ihrem Tod ihr Gehirn, das sie immer nur zur Befreiung der Vage der Frauen verwendet habe, durch Sachverständige untersucht werde, um zu beweisen, daß es den Vergleich mit den besten Männergehirnen der Welt aushalte. Auf Grund dieses Testaments ist das Gehirn der Verstorbenen bereits in den Besitz der Cornell Universität übergegangen. Man darf auf das Ergebnis der Untersuchung gespannt sein.

Staatsoper. Im Obernhaus Unter den Linden wird die neue Spielzeit am Donnerstag, den 20., mit einer Aufführung der „Fauderflöte“ eröffnet werden. Vorverkauf ab Sonntag täglich an den üblichen Verkaufsstellen. — Die Oper am Königsplatz bleibt vom 17. bis 29. August wegen häuslicher Arbeiten geschlossen. Am 30. August beginnt das Fawlowa-Ostspiel.

Die größte Sternwarte der Welt soll jetzt auf dem Mont Solaise in Ober-Savoie errichtet werden. Es soll dort ein Fernrohr aufgestellt werden, das 105 Fuß im Durchmesser hat, ferner eine Anzahl von Fernrohren von 50 und 60 Fuß Durchmesser. Die höchste Stellung dieses 1500 Meter hohen Berges, der die Stadt Evian überragt, und seine guten atmosphärischen Bedingungen lassen die Lage als besonders günstig erscheinen. Auch eine große Zerstreuung soll hier eingerichtet werden.

50 000-Voll-Wasserkabel-Verlegung durch den Sund. Die Tatsache, daß sich ein vor mehreren Jahren durch den Sund verlegtes Wasserkabel von 35 000 Volt vorzüglich bewährt hat, gab Veranlassung, daß in diesen Tagen zwischen Helsingör (Dänemark) und Helsingborg (Schweden) eine weitere Kabelverbindung durch den Sund hergestellt wurde, die durch ihre hohe Betriebsspannung von 50 000 Volt und ihre Länge von 6400 Meter einzigartig ist.

beschränkter Machtvollkommenheit über Heer und Heimat hat verfügen dürfen! Ein Mann mit so beschränktem Wissen, solchem Mangel an politischem Blick hat durch Jahre als der Heros der „Deutschen Vaterlandspartei“ ausposaunt werden können!

Es ist ein Verdienst der Demokratie, daß sie die Spreu vom Weizen, die Körner von den Schwämmern sondert. Sie hat Erich Ludendorff längst zur Spreu geworfen und zahlt ihm dafür Pension, gewährt ihm eine Freifahrtkarte als Reichstagsabgeordneter und die Diäten dazu!

Im übrigen läßt sie den großen Mann reden. Er ist ungefährlich und blamiert mit seinen Angriffen gegen die deutsch-nationale Reichsregierung und gegen die Farben Schwarz-Rot-Gold vor allem sich selbst. Und in der Beziehung hat er wirklich nicht mehr viel zu verderben.

Kommunisten und Freidenkergemeinschaft. Die neueste Spaltungsfaktion.

Aus dem Lager proletarischer Freidenker wird uns geschrieben: In 49 der Sitzungen der kommunistischen Partei besagt: „In allen außerparteilichen Arbeiter- und Bauernorganisationen und Organen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Aufklärungs-, Sport- und andere Vereine, Kriegsteilnehmer-, Betriebsräten, Erwerbslosenverbänden, auf Kongressen und Konferenzen, in den Gemeindevorkantungen, Gemeindevertretungen, Parlamenten usw.), in denen wenigstens zwei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik in der außerparlamentarischen Bewegung kommunistische Fraktionen organisiert werden.“

Danach steht die Betätigung der kommunistischen Größen im Sinne ihrer „Einheitsfront“ aus, die sie immer noch im Munde zu führen wagen. Jede Organisation, jeder Verein, jeder Kongress von Arbeitern ist ihnen willkommen als Lummelplatz für ihre zerstörenden Kampfmethoden. Das hat in den letzten Monaten auch die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ erfahren müssen, eine kulturpolitische Vereinigung, in deren Reihen Sozialisten wie Kommunisten wirklich gemeinsame Ziele verfolgen könnten. Doch daran ist nicht zu denken. Weshalb? Der Vorstand ist sozialdemokratisch, ganz einfach deshalb, weil die Mitglieder in überragender — in Leipzig z. B. dem Sitz des Hauptvorstandes, zu über 90 Prozent — der Sozialdemokratischen Partei und nicht der kommunistischen angehören. Das ist Grund genug für die kommunistischen Mitglieder der Vereinigung, ihre ganz widerwärtige Hege zu entfalten, und zwar unter ausgiebiger Benützung der haalischen Mittel des angeblich von ihnen so bekämpften kapitalistischen Klassenstaates. Zunächst wählten die Kommunisten mit dem Sekretär Wolf an der Spitze einen eigenen wilden Hauptvorstand. Dieser verhandelte mit dem statutenmäßig gewählten Hauptvorstand über ein gemeinsames Zusammengehen. Gleichzeitig aber bemühten dieselben kommunistischen Unterhändler die sächsische Justiz, die ihnen plötzlich als willkommenes Stützgerüst erschienen; sie ließen die beiden Vorstehenden Mayer und Knieß vor das Landgericht Leipzig laden, um einen Gerichtsbescheid herbeizuführen, der den beiden Vorstehenden jede Tätigkeit in Wort und Schrift unterbinden sollte unter Androhung höchster Geldstrafen oder sechs Monaten Gefängnis in jedem Einzelfalle. Die Sache war zu fein gesponnen, das Landgericht Leipzig tat den kommunistischen Drahtziehern den Gefallen nicht. Die Klage wurde vielmehr zurückgewiesen, die Kosten von rund 1000 M. haben die Kläger Wolf, Heinicke und Konsorten zu tragen. Diese Freidenker haben sich die Urteilsbegründung, die sie gegen sich heraufbeschworen haben, sicher nicht hinter den Spiegel gesetzt. Dann zunächst wurde festgestellt, daß die sich profilierenden Hauptvorstand nennenden Herren überhaupt kein Recht haben, zu klagen, und dann erklärt das Urteil kurz und bündig: „Allein rechtmäßiger Hauptvorstand ist nach dem Statut nach wie vor der durch Mayer und Knieß vertretene Hauptvorstand!“

Was nun? Jeht war auf einmal den kommunistischen Freidenkern das Urteil der von ihnen selbst angerufenen bürgerlichen Justiz nicht maßgebend. Also griffen sie zu einem radikaleren und tödlicheren Mittel. Sie mobilisierten den „Roten Frontkämpferbund“, ließen von dessen Garde die Hauptgeschäftsstelle besetzen und das gesamte Inventar, wie Tische, Stühle, Kaffeetische, Bücher, Briefordner usw. wegkloppen, und zwar in die Geschäftsräume des Sekretärs Wolf. Als der Hauptvorstand diesem Vorhaben ein Ziel setzen wollte, riefen die Kommunisten die von ihnen sonst so beschimpfte Polizei heran, die erst ihrerseits aufgelöst werden mußte, bis sie das Spiel durchschaute, das die kommunistischen Frontkämpfer hier im Sinne ihrer „Einheitsfront“ spielten.

Inzwischen hat eine statutenmäßig einberufene Hauptversammlung endlich die nötige Klärung gebracht. Die kommunistischen Treiber hatten der Einladung allerdings keine Folge geleistet, sie scheuten anscheinend die Verantwortung. Die Hauptversammlung genehmigte ein neues Organisationsstatut, beschloß die Eintragung der Gemeinschaft in das Vereinsregister und wählte den neuen Vorstand: Adolf Müller als ersten, Theo Mayer als zweiten Vorstehenden. Die weitere Auseinandersetzung mit den Kommunisten bleibt vorläufig abzuwarten.

Welches ist die Lehre, die sich aus diesen jüngsten Erfahrungen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker ergibt? Ganz einfach: Es gibt weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem noch auf kulturpolitischem Gebiete die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten, die nur zerstören und sprengen wollen, und zwar im Auftrage ihrer höchsten Instanzen und nach Anweisung der Sitzungen der K.P.D. Daran gilt es für jeden Sozialdemokraten die einfachsten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Noch immer Kriegsgerichtsurteile. Im besetzten Gebiet.

Landau (Pfalz), 15. August. (Mitt.) Das französische Kriegsgericht, das gestern zu seiner zweiten Sitzung zusammentrat, verhandelte gegen die Brüder Karl und Robert Hymon aus Ludwigshafen, welche wegen Verteilung von antimilitaristischen Schriften, wegen Vahvergehens und wegen Waffenbesitzes unter Anklage standen. Beide waren im Besitz kommunistischer Schriften betroffen worden, welche an die französischen Besatzungstruppen gerichtet waren und diese zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten aufforderten. Beide Brüder waren außerdem ohne rechtmäßige Ausweispapiere und Karl Hymon im Besitz von Waffen betroffen worden. Der Gerichtshof verurteilte Robert Hymon zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, seinen Bruder ebenfalls zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Der Helzer Otto Bihy aus Kaiserslautern wurde vom Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er in einer Wirtshaus in Kaiserslautern marokkanische Soldaten angeblich zum Ungehorsam aufreizte und gegenüber Vertretern der französischen Besatzungsarmee ungebührlich aufgetreten sein soll. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Der französische Parteitag. Barenne ausgeschlossen.

Paris, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche sozialistische Parteitag in Paris wurde vormittags 11 Uhr mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Genossen Ostin eröffnet. Nach einer einstimmig angenommenen Entschliessung, welche die streikenden Bankangestellten der vollen Solidarität der Partei versichert, trat der Parteitag in die Besprechung des Falles Barenne ein. Sie wurde eröffnet mit einer Verlesung des Briefes Barennes an den Parteivorstand, in dem er mitteilt, daß er weder sein Mandat niederlegen, noch die Partei zu verlassen gedenke. Als erster sprach ein Delegierter aus dem Departement Puy de Dôme, dem Wahlkreis Barennes, der bei aller Anerkennung der Verdienste Barennes um die Partei, dessen Handlungswiese als einen schweren Disziplinbruch bezeichnete. Da die gegenwärtige innerpolitische Lage es Barenne nicht erlaube, in der Verwaltung Indochinas das Programm des Sozialismus zur Anwendung zu bringen, hätte er diesen Posten vom Ministerium Painlevé nicht annehmen dürfen. Genosse Grumbach bezeichnete es als einen Verrat an der Partei, daß Barenne es nicht einmal für notwendig gefunden habe, sich vor dem Parteitag zu rechtfertigen. Für Barenne nahm lediglich Abg. Aulin Partei, der auf der gleichen Liste wie Barenne gewählt ist. Mit dessen Ausschluss, so führte er aus, würde der Parteitag im Hinblick auf die politische Vergangenheit Barennes einen ungeheuer schweren Fehler begehen. Ein Antrag auf Ueberweisung der Angelegenheit an die Resolutionskommission wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die sofortige Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge beschlossen. Der Antrag Braque bezeichnet das Amt des Gouverneurs von Indochina als absolut unvereinbar mit demjenigen eines sozialistischen Abgeordneten und macht sich die vom Bezirksparteitag des Departements Puy de Dôme angenommene Formel zu eigen, die Barenne aus der Partei ausschließt. Der Antrag Renaudel stellt Barenne nochmals vor die Wahl zwischen seinem Mandat und dem ihm von der Regierung angebotenen Posten. Die Abstimmung ergab eine starke Mehrheit für den Antrag Braque. Barenne hat damit aufgehört, Mitglied der sozialistischen Partei zu sein.

Die Sonnabendnachmittagsitzung des Parteitages brachte zunächst die Feststellung des ziffernmäßigen Ergebnisses der Abstimmung vom Vormittag. Danach hat bei 890 Stimmen-

haltungen der Antrag Braque 2113, der Antrag Renaudel nur 381 Stimmen erhalten. Der angenommene Antrag hat folgenden Wortlaut: „Nachdem Genosse Barenne, von der Partei aufgefordert, zwischen seiner Zugehörigkeit zur Sozialistischen Partei und dem Posten des Generalgouverneurs von Indochina zu wählen, sich zugunsten des ihm von der Regierung gemachten Angebots entschieden hat, ist der Parteitag der Auffassung, daß Herr Barenne seine Wahl getroffen und sich selbst außerhalb der Partei gestellt hat.“

Der Parteitag trat sodann in die Aussprache über die innerpolitische Lage ein. Als erster Redner kam ein Vertreter der Minorität zu Wort, der in längeren Ausführungen über die politische Lage und die Haltung der Fraktion zu dem Schluß kam, daß diese unter keinen Umständen die Verantwortung für den Bruch des Einheitsfronts übernehmen dürfe. Der nächste Redner, Zyromsky, entwickelte die Argumente gegen die Fortsetzung der Unterstützung des Ministers Painlevé, dessen Politik er einer eingehenden Kritik unterzog. Auch die Beteiligung an einem anderen bürgerlichen Ministerium sei unter den gegebenen Umständen aus dem entschiedensten abzulehnen.

Renaudel betonte, daß die Sozialisten sich nach dem 11. Mai 1924 entschlossen hätten, vorübergehend Kompromisse einzugehen, um der Kammer eine Linksmehrheit zu erhalten. Es handle sich nicht um eine Unterstützungspolitik, die, seitdem Painlevé ans Ruder gekommen sei, unmöglich geworden sei, sondern darum, ob man sich von anderen republikanischen Kräften leiten lassen und zulassen wolle, daß ein reaktionärer Block wieder zur Regierung gelange. Die Partei müsse, wie alle sozialistischen Parteien der Welt, ihren Teil Verantwortung an der Regierung übernehmen. Renaudel fuhr fort: Bekämpfen wir also das Ministerium Painlevé, werfen wir ihm Zweideutigkeit vor, besonders in bezug auf die Marokkoangelegenheit und auf die lächerliche Verfolgung der Kommunisten, verpflichten wir es wieder nach links zu gehen! Aber wenn es gestürzt wird und ein anderes Ministerium ans Ruder kommt, so wollen wir doch nicht heute schon erklären, daß wir daran nicht teilnehmen wollen, da eine Teilnahme die Entwicklung des Sozialismus doch fördern würde.

Weiterberatung Sonntag.

Räumung Duisburgs.

Duisburg, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Die aus Düsseldorf gemeldeten Vorbereitungen für die Räumung des von Franzosen besetzten Sanktionsgebietes finden auch auf die belgisch besetzten Gebiete Duisburg-Ruhrort Anwendung. Für diesen Bezirk sind die Uebergabetermine auf den 17. bis 20. August festgesetzt.

Zyauthey geht — Pétain kommt. Und der Marokkokrieg geht weiter.

Paris, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Offiziell wird mitgeteilt, daß sich Marschall Pétain am 20. August wieder nach Marokko begeben wird. Marschall Zyauthey wird Pétains Aufenthalt in Marokko benutzen, um seine angegriffene Gesundheit in Frankreich wieder herzustellen. Nach der gleichen Darstellung soll Zyauthey Aufenthalt in Frankreich nur von kurzer Dauer sein. In den politischen Kreisen aber glaubt man, daß dieser Marschall nicht wieder nach Marokko zurückkehren, sondern nach Beendigung des Feldzuges durch einen Zivilgouverneur ersetzt werden wird. Für diesen Posten soll der gegenwärtige Botschafter in Angola, Albert Sarraut, in Aussicht genommen sein. Pétains Mission scheint es vor allem zu sein, die letzten Vorbereitungen für die im Anfang September angelegte Offensive gegen Abd el Krim zu überwachen. Im Gegensatz zu dem in den offiziellen Darstellungen betundenen Optimismus sieht man in den militärischen Kreisen Frankreichs der Offensive mit großen Bedenken entgegen. Das Organ der französischen Offiziere, „La France militaire“, veröffentlicht einen Artikel, in dem als Vorbedingung für einen Erfolg die Entsendung weiterer mindestens 45 Bataillone Infanterie als unerlässlich bezeichnet wird.

Der Korrespondent des „Petit Journal“ meldet aus Fes, daß der Gesundheitszustand des Marschalls Zyauthey möglicherweise einen neuen chirurgischen Eingriff notwendig machen werde und daß er vielleicht einige Wochen in Frankreich verbringen müsse.

Neue Angriffe der Arabier.

Paris, 15. August. Einer Haasmesung aus Madrid zufolge haben an der spanischen Marokkofront neue feindliche Angriffe gegen den Dschebel Amergu stattgefunden. Auch im Abschnitt von Taza sollen starke Abteilungen zusammengezogen werden. Aus Fes wird über die Lage gemeldet: Der gestrige Tag ist an der französischen Marokkofront ohne ein besonderes militärisches Ereignis verlaufen. Im östlichen Frontabschnitt sollen verschiedene Stämme zur Unterwerfung bereit sein. Im mittleren Frontabschnitt hierüber bereits Verhandlungen stattfinden. Im Osten zeigen sich einige feindliche Ansammlungen. Die Abteilungen des Sultans von Fom du Trime (eines „Verbündeten“ Frankreichs) führen ihre Säuberungsaktion weiter durch.

Der Prozeß in Georgien. Die Genter als Richter.

In Georgien ist soeben der Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten „Parteilichen Komitees“ beendet worden. Die Strafen lauteten gegen vier Angeklagte auf Todesstrafe, die jedoch in zehnjähriges Gefängnis umgewandelt wurde, für die übrigen Angeklagten auf drei- bis vierjährige Gefängnisstrafe. Dreißig Verurteilte wurden nach der Urteilsfällung begnadigt und in Freiheit gesetzt. Zur Charakterisierung des Prozesses teilt die Auslandsvertretung der sozialdemokratischen Partei Georgiens folgende Einzelheiten mit: Die Vorbereitung und Veranlassung des Prozesses bedeuten geradezu eine zynische Mißachtung der grundlegenden Voraussetzungen der Rechtspflege. Die drei von der kommunistischen Regierung ernannten Richter Bachadze, Tsinisadze und Staurona hatten sich vorher an den Exekutionen ohne Gerichtsverfahren von tausenden Personen beteiligt, gegen die dieselbe Anklage wie im vorliegenden Prozeß erhoben worden war. Das Protokoll der Voruntersuchung besteht aus Aussagen, die in den Akten der Tscheka halb wahnwitzigen, von den Märtern erschöpften Personen erpreßt worden waren. Die Angeklagten konnten weder Verteidiger wählen, noch Zeugen bezeichnen, da sie im voraus wußten, daß jeder von ihnen bezeichnet nach dem Prozeß ein Opfer der Tscheka werden würde. Die Anklage bezieht sich auf den Zustand im August-September 1924, der als Aktion kleiner Gruppen von Banditen dargestellt wird, die von dem Komitee auf Befehl vom Ausland

künstlich veranstaltet worden wäre. Aber seit September 1924 haben die Bolschewiki selbst in ihrer Presse reichliches Material veröffentlicht, welches beweist, daß es sich um einen wahrhaften Volksaufstand handelte. Es genügt, daran zu erinnern, daß nach den aus bolschewistischen Quellen selbst stammenden Angaben 3000 Personen (von drei Millionen Einwohnern), meistens Bauern und Arbeiter, im Laufe des Aufstandes erschossen wurden. In Wirklichkeit war selbstverständlich die Anzahl der Opfer noch viel größer. Der Volkskommissar Stalin selbst hat in Erklärungen, die von der gesamten Sowjetpresse veröffentlicht wurden, über die Lehren des georgischen Aufstandes gesprochen und zugegeben, daß dieser eine Erhebung der Bauernmassen war, und er hat seine Parteigenossen aufgefordert, den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung entgegenzukommen, damit die russischen Bauern nicht das Beispiel der georgischen nachahmen. Das hindert nicht, daß die Hauptanklage vor dem Sowjettribunal in Tiflis auf die absurde Behauptung gestützt wird, daß der georgische Aufstand von den imperialistischen Mächten Europas im Einvernehmen mit der sozialistischen Internationale angezettelt und finanziert worden sei.

Einer der öffentlichen Ankläger, der erste Gehilfe des Generalstaatsanwalts, Nikolai Okudjawa, schreibt im „Kommunist“ von Tiflis (8. Juli), daß dieser Prozeß „keine besondere Bedeutung für die georgischen Arbeiter“ haben, aber „eine große Rolle vor allem im Hinblick auf das internationale Proletariat spielen wird“. Wenn die Bolschewisten ein ehrliches Interesse daran hätten, die Wahrheit über den Aufstand vor dem internationalen Proletariat zu enthüllen, hätten sie nicht erst tausend Sozialisten ohne Urteil oder Anklage hinrichten lassen.

Internationaler Freidenkersongess.

Paris, 15. August. (Mitt.) Der Internationale Kongress der Freidenker, auf dem 18 Länder, darunter besonders Deutschland, Deutschösterreich, die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, die Tschechoslowakei, die Schweiz, Holland, Italien, Argentinien, Rumänien und Belgien vertreten sind, hat heute in Paris begonnen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: Die Schule und die Glaubensbekenntnisse, die rechtlich anerkannte und staatlich verbürgte Gewissensfreiheit, die Freidenker und die Kriege, die Weltsprache. Der Kongress wird bis zum 18. August tagen.

Der internationale Kongress der proletarischen Freidenker hat vor einigen Monaten in Wien tagt.

Der Maschinensturm von Tientsin. Japanische Erfahrforderungen.

London, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Die japanische Regierung hat in Peking wegen des Maschinensturms von Tientsin ein scharf gehaltenes Protestschreiben überreichen lassen. Es wird Erfah des vollen Wertes der zerstörten Spinnereien gefordert. Weitere Schritte behält sich die japanische Regierung vor.

Beruhigung in Schanghai.

London, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Schanghai tritt allmählich eine Beruhigung ein. Die Streikwelle ist zurückgegangen, nur die Seelente und Textilarbeiter befinden sich noch im Zustand. Die japanischen Spinnerbesitzer haben sich bereit erklärt, die chinesischen Gewerkschaften nach ihrer Sanktionierung durch die Regierung als Verhandlungspartei anzuerkennen. Der japanische Generalkonsul und der Kommissar des chinesischen Außenamtes haben ein Memorandum ausgearbeitet, nach dem der Streik in den japanischen Spinnereien beigelegt werden soll. Den Arbeitern werden einige kleinere Zugeständnisse in der Lohnfrage und bezüglich der Stellung der Botenarbeiter gemacht, auch gewisse Entschädigungen für die während der Streikperiode erlittenen Verluste werden den Arbeitern angeboten. Ob die chinesischen Gewerkschaften diesen Vorschlägen zustimmen werden, ist noch ungewiß. Die Entscheidung darüber soll am Donnerstag gefällt werden.

Dr. Korich bleibt Universitätslehrer. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Korich, ordentlicher Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Jena, hat mit der Thüringer Regierung folgenden Vergleich geschlossen: Dr. Korich verbleibt die ihm durch die Anstellungsurkunde vom 30. August 1923 übertragene Stellung, wonach er zum außerordentlichen Professor der Rechte und zum persönlichen ordentlichen Professor der thüringischen Landesuniversität ernannt worden ist.

Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 3. Beilage.)

Der Schiedspruch im Baugewerbe. Die Zimmerer gehen zur Tagesordnung über.

Am Sonnabend vormittag tagte im Gewerkschaftshaus eine Funktionärerversammlung der Zimmerer, um zu dem am Freitag gefällten Schiedspruch Stellung zu nehmen. Nachdem Repschläger den Bericht von den Verhandlungen gegeben hatte, beschloß die Versammlung einstimmig den Übergang zur Tagesordnung. Die Zimmerer sind fest entschlossen, den Kampf bisher geschlossen weiterzuführen.

Die Maschinisten und Heizer lehnen ab.

Zur gleichen Zeit befaßten sich auch die Maschinisten und Heizer mit dem Schiedspruch. Nachdem Schmidt von den Verhandlungen berichtet hatte, wurde der Schiedspruch in geheimer Abstimmung abgelehnt.

Die Funktionäre der Berliner Bauarbeiter werden am Montag zu dem Schiedspruch Stellung nehmen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß auf die Annahme dieses Schiedspruches nicht zu rechnen ist. Denn den Berliner Bauarbeitern, die dieser Schiedspruch um 10 Pf. bzw. 2 Pf. schlechter stellen will, als der von ihnen abgelehnte Schiedspruch, muß er wie Hohn erscheinen. Um so mehr, als das Lohnabkommen ausgerechnet bis zum 30. November gelten soll. Wird der Schiedspruch abgelehnt und kommt es nicht etwa noch zu neuen Verhandlungen mit einem vernünftigen Ergebnis, dann werden die Unternehmer durch die angekündigte Aussperrung zu ihrem Ziel zu kommen suchen.

Auf alle Fälle werden die Bauarbeiter sich auf einen lang andauernden Kampf einrichten müssen. Nicht nur in Berlin. Der Solidaritätsbeschuß des Bundesausschusses des ADGB gewinnt damit praktische Bedeutung. Die Sache der Bauarbeiter wird die Sache der gesamten Arbeitnehmererschaft!

Die Bauunternehmer auch gegen die Angestellten.

Eine äußerst gut besuchte Versammlung der Berliner Architekten, Bautechniker und Bauführer beschäftigte sich mit dem Verhalten der Arbeitgeber zu den Forderungen der Angestellten. Die Arbeitgeber haben die bisherigen Tarifverträge gekündigt, um die von ihnen beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung des Urlaubs und Ausschaltung der Organisation bei der Gehaltsfestsetzung durchzusetzen. Seit dem 1. Juli besteht bereits ein tarifloser Zustand. Die Angestellten sind nicht gewillt, ihre bisherigen Arbeitsbedingungen kampflos preiszugeben und beschließen, für die notwendige Verbesserung der Manteltarifbestimmungen und eine Erhöhung der Gehälter nichts unversucht zu lassen. Die bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß von einem Vertreter des Verbandes der Berliner Baugeschäfte abgegebene Erklärung, die Arbeitgeber würden in Zukunft überhaupt keine Angestelltenverträge mehr abschließen, läßt annehmen, daß auch für die Angestellten im Berliner Baugewerbe ein harter Kampf entbrennen wird. Die Versammlung beauftragte ihre Organisation, den Bund der technischen Angestellten und Beamten, alle Vorbereitungen für eine erfolgreiche Durchführung auch dieses von den Bauunternehmern aufgezwungenen Kampfes zu treffen.

Den streikenden Bauarbeitern sprachen die technischen Angestellten ihre Sympathie aus, in der Erkenntnis, daß dieser Kampf auch von den Angestellten in jeder Hinsicht unterstützt werden muß.

Die Aussperrung in den Berliner Mühlen.

Erst Teuerungszulagen, dann Wiederaufnahme der Arbeit!

Am Sonnabend vormittag wurden im Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Generalsekretärs Körner Vergleichsverhandlungen gepflogen. Dabei kam es zu einem Vergleichsvorschlag dahingehend, daß die Arbeit am Montag in der Humboldtmühle wieder aufgenommen und in den übrigen Betrieben die Aussperrung aufgehoben werden soll. Ueber die Gewährung einer Teuerungszulage sollte am Montag nach Wiederaufnahme der Arbeit zwischen den Parteien verhandelt werden. In diesen Verhandlungen zu keiner Einigung kommen sollte, würde am Dienstag ein Schiedsgericht unter Vorsitz eines Unparteiischen tagen, dessen Spruch für beide Parteien bindend sei.

Die am Sonnabend im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung der Mühlenarbeiter, in der Schmidt vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter über die Verhandlungen berichtete, lehnte nach einer kurzen Diskussion in geheimer Abstimmung den Vergleichsvorschlag mit großer Mehrheit ab. Die Versammelten brachten zum Ausdruck, daß sie, die von den Unternehmern rücksichtslos auf die Strafe gesetzt wurden, jetzt nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, bis ihnen von den Mühlenbesitzern Zugeständnisse gemacht werden.

Ein Jubiläum der Beamtenbewegung.

Auch die Beamtenbewegung hat zurzeit Personen in ihrer Mitte, die auf eine sehr lange gewerkschaftliche Arbeit im Dienste der Beamtenbewegung zurückblicken können, obwohl von einer Beamtenbewegung bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 nicht gesprochen werden kann. Die Beamten dürften sich im monarchischen Staat nur in harmlosen Vereinen betätigen und mußten sich vorsehen lassen, welchem Verein sie angehören sollen, welche Zeitung sie zu halten haben und welcher Partei sie bei Wahlen ihre Stimme geben mußten. Wenn trotz dieser Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte sich lange vor dem Kriege Männer fanden, die die Ansjähe für eine wirkliche Beamtenbewegung schufen, so bewiesen sie einen großen Mut, denn die Folge war gewöhnlich ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung. Zu den Pionieren dieser Art gehört der Redakteur an der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Hugo Kamossa. Er blüht in diesen Tagen auf eine 25jährige opferreiche Tätigkeit im Dienste der Beamtenbewegung zurück. In ganz hervorragendem Maße hat er sich besonders der Beamten der unteren Befoldungsgruppen angenommen. Er ist auch der Gründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der Befoldungsgruppen I bis VI, die nach der Gründung des ADGB zur Auflösung kam. Der Name Hugo Kamossa bedeutet deshalb auch für die unteren Beamten ein Etich Programm. Wir wünschen ihm noch ein langes, erfolgreiches Wirken im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

Die Schuhmacher lehnen den Schiedspruch ab.

In der Funktionärerversammlung der Schuhmacher am 13. August im Gewerkschaftshaus berichtete der Bezirksleiter Hamacher über die Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium. Als er u. a. mitteilte, daß der Schiedspruch für Arbeiter über 21 Jahre eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde vorsieht, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Wenn man bedenkt, daß diese 4 Pf. bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern prozentual verrechnet werden, so macht diese Zulage bei der untersten Lohnstufe ungefähr 0,9 Pf. aus. In der Diskussion lehnten sämtliche Sprecher dieses Angebot ab. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Funktionärerversammlung beschließt, den Schiedspruch vom Arbeitsministerium, betreffend 4 Pf. Stundenzulage, abzulehnen und diesen Beschluß sofort dem Zentralvorstand in Nürnberg per Telegramm mitzuteilen.“

Weiter wurde einstimmig eine Resolution der jugendlichen Arbeiter angenommen, welche auf die schlechte Bezahlung der Jugendlichen in der Schuhindustrie hinweist und die alten Kollegen auffordert, Solidarität zu üben.

Lohnkonflikte in der Berliner Metallindustrie.

Zu einem schweren Konflikt ist es in dem Kabelwerk in Oberschöneweide gekommen. Die Direktion versuchte in dem Drahtwalzwerk einen Lohnabbau vorzunehmen, gegen den

sich die Belegschaft durch passive Resistenz wehrte. Infolge dieses Konflikts hat die Direktion die gesamte Belegschaft in Höhe von 2000 Mann ausgesperrt. Daraufhin hatte der Deutsche Metallarbeiterverband eingegriffen.

Auch in der Beleuchtungsindustrie fanden in den letzten Tage Lohnkonflikte statt. Bei der Firma Israel trat die Belegschaft infolge abgelehnter Lohnforderungen in den Streik. Nach Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde der Konflikt nach eineinhalbwöchiger Dauer zugunsten der Belegschaft beigelegt.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Bewegung bei der Schwesterfirma des vorgenannten Betriebes, bei der Frister A.-G. in Oberschöneweide. Auch dort wurde der Konflikt nach Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband zugunsten der Belegschaft beigelegt.

Die Firma Schwarztopf in Wildau hat beim Demobilisierungskommissar den Antrag auf Entlassung von 1000 Arbeitern gestellt. Die Verhandlungen darüber finden in der nächsten Woche statt.

Der Lohnstreik in der Herrenkonfektion.

Das Lohnabkommen zum Reichstarif in der Herrenkonfektion war von den beteiligten Arbeitnehmerverbänden zum 30. Juli gekündigt. Zugleich hatte der Arbeitgeberverband einen Teil des Reichstarifvertrages gekündigt, um Verschlechterungen durchzuführen. Da die Verhandlungen zwischen den Parteien zu keiner Verständigung führten, rief der Arbeitgeberverband das Reichsarbeitsministerium an, das einen Schiedsgericht einsetzte. Dieses Schiedsgericht gab einen Schiedspruch ab, wonach die Löhne in der Zeit vom 5. Juli bis zum 31. Oktober um durchschnittlich 12½ Proz. erhöht werden, die vertraglichen Verhältnisse jedoch unverändert bleiben sollen. Die Lohn-erhöhung war bei der Rückständigkeit der Löhne in der Herrenkonfektion gegenüber den Löhnen in anderen Branchen sehr niedrig. Trotzdem hat der Arbeitgeberverband den Schieds-
spruch abgelehnt, während die Arbeitnehmerverbände trotz schwerer Bedenken dem Schiedspruch zustimmten und dessen Verbindlichkeitserklärung beantragten. Die Verbindlichkeitserklärung wurde jedoch abgelehnt.

In weiteren Verhandlungen forderte der Arbeitgeberverband den Heimarbeiterzuschlag um 2½ Proz. zu kürzen und das Lohnabkommen bis zum 30. April 1926 auszu-
dehnen. Die Lohnhöhung sollte dann 8½ Proz. betragen vom 17. August bis zum 31. Oktober, und 12½ Proz. für den Rest der Geltungsdauer. Einer Einigung unter diesen Voraussetzungen konnten die Arbeitnehmervertreter unmöglich zustimmen.

Es bestände nun immer noch die Möglichkeit, durch örtliche Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen, allein der Arbeitgeberverband versperrt diesen Ausweg. Er droht, daß, wenn die Gewerkschaften irgendwo örtliche Kampfmaßnahmen treffen, die Arbeiterchaft der gesamten Herrenkonfektion in Deutschland ausgesperrt würde.

Der Befeidigungsarbeiterverband hat jetzt zum 20. August eine Reichskonferenz von Vertretern aus allen maßgebenden Konfektions-
orten nach Berlin einberufen, die über die weiteren Maßnahmen zur Durchführung der Bewegung endgültig beschließen soll. Die Taktik des Arbeitgeberverbandes zur Verhinderung einer angemessenen Lohn-erhöhung unterscheidet sich in nichts von der der Scharf-
macher in anderen Unternehmerverbänden.

Die Arbeiterschaft der Herrenkonfektion wird hieraus erkennen, daß es gilt, sich für die kommende Zeit zu rüsten. Durch ihren Zusammenschluß im Deutschen Befeidigungsarbeiterverband schafft sie sich die nötige organisatorische Macht, um durch geschlossenes, einheitliches Handeln dem Widerstand der Arbeitgeber erfolgreich zu begegnen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Selernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gaster; Kultur: Dr. John Schifano; Politik und Sozialwesen: Fritz Rehrhadt; Arbeiter: Dr. Gaster; Politik in Berlin: Berlin: Friedrichs-Str. 10, 1. u. 2. Stock. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 1.
Preis 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

M. Lammfom & Vogel Nollendorf 1120, 1121, 1122
Potsdamer Str. 127
**Treppenläufer und Teppichstoffe
in Kokos, Haar, Velour, Linoleum
und Triolin. Sorgfältige Ausführung.**

Togal gegen **Schmerzen**
der Nerven, Rheuma, Gicht, Ischias,
Kopfschmerzen, Grippe und
Erfältungskrankheiten.
Togal-Capletten Milden die Schmerzen und heben die Ursache aus.
Herzvorzogen bewährt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. erhältlich.
12,5%, Lith., 0,40%, Chinin, 7,5%, Acid. acet. salic., ad 100 Amyl.

Vorteilhafte

Damenkleidung	Kleiderstoffe
Bluse aus gestreiftem Waschstoff, offen oder geschlossen... 2.50	Reinwoll. Schotten vorzügliche Kleiderware ca. 100 cm breit... Mtr. 3.90
Kleid aus bedrucktem Musselin m. weiß. Garnit. 6.90	Reinwoll. Flauchstoff für Mäntel, in neuen Farben, ca. 130 cm, Mtr. 4.80
Kleid aus gestreifter Waschseide... 16.50	Crêpe marocain Wollseide mod. Farben in reicher Auswahl, ca. 100cm, Mtr. 6.90
Reise u. Staubmantel aus reinwoll. imprägn. Gambia... 29.00	Velours-Schotten vorzügliche Qual., in neuen Mustern ca. 140 cm breit... Mtr. 7.50
Morgenrock aus Wasch-Crêpe mit farbiger Blende... 5.90	
Wirkwaren	Seidenstoffe
Unterhemdchen für Damen, mit Trägern 0.95	Bastseide naturfarbig für Wäsche und Kleider ca. 80 cm breit... Mtr. 3.60
Damen-Hemdchse Baumwolle gewirkt, weiß, mit Trägern, Mittelgröße... 1.85	Bastseide in modernen Druckmust., 80 cm, Mtr. 5.90
Knaben-Westen mit langen Ärmeln, Baumw.-Trikot farbig, in allen Größen 2.65	Bastseide schottisch kariert, ca. 80 cm, Mtr. 4.90
Damen-Kleid Woll, gewirkt, moderne Form, Gr. 42, 44... 9.75	Crêpe marocain Halbseide buntfarbig bedruckt ca. 100 cm breit... Mtr. 3.90
	Ripp-Velvet für Kleider u. Mantelstoffe, ca. 70 cm breit, Mtr. 3.30
Korsette	Waschstoffe
Büstenhalter weißer, fester Wäschestoff... 1.25	Veloutine schwere Qual. in aparten Mustern, Mtr. 0.90
Strumpfhalter-Gürtel mit 2 Haltern... 1.75	Hemdenbarchent ein- od. doppelseitig geköpft, Mtr. 0.90
Korsett Halbhohe Form mit 2 Haltern... 2.90	Foulardine in hübschen Druckmust., ca. 100, Mtr. 1.90
Hüftalter Gummisackpfer, mit 2 Haltern 5.25	Trikoline bastfarb. gestr. f. Pyjamas u. Hemden, Mtr. 2.50

Besonderes Möbel-Haus

WPF

Damen-Filzhüte weiß, pastell- oder dunkelfarbig... 3.25

Samthüte schwarz od. farbig, mit Ziernadel... 7.50

Herren-Socken Baumwoll, mit Doppelsohle... 0.85

Damen-Strümpfe Seidenfärb., farb., feine Qual. 1.90

Israel
BERLINC * KÖNIGSTR.
SPANDAUERSTRASSE

Angebote

Zur Einsegnung

Wollbatist schwarz, marine od. elfenb., Mtr. 2.50	Einsegnungskleid aus gut schwarzen Körper-Velvet mit Tresse garniert Lg. 105, 110, 115 cm 28.50
Reinwoll. Cheviot schwarz oder marine ca. 130 cm breit... Mtr. 2.95	Einsegnungskleid aus schwarz. Eolienne, garn. Lg. 105, 110, 115 35.00
Reinwoll. Popeline schwarz oder marine ca. 100 cm breit... Mtr. 3.30	Einsegnungskleid aus vorzügl. schwarzen Lindener Körper-Velvet Lg. 105, 110, 115 cm 42.00
Crêpe de Chine schwarz, weiß, farbig ca. 100 cm breit... Mtr. 5.50	Einsegnungsanzug aus blauem Cheviot Größ. 36-43... 26.00
Körper-Velvet schwarz oder farbig ca. 70 cm breit... Mtr. 5.90	Herrenkleidung
Sport-Anzug 4teil. m. Breeches u. langem Beinkleid gute Verarbeitung... 58.00	Schulanzug aus grau od. braun gemustertem Homespun, Sportform, Größ. 7 für 12.50 9 Jahre... Jede weitere Größe 1 Mk. mehr
Sport-Anzug 4teil. m. Breeches u. langem Beinkleid, in modern. Mustern... 78.00	Knaben-Sportanzug aus dunkel gemusterten Stoffen, ganz gefüttert, Größ. 7 für 9 Jahre 18.00 Jede weitere Größe 1.50 Mk. mehr
Gummi-Mantel weite Form, gute Gummierung, Covercoat od. Fischgrätenmuster, Größ. 44-54... 17.50	Jünglings-Anzug aus blauem Twill Gr. 38-43... 52.00
Übergangsmantel aus vorzüglichem Stoff... 48.00	Gardinen u. Vorhänge
Etamine kariert, ca. 150 cm Mtr. 0.90	Halbvorhang kariert Etamine, brit. gewirkt files... 1.80
Mull weiß, gestr., gute Qualität, ca. 115 cm Mtr. 1.15	Tüll-Garnitur gewebt, 3teilig... 3.65
Tüll-Gardine ca. 124 cm breit, Mtr. 1.50	Etamine-Garnitur buntfarbig... 4.00

4 Stockwerke Möbel



Es gibt zurzeit kaum eine Modefrage, die die Frauen, und zwar die Frauen aller Kreise so sehr beschäftigt wie die: Bubifrisur oder nicht? Man sieht Frauen, die mit ihren Bubitöpfen wie Karikaturen von Simmel, Abeking oder Gönndör aussehen.

Im Wandel der Zeiten.

Einige besonders mutige Propheten sehen zwar in dem kurzgeschorenen Haar der Frau den Beginn einer fortschreitenden Vermännlichung, die nach ihrer Ansicht in Kleidung und Lebensführung unaufhaltsam ist.

Freiheitskämpfern der französischen Revolution aber war dieses Zeichen des Zwanges verhasst. Frei ließen sie ihr Haar herabwallen. Im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts wurde es dann üblich, das Haar kurzgeschritten zu halten, ohne Frage für die nun folgende Zeit der Technik, des angespannten Arbeitstempes, die praktischste Tracht.

Die arbeitende Frau und ihre Haartracht.

Die Frau, die fleißig arbeiten muß, um ihr Tagewerk zu schaffen, hat nicht die Zeit, einen kunstvollen Haaraufbau mit Bodenwidel und Brennshere herzustellen oder sich mehrmals am Tage zu frisieren; trotzdem wird es ihr gelingen, ihr Haar nett und fleißig zu ordnen und auch die Raben mitzumachen, soweit sie sich als praktisch erweisen.



Ostasiatische Frisuren.

Frau, die in ihren Freistunden Sport treibt, gleich welcher Art, wird die Vorteile, die kurzgeschrittenes Haar bietet, häufig begeistert preisen. Es ist viel schneller zu ordnen als langes, sei es noch so leicht aufgesteckt; die Reinigung und das Trocknen des Haares sind in kürzester Zeit beendet, und manche, die unter der Last allzu schwerer Zöpfe häufig über Kopfschmerzen leizte, ist von ihnen befreit, seitdem die Flechten der Schere zum Opfer fielen.

Mal kurz, mal lang!

Denn diese Mode, im Grunde zwar vernünftigen Motiven entsprungen, ist nur künstlich zu ihrer jetzigen Ausdehnung herangezogen worden, um die Taschen der Besitzer der großen „Friseuratelons“ zu füllen. Denn da das schlicht gebürstete Haar nur für besonders zierliche, schlanke Gestalten paßt, so ließen die meisten Frauen mit Bubentöpfen, denen naturtrauses Haar verjagt war, sich das Haar ondulieren, und daher stieg die Kundenschaft der Friseure wie vielleicht nie zuvor seit der Einführung dieser Mode.

In der letzten Zeit freilich wuchs die Vorliebe für glatte Bubiköpfe auch bei den Frauen, die fünfundsiebzig Kilo und noch mehr wiegen. Das mag Geschmackssache sein. Den Friseuren jedenfalls war es nicht recht, denn es bedeutete verhältnismäßige Ruhe in ihren Betrieben. Darum wurde plötzlich langes Haar wieder modern, zwar nur für den Abend, für Gesellschaft und Theater, also nur für jene Frauen, die es bezahlen können.

Der Bubenkopf im Ausland.

Interessant ist es, zu beobachten, wie in anderen Ländern die Bubentopfmode sich ausbreitet hat. Am begehrtesten wahrscheinlich hat Amerika, das Land des Sportes, sie aufgenommen. Die illustrierten Zeitschriften zeigen in Abbildungen der verschiedensten Frauengruppen immer wieder dieselbe Vorliebe dafür bei alt und jung, arm und reich, eben, weil man dort diese Mode als praktisch empfindet.

Das unbegreifliche Ich.

Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Bogel.)

Er sah mich wieder an. Tief drinnen in seinen wässerigen Augen spiegelte irgendein Tropfen das Licht wider, und ich begriff, daß er im Ernst rebete. Er machte sich durchaus nicht über mich lustig. Er sprach bloß zu mir, wie sich die Erwachsenen untereinander unterhalten.

Sie wirkte wie ein Abdrücken auf mich, wie ein schwarzer Vogel, der auf meiner Brust lastete und zuweilen mir das eine Auge zubeigte, um mich mit neugierigem Wohlwollen anzusehen; aber ich ahnte Böses und kniff trotzig den Mund zusammen.

„Würdest du dich freuen, wenn du einen neuen Vater bekämst?“ fragte sie.

Glücklicherweise kam Remy, ein Paket auf der wiegenden Hand balancierend, herein.

„Rosenbrot, ein poetisches Brot!“ und dann summte er: „Tralalala!“

Recht widerwillig bereitete Frau Remy Kaffee. Sie konnte mich nicht leiden.

Aber Remy zog mich auf seine Knie und sang mit steigenden und fallenden Trillern, und dann fing er an, vom Theater zu erzählen.

„Mein Junge, du müßtest einen Wassernöck machen, das wäre etwas für dich, ei, wenn du so auf- und abmogest. Ober Tänzer! Immer rundrum, wie ein Kreisel, auf der äußersten Zehenspitze. Zusammen mit anderen Mädels und Jungen. Kind, Kind, das ist prachtvoll!“

Dann sang er wieder und schlug mit den Hacken den Takt auf den Boden.

„Meine Nerven!“ brach Frau Remy aus und hielt sich die Ohren zu.

Aber ich fragte weiter nach all den Menschen, die als Prinzen und Zauberer verkleidet waren, nach den Kulissen, die Schlösser und Wälder vorstellten, nach dem blanken Boden und dem Mann, der in dem Kasten saß und flüsterte, und nach dem großen, schwarzen Loch, wo die bösen Menschen saßen.

„Das Publitum!“ sagte er wieder, und Schreck erfüllte mich.

„Die sind so böse wie die Jungen, die Scheibesein necken.“

„Wir sind nicht böse!“ flüsterte ich und wurde rot.

„Doch, das seid ihr. Warum könnt ihr den Unglücklichen nicht zufrieden lassen.“

„Ja, aber er sieht so komisch aus.“

„Sehe ich denn nicht komisch aus? Siehst du denn nicht komisch aus? Sieh dir mal deine lächerlichen Beine an, weshalb hast du nicht drei Beine, mein lieber kleiner Freund? Und deine lächerliche kleine Nase, ein Klumpen mit zwei Löchern. Wir sehen alle komisch aus!“

Ich schwieg. Konnte er mich denn auch nicht leiden? Ich schielte auf meine Nase, und mir kam es vor, als ob sie weit an der richtigen Stelle saße.

Remy lachte und gab mir einen Nasenstüber.

„Eine lächerliche Nase, eine lächerliche Nase!“ sang er.

Und ich fing zu weinen an.

Remy wurde unruhig, als er meine Tränen sah.

„Ein empfindliches Gemüt!“ flüsterte er vor sich hin. Dann machte er das Paket mit dem Rosenbrot auf und suchte das beste Stück für mich heraus, während er summte:

„Rosenbrot, ach Rosenbrot, ach Rosenbrot wir essen. Dann trinken wir Kaffee! Dann trinken wir Kaffee! Dann tri-inken wir Kaffee!“

Langsam beruhigte ich mich wieder, und den Mund voller Rosenbrot, hörte ich ihm zu, wie er vom Theater, wo er seine geliebte Anna kennengelernt, und von der Liebe erzählte.

Ich war etwas betreten über all die Küsse, die es in seiner Erzählung sekte. Ich mochte das nicht besonders und fühlte mich deshalb ziemlich erleichtert, als ich endlich wieder nach unten ging.

„Wo bist du denn so lange gewesen?“ fragte Mutter.

„Bei Remy, oben in der Manfarge.“

„Aber um Gottes willen, Junge, laß mich mal dein Haar sehen! Du darfst du nicht heraufgehen!“

Und sie lief und holte einen Staubkamm.

Meine Kopfhaut wurde ganz heiß von der Kämmerei, die jetzt mit mir vorgenommen wurde. Es tat so weh, daß mir die Tränen in die Augen stiegen.

„Er sagte, daß die Kirchendienerin gern in Pfützen herumtrampelte.“

„Quatsch doch nicht, Junge!“

„Doch, er sagte es. Ach, er hat soviel geredet. Und ein richtiger Prinz stand unten und sah zu Klara nach oben.“

„Was war da?“

„Ein Prinz; aber es war nichts Besonderes an ihm. Er stand drüben bei Samuelen, und sie sagte, daß Samuelen mein Vater werden würde.“

Der Staubkamm wurde heftig auf meine Kopfhaut gestoßen.

„Au!“ schrie ich.

„Wenn du dich jemals wieder unterstehst und zu Remy gehst, bekommst du Haut, verstanden. Du bist wirklich ein ganz, ganz böser Junge.“

Da tönte die Abendglocke, und ich wurde in Frieden gelassen.

In der Nacht erwachte ich, weil ich eine fremde Stimme in der Schlafstube hörte. Ich lauschte.

Das war Samuelen, aber was wollte denn der hier in unserer Schlafstube?

(Fortsetzung folgt.)

behalten. Die Folge ist, daß eine ganze Anzahl junger Mädchen, die in Hotels tätig sind, sich während des Dienstes eine Perücke überstülpen, um in ihrer Freizeit in der verbotenen Haartracht sich zeigen zu können.

Die Frage, ob die Frau mit den kurzen Haaren wieder gänzlich aus dem Straßenbild der Kulturländer verschwinden wird, kann man vermutlich verneinen. Dabei braucht man nicht an jene phantastischen Gestalten zu denken, die der Volksmund in die Gruppen „Blaustrümpfe“ oder „Rotweiber“ einreicht. Denn die Frauen haben jetzt gelernt, daß der Bublikopf durchaus das Geschmacksvolle mit dem Praktischen vereinen und also ein Gewinn sein kann, auf den sie sicher nicht mehr völlig verzichtet werden.

„Die Gefahren der Zugaben.“

Das Bodmittel der Zugaben, die auf Gutscheine „geschenkt“ werden, ist im Grunde genommen nur ein Mittel zur Preisverschönerung und muß im Interesse aller Konsumenten wie des realen Handels aufs schärfste bekämpft werden. Und wenn auch bei uns in Deutschland der Zugabeumfang noch nicht wie in Oesterreich bis zur Trübsbildung „gediehen“ ist, so müssen auch unsere Konsumenten sich den Kampf gegen die Zugaben energisch führen. Die Gründe hierfür legt sehr klar ein Flugblatt der schweizerischen Konsumvereine, die erfolgreich gegen das Zugabe bei ihnen Präzedenz-Umwehen anstempeln. Es heißt in diesem Flugblatt: „Warum sind wir Gegner der Geschenkartikel? Prämien und Geschenke werden nur verabfolgt, um die Interessen der Lieferanten zu fördern. Durch die Geschenkbeilagen soll der Käufer an die betreffende Marke gewöhnt werden; er opfert also einen Teil seiner Kaufkraft. Konsumentenvereinigungen und Händler werden bei allfälligen Anlässen mit den Lieferanten von Geschenkartikeln der Wechsel erwirkt, weil die Konsumenten auf die Fortsetzung der Geschenkartikel rechnen. Da die Konsumentenvereinigungen zum Zwecke haben, den Mitgliedern das zum Leben Notwendige in guter Qualität zum gerechten Preise zu beschaffen, müssen sie sich aber jederzeit die Freiheit wahren, den Lieferanten zu wechseln, wenn dieser den gestellten Anforderungen nicht entspricht. Der Wert der Beigaben ist im Warenpreis gut kalkuliert. Der Konsument muß demnach eine Ware bezahlen, die er nur in den seltensten Fällen nötig hat und die er bei Bedarf lieber nach seinem Geschmack auslesen würde. Die Geschenkbeilagen veranlassen also die Konsumenten zu unnötigen Gebührensleistungen. Bei den Geschenkartikeln kauft man Gefahr, daß nicht die benötigte Ware, sondern das belegte Geschenk bei der Auswahl ausschlaggebend wird. Das schließt die Gefahr der Qualitätsverschlechterung in sich. Eine Ware, die zu ihrer Empfehlung die Beigabe von Geschenken nötig hat, eignet sich nicht für sorgfältig rechnende Haushaltungen.“

Die österreichische Konsumpresse stimmt diesen schweizerischen Ausführungen durchaus zu. Die deutschen Konsumentenvereinigungen werden auch ihrerseits sich anschließen, da das Zugabewesen je länger, je mehr auch sie gefährdet. Es versteht sich übrigens von selbst, daß der reelle Handel, der den Zugabeumfang nicht oder höchstens unter dem Druck der Konkurrenz mäßigt, von diesen Geschäftsmethoden ebenso geschädigt wird wie die Konsumvereine. Auch er sollte sich deshalb dagegen zur Wehr setzen.

Wer hat denn keine Fahne nicht?

Ein sinniges altpreußisches Volkslied wirt die Frage auf, warum der Train denn keine Fahne nicht habe. Wir wissen nicht — und es interessiert uns wenig, ob diese Frage auch für den Train der zwangsmäßig verfeinerten neudeutschen Armee noch Berechtigung hat. Aber train heißt bekanntlich auch Eisenbahnzug, trains fahren auch auf der Wannseebahn, und wenn auch nicht verlangt wird, daß die Züge am Versammlungstag besetzt seien, so ist es doch für alle deutschen Bahnhöfe vorgeschrieben. Doch siehe da, der Wannseebahnfriede war auch in diesem Jahr, wie noch alle Jahre seit Bestehen der Republik, am Versammlungstag nicht besetzt. Auf Anfrage an zwar vielleicht nicht „zuständiger“, dafür aber eingeweihter Stelle kam der interessanteste Befund, daß der Friedenauer Bahnhofsleiter eben die dienstlich vorgeschriebene Reichsfahne nicht beschafft, obwohl er sie ja nicht aus eigener Tasche zu bezahlen brauchte. Es scheint sich auch keine seiner vorgeordneten Behörden um die Nichtbesetzung und den Flaggemangel des Friedenauer Bahnhofs gekümmert zu haben. Dürfen wir erhoffen, daß dies jetzt geändert wird? Im Bedarfsfalle und wenn die Reichsbahnverwaltung so knapp mit Geld ist, wären wir auch bereit, eine öffentliche Sammlung zur Beschaffung einer Reichsfahne für den Bahnhof Friedenau zu eröffnen.

Zufü gefordert.

Die Adoptivtochter des Afrikaforschers Hans Schomburgk, die Schimpansin Susi, ist einer Lungenerkrankung zum Opfer gefallen. Mit ihm trauern nicht nur viele Erwachsene, sondern vor allem die Kinder, denen die kleine Schimpansin durch ihr zutrauliches Wesen zur lieben Spielgefährtin wurde. Susi wurde im Goleland mit Lianen gefangen und Schomburgk zugebracht, zu dem sie eine starke Zutraulichkeit faßte. Sie ließ sich von keinem Reiter anfassen, so daß der Forscher das verlassene Affentind vom Urwald bis zur Küste selber tragen und betreuen mußte. Fast anderthalb Jahre war Susi sein Pflegetind, bis er sie dem Zoo und somit der Kinderwelt schenkte. Leider traf sie nun das Schicksal fast aller Schimpansen, der baldige Tod durch Lungentrantheit. Das nord-europäische Klima sagt den menschenähnlichen Affen der Tropen nicht zu, so daß sie trotz aller Pflege früher oder später eingehen. So ist auch Susi, nachdem sie den Winter überstanden, im Sommer zu dem tropischen Paradies eingegangen, in dem ihre kleine Affenseele sich wieder der für sie entschieden erfreulicheren Gesellschaft mit ihresgleichen erfreuen mag.

Handgranatenwerfen in einer städtischen Turnhalle.

Zur Erziehung seiner Mitglieder bildet bekanntlich der Stahlhelm seine Mitglieder militärisch aus. So hält es auch die Stahlhelmsportabteilung, die u. a. in einer städtischen Turnhalle im Südwesten sog. Sportabende veranstaltet. Dabei wird natürlich das Erhardt-Lied gesungen. Interessant ist, daß auch Handgranatenwerfen geübt wird, wozu Holzhandgranaten mit Stiel und Eisenbeschlag verwendet werden. Von den Parteien der Linken wird in der Bezirksversammlung Kreuzberg eine diesbezügliche Anfrage eingebracht, damit dieser Mißbrauch städtischer Einrichtungen aufhört, der offensichtlich dazu dient, den rechtsradikalen Pöbel einzuegerieren.

Reichswehr feiert den Tag von St. Privat.

In Potsdam und auch in einigen westlichen Vororten von Berlin ist ein Platz ausgehängt, das folgende Text trägt: Dienstag, den 18. August, Tag von St. Privat. Auf dem historischen Boden des Lustgartens: Große Militärmusikführung und Zapfenstreich. Acht Musiktruppen und das Spielleitende des gesamten 9. preußischen Infanterieregiments unter Leitung des Armeemusikinspektors Prof. Hatenberg. Der Reinertrag fließt wohltätigen Zwecken zu. — Unter den Eintrittsartenausgaben ist auch die deutsch-nationale „Potsdamer Tageszeitung“ verzeichnet. Aus welchem Grunde die unserer heutigen Generation glücklicherweise bereits gänzlich unbekannte Schlacht von St. Privat ausgerechnet durch acht Reichswehrmusiktruppen unter Leitung des Armeemusikinspektors gefeiert werden soll, ist keineswegs ersichtlich, auf jeden Fall aber vollkommen überflüssig. Außerdem, was soll das heißen: Der Reinertrag fließt wohltätigen Zwecken zu? Es ist auf dem Platz überhaupt keine Wohlfahrtsorganisation vermerkt, und wir sehen uns deshalb veranlaßt, den Potsdamer Polizeipräsidenten zu suchen, sich um diese merk-

würdige obfure Wohlfahrtsangelegenheit zu bekümmern, damit nicht etwa unter dem Deckmantel des beliebten volkstümlichen Wortes Wohlfahrt allerlei unbefahrene Leute auf bequeme Art ihr Geschäft machen. Vollkommen unverständlich aber ist es, warum eine derartige höchst private Angelegenheit mit stark nationalistischem militärischem Anstrich auch noch — wie wir feststellen konnten — in einem Bahnhofsvorraum der Reichsbahn ausgehängt werden konnte.

Nebukadnezar und der Knüppel.

„Jeder muß seine Gesinnung gestiftet vertreten.“

Rechts vor dem Vorsitzenden des Potsdamer Amtsgerichts ein dicker Eichenknüppel, links von ihm ein ähnliches Kalber, nur mit abgebrochener Spitze. Mit einem dieser gefährlichen Werkzeuge soll der Angeklagte D., ein Mitglied der kommunistischen Partei aus Potsdam, den Obergefreiten Nebukadnezar Schulz vom Reichswehrregiment 9 mißhandelt haben. Am Abend des 28. April d. J. gingen vier Reichswehrsoldaten Straßen in Potsdam entlang, als sie von einem Trupp Kommunisten gehänselt wurden. In der Kaiser-Wilhelm-Straße kam es dann zu einem bösen Zusammenstoß. Wie auf Kommando stürzten dort aus einem Lokal etwa 40 Mitglieder vom Roten Jungbund heraus und beschimpften die Soldaten. Der Angeklagte versetzte dem Nebukadnezar Schulz einen schweren Schlag über den Kopf und auf den Arm, als dieser blank gezogen hatte. Mit entrollter roter Fahne und Stöcken schlugen die Kommunisten drein. Nach der „Schlacht“ fand man die beiden Stöcke, die jetzt neben dem Vorsitzenden liegen. Es gelang nur, die Personalien von D. und eines anderen Kommunisten festzustellen, der aber jetzt unzufänglich ist. Die anderen waren von den blutigen Seiten gewehren ausgerückt. Der Angeklagte erkannte einen der Stöcke als den seinen. Der andere Stöck wurde von einem als Zeugen geladenen Kommunisten anerkannt. Als das Gericht dem Zeugen den Stöck übergab, meinte dieser: „Behalten Sie man den Ehrenstößel für sich zum Andenken.“ Das Gericht erkannte wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung auf einen Monat Gefängnis und Einziehung des zum Schlag benutzten Stöckes. Der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung aus, daß solchem Treiben energisch entgegengetreten werden müsse. Im deutschen Lande könne jeder eine Gesinnung haben wie er wolle, aber er müsse sie gestiftet vertreten, denn wir leben hier nicht in Indien. — Ein sehr wahres Wort, das man von Gerichtswegen auch mal auf die völkischen Knüppelgarden angewendet sehen möchte.

80—100 Prozent Zinsen.

Die Vermögen der Armen bewahrt.

Als ein Ausbeuter der Notlage seiner Nächsten erwieh sich der Schreinermeister Hahler, der sich vor dem Schöffengericht Mitte wegen gemerbmäßigen Wuchers zu verantworten hatte. Die Fälle, die dem Gericht zur Beurteilung vorlagen, zeigten eine erschreckende Habgier. Der Angeklagte hatte sich nicht geschert, arme und alte Leute in maßloser Weise auszubeuten. Eine alte Witwe, die sich einer Operation unterzogen hatte, war in große Geldverlegenheit geraten. Da sie nicht mehr das Notwendigste zum Lebensunterhalt hätte, wandte sie sich wegen eines Darlehens von 350 M. an den Angeklagten, der ein Geldvermittlungsgeschäft betrieb, und erhielt auch die verlangte Summe, jedoch mußte sie nicht nur 80 Proz. Zinsen zahlen, von denen gleich vorweg ein Teil von der Darlehenssumme in Abzug gebracht wurde, sondern sie mußte sich auch noch verpflichten innerhalb vier Monate den ganzen Betrag nebst dem Rest der Zinsen zurückzahlen. Zur Sicherheit mußte sie die Einrichtung ihrer Wohnung dem Wucherer verpfänden. Als sie die letzte Ratenzahlung von 100 Mark nicht leisten konnte, drohte ihr der hartbärtige Geldverleiher mit der Abholung der Möbel, unter Tränen schloßerte die Frau dem Gericht wie unerbittlich der Angeklagte die Schuld eingestanden hatte. In einem anderen Falle war ein Mann stellungslos geworden und brauchte ein Darlehen von 1000 Mark. Er erhielt 890 Mark ausgezahlt und mußte sich ver-

Das Rundfunkprogramm.

Sonntag, den 16. August.

9 Uhr vorm.: Morgenfeier. 1. A. Böhm: Präludium (Dr. Artur Böhm, Harmonium). 2. Fr. Schubert: Ave Maria (Gina Götz, Alt). 3. Fr. Kreisler: Rondino (Heino Sieds, Violine). Dr. A. Böhm: Harmonium. 4. Bibelrezeitation (Bibelsprecher Johannes Schulze). 5. Ansprache des Herrn Pfarrer Dr. Horn von der Zwingli-Kirche. 6. G. Tartini: Adagio cantabile (Heino Sieds, Dr. Artur Böhm). 7. Fr. Händel: Arie: O hör mein Fleh'n, aus „Samson“ (Gina Götz). 8. Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Landwirtschaft. Dr. Julius Koch: „Die Herstellung alkoholfreier Obstgetränke im eigenen Haushalt“. 5—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman. Die italienische Oper. 7 Uhr abends: Humoristisches Pankellerlei (Georg Bamberger). 7.45 Uhr abends: Dr. Ernst Herrmann: „Zur Geologie von Berlin“. 8.30 Uhr abends: Populärer Abend. 1. a) Schubert-Berté: Zu jeder Zeit wie mich's grad' freut, aus der Operette „Dreimäderlhaus“. b) Schubert-Berté: Nicht klagen, aus der Operette „Dreimäderlhaus“. c) Joh. Strauß: Als ich ward' ihr Mann, aus der Operette „Wiener Blut“. d) Bromme: Ihr Frauen, Ihr wollt ja belogen sein, aus der Operette „Schäm dich Lotte“ (Franz Baumann, Tenor). 2. a) Mendelssohn-Bartholdy: Hochzeitsmarsch aus dem „Sommer-nachstraum“. b) Ritter: Großmütterchen erzählt, Pantomime. c) Joh. Strauß: Rosen aus dem Säden, Walzer (Britzer Mandolinklub 1920, Dirigent: Willi Schickgratz). 3. a) Nicolai: Als Bublein klein, aus der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“. b) Altniederländisches Fuhrmannslied. c) Blasser: Lacrimae Christi (Erik Schubert, Baß). 4. a) Lange: Blumenlied. b) Trans-lateur: Wiener Praterleben, Walzer. c) Seifert: Kärntner-Liedermarsch (Britzer Mandolinklub 1920). 5. a) Fischer: Im tiefen Keller, b) Tod von Basel, Volkslied. c) Reißiger: Schlesiische Zecher (Erik Schubert). 3. a) Graniushäden: Das Leben wird so häßlich, aus der Operette „Bacchusnacht“. b) Fritz Rüd: Der Geiger, c) Lob: Za Heidelberg Student, d) Hopps: Ein rheinische Mädchen (Franz Baumann). Am Flügel: Ludwig Preis. 10 Uhr abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Film-dienst.

Königswusterhausen, Sonntag, den 16. August.

11.30—12.50 Uhr mittags: Konzert, veranstaltet von der Konzert- und Opernsängerin Edith Bach, Berlin. Mitwirkende: Edith Bach, Sopran; Ilse Freimann-Wartenberg, Violine; am Flügel: Elisabeth Owerk. 1. Drei Lieder, gesungen von E. Bach: a) Brahms: Ständchen. b) Taubert: Der Vogel im Walde. c) Ein kleines Negerlied. 2. a) Rubinstein: Melodie (Violine). b) Matheson: Air auf der G-Saite (Violine und Harmonium). 3. a) Thomas: Kennst Du das Land, aus „Mignon“ (Gesang). b) Bizet: Arie der Lelia, aus „Perlenfischer“ (Gesang). 4. Drei Lieder mit Violinbegleitung. 5. Puccini: Arie der Tosca, aus „Tosca“. 6. Karl v. Dittersdorf: Der deutsche Tanz (Violine). 12 Uhr mittags: Esperantovortrag.

Montag, den 17. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.40 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau (Die Frau mit dem „Aber“). 5—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman. 7—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7 Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Professor Dr. Paul Sommerfeld: „Verpfügungen und Übertragung von Krankheiten durch Nahrung und Genußmittel“. 4. Vortrag, 7.30 Uhr abends: Abteilung Handel. Dipl.-Handelslehrer Hanna Hesse: „Buchführung“. 5. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Wagner-Abend. Dirigent: Bruno Seidler-Wiackler. 1. Ouverture zu „Tannhäuser“ (Orchester). 2. Hallen-Arie aus „Tannhäuser“ (Hanna Gorina, Sopran). 3. Zug der Friedensboten, aus „Niemi“ (Orchester). 4. Gebet, aus „Niemi“ (Kammeränger Hans Tänzler, Tenor). 5. Ein Schwert verließ mir der Vater, (Schluß des ersten Aktes) aus der „Walküre“ (Hanna Gorina und Kammeränger Hans Tänzler). Berliner Funkorchester. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Film-dienst. 10.30 Uhr abends: Schachfunk (E. Nebermann).

pflichten, in kurzer Zeit das gefiehene Geld zurückzahlen. Auch hier wurde die Wohnungseinkunftung verpfändet und der Schwiegervater mußte seine Pensionsansprüche abtreten. Diefem Zeugen wurden 96 Proz. Zinsen berechnet. Ebenso lagen noch einige andere Fälle. Das Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Amisgerichter Dr. Neumann war der Meinung, daß derartige krasse Fälle der Ausbeutung der Notlage eine außergewöhnlich strenge Strafe verdienen. Hahler wurde wegen gemerbmäßigen Wuchers zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Nicht Polizei um Hilfe rufen.

Sonst Strafmandat.

Ein Freund unseres Blattes schildert uns im folgenden seine Ergebnisse mit der Polizei in der Nacht zum den Verfassungsfestlichkeiten am Sonntag:

„Welcher burlesken Tollheiten im 7. Jahre der deutschen Republik ein Staatsbürger gewärtig sein muß, sei an einem drastischen Beispiel erläutert. In der Nacht vom 10. zum 11. August, gegen 1 Uhr, kam ich auf dem Nachhausewege an einer sehr erregten politischen Ansammlung in der Umlandstraße vorbei. Einige Reichsbannerleute waren hier dem Vernehmen nach von Mitgliedern des Frontbannes angefallen worden. Schon waren die Gegner beruhigt beim Auseinandergehen, als plötzlich aus einem in der Nähe gelegenen Restaurant ein völlig unbeteiligter, allem Anschein nach total betrunken Mana herausstürzte, der unter unglaublichen Beschimpfungen wie ein Berleter auf einzelne der Reichsbannerleute einzuschlagen begann. Als die Polizei zu dieser wüsten Szene kam, beschuldigte dieser Krakeeler die Republikaner der Urheberchaft des Kravalles. Ich hatte mich bisher rein beobachtend völlig im Hintergrunde gehalten, ohne ein Wort zu sagen. Nun trat ich zu dem Polizeimann heran und sagte Folgendes: „Herr Beamter, ich stelle mich als Zeuge dafür zur Verfügung, daß dieser Herr soeben erst hinzugekommen und daher über die Ursachen des Zusammenstoßes keine Auskunft geben kann.“ Das war für die entsetzte völkische Rotte das Signal, unter den wüsten Schmähen rufen mit Knüppeln, Schlagringen und Fäusten über mich herzufallen und aufs schwerste zu mißhandeln. Trotdem die Beamten Zeugen der brutalen Ausschreitungen der Völkischen waren, rührte sich kein Beamter, um mir beizuhelfen. Gestern aber, und das ist das Unglaublichste an der Sache, bekomme ich als grundlos von Wegelagerern Ueberfallener ein Strafmandat von 20 M. Dieses Mandat ging aus vom Polizeiamt in Wilmersdorf. Ich hatte nach dem Ueberfall einen der Haupttäter von der Polizei feststellen lassen, hatte den Polizeibeamten als Zeugen um seine Dienstnummer ersucht, und war daraufhin freundschaftlichst um meine Adresse gebeten worden. Das wäre so üblich, aber ich könnte völlig unbeforsgt sein. Darau rekurriert das Strafmandat! — Das bedeutet: „Wenn dich einmal jemand überfallen sollte, sei es ein Kaufbold, ein Dieb, oder ein Mörder, rufe um Gotteswillen keinen polizeilichen Schutz herbei, denn du bist schuldig, nicht der, der dich an Leib und Leben bedroht.“

Feuer im staatlichen Schauspielhaus.

Dieser Ruf alarmierte am Sonnabend nachmittag die Berliner Feuerwehr. Sie rückte sofort in großer Stärke dorthin aus. Kam aber nicht in Tätigkeit, weil Angestellte die Flammen inzwischen erfolgreich mit zwei Schlauchleitungen gelöscht hatten. Ueber den Brand, der das Theater in die größte Gefahr gebracht hat, wird uns berichtet:

Das Schauspielhaus wird zurzeit von einer Privatfirma gründlich im Innern gereinigt. Wegen die feuergefährlichen Bestimmungen, die jede Verwendung von Benzin ausschließen, benutzten die Arbeiter Benzinlösungen zum Reinigen der Vorhänge im Foyer und eine elektrische Lichtleitung, die transportabel war, um überall genügend Licht zu haben. Eine dieser transportablen Glühlampen fiel von einer Leiter und zerbrach. Die Benzindämpfe entzündeten sich an der Birne und im Nu standen die Wandbehänge im Foyer und im Orchester in Flammen. Da das Theater zurzeit geschlossen ist, war keine Feuerlöschwehr anwesend. Die Angestellten nahmen zum Glück gleich mehrere Schlauchleitungen vor und gaben damit tüchtig Wasser. So gelang es mit der Hausleitung den Brand zu löschen und auf das Foyer zu beschränken. 125 Liter Benzin, die noch unverbraucht waren, konnten geschnitten werden. Wären auch sie entzündet, hätte das Feuer wohl kaum gelöscht werden können.

Beisehung mit Knüppeln.

Die Beisehung des in der Rotwehr erschossenen Frontbannmitglieds Bölle fand gestern am dem Steglitzer Friedhof statt. Auf dem Fehrbelliner Platz hatten sich Mitglieder der völkischen Verbände, wie „Werwolf“, „Jungdo“, „Frontbann“ usw. eingefunden, um den Trauerzug zu begleiten. Wer die Munterkeit dieser „Leitragenden“ beobachten konnte, glaubte, daß es eher zu einem Tongewirren, als zu einer Trauerfeier gehen sollte. Trotz des Polizeiverbotes wurden zahlreiche Knüppel mitgeführt, und das Verbot wurde teils dadurch umgangen, daß völkische in Zivilkleidung die Stöcke der in Gruppen marschierenden — oft 10 bis 12 Stück — trugen. Die Passanten verhielten sich durchweg passiv und ließen den knapp 1000 Mann starken Zug stumm vorüberziehen. Die Straßen, die durchzogen wurden, wiesen auch keinen schwarzweißroten Flaggenschmuck auf, wie es angefangen worden war. Nach der Bestattung formierte sich das Gesinde, Schmähdieder auf die Republik legend, zum Abmarsch. Beim Rückmarsch durch die Straßen des Westens wurden wie üblich jüdische Passanten mit Nebenarten bedacht. Am Bahnhof Zoo wurde der Zug dann von dem Offizier des Beselittaus aufgelöst. Den Befehlen folgten die völkischen nur widerwillig. Raum war der mit Schupo bemante Lastwagen abgehahren, als wiederum die Passanten, die den Zoo passierten, beschimpft und tätlich angegriffen wurden. Sofort zu Hilfe eilende Schupo konnte die Angreifer, die sich in das berichtigte Sammelquartier der völkischen, in das Café „Wilhelma“, flüchteten, leider nicht mehr feststellen. Das Verhalten der Schupo war durchaus einwandfrei und fand überall den Beifall des Publikums.

Falsche Rentenbankcheine.

Neue Fälschungen von Rentenbankcheinen zu zehn und fünf Mark sind teils in Groß-Berlin, teils in Hannover, Göttingen und Ostpreußen aufgetaucht. Die Merkmale der falschen Zehrentenbankcheine sind folgende: Gewöhnliches, im Griff ziemlich lappiges Papier; durch Ueberdrücken mit grünlcher Farbe vorgetuschelter Stoffaufsatz; die Felsen fehlen; das Wasserzeichen ist anscheinend durch Schöpfung unvollkommen nachgegemmt. Vorderseite: das Druckbild zeigt ein den ersten Stücken ähnliches, aber ungenau nachgezeichnetes Unterdruckbild. Die zur Beschäftigung verwandten Typen weisen im Schnitt erheblich von denen der echten Scheine ab. Im Text fallen besonders die Zahlen „5“ und „500“ durch ihr abweichendes dünnes Aussehen auf. In der zweiten Textzeile ist das Wort „Verlangen“ mit einem kleinen „s“ wiedergegeben. Beim vordersten Wort „Rentenbriefe“ fehlt am Ende das „e“. Rückseite: das Druckbild wirkt unsauber. Im Straßzug fehlt in der dritten Zeile hinter „Zucht“ der Bindestrich, in der letzten Zeile am Worte „niht“ das „t“. Schriftsatzart, Buchdruck, Umlaufsorte Hannover, Göttingen. Die Merkmale der falschen Fünfrentenbankcheine sind: Gewöhnliches, im Griff lappiges Papier; der Stoffaufsatz ist durch Ueberdrücken mit gelblcher Farbe vorgetuschelt; die Felsen sind wenig erkennbar auf-

Anträge zum Parteitag in Heidelberg.

Zur Tagesordnung.

Emden. Als fünfter Punkt wird auf die Tagesordnung gesetzt „Stellungnahme zur Währungsfrage“.

Zum Bericht des Parteivorstandes.

Bezirk Brandenburg. Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verbindung mit dem Bureau des Parteivorstandes ein besonderes Sekretariat für Agrarpolitik einzurichten, unverzüglich die Herausgabe einer Monats- oder Vierteljahrszeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft in die Wege zu leiten und eine für die Tagespresse bestimmte Agrarcorrespondenz herauszugeben.

Gera (Reuß). Der Parteivorstand wird ersucht, wie früher zusammengestellten Material für die Funktionäre, das laufend erscheint, herauszugeben.

Hamburg. Der Parteitag beschließt, alljährlich, wie früher, eine Altersstatistik vorzunehmen.

Burgsteinfurt (Westf.). Der Parteitag möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, baldigst einen Reichsbeitrag für Landwirtschaft und Agrarreform (landwirtschaftlichen Beirat) zu bilden, zu welchem aus dem ganzen Reich zwecks planmäßiger Bearbeitung laufender und anderer Fragen parteiorganisatorische Mitglieder der Organisationen der Kleinbauern, Pächter und Heuerlinge hinzugezogen werden. Gleichzeitig soll die Einrichtung einer besonderen Abteilung innerhalb des Parteivorstandes für diese Fragen in Erwägung gezogen werden.

Frankfurt a. M. Der Parteivorstand wird ersucht, statt der Reden einzelner Parteigenossen in den Parlamenten Broschüren, enthaltend die Kerngedanken sozialistischer Weltanschauung und sozialistischer Wirtschaftsbetrachtung, herauszugeben und möglichst jedem Parteigenossen unentgeltlich zu verabfolgen und durch ein Preisauschreiben für Filmblätter Filme mit sozialistischer Grundanschauung zu schaffen.

Groß-Celzig. Die sozialistischen Frauen verlangen, neben der als Organ zur Gewinnung politisch indifferenten Frauen dienenden „Frauenwelt“ eine Frauenzeitung, die den Charakter der „Kämpferin“ oder der „Gleichheit“ trägt. Außerdem verlangen wir zur Gewinnung und politischen Schulung der Massen leicht faßliches Agitationsmaterial in Form von kleinen Broschüren und Flugschriften, die eine schnelle Aufklärung über alle aktuellen Tagesfragen ermöglichen und die Wählermassen ständig mit der Volkspartei und insbesondere mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und anderer Parlamente in Verbindung hält.

Göppingen. Der Parteivorstand wird ersucht, zur Förderung der Bildungsarbeit Wanderlehrer anzustellen und Wanderkurse abzuhalten.

Chemnitz. Der Parteivorstand möge beschließen, wieder die „Neue Zeit“ als wissenschaftliche Zeitung der Partei herauszugeben.

Burgsteinfurt (Westf.). Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dahin zu wirken, daß die Parlamentsberichte des sozialdemokratischen Pressebüros, die für die Provinzpresse der Partei herausgegeben werden, ausführlicher gestaltet werden. Es soll auch mehr Wert darauf gelegt werden, die Ausführungen der Abgeordneten aus der Provinz in den Ausschüssen und im Plenum ausführlicher zu bringen, da in den Wahlkreisen dieser Abgeordneten dafür naturgemäß ein verstärktes Interesse vorliegt.

Bezirk Berlin. Der Parteivorstand wird ersucht, sich mehr als bisher mit den Zielen und der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen, die in letzter Zeit mehrfach den Parteiorganisationen zu schärferer Kritik Anlaß bot.

Berlin. Bei Aufstellung der Reichs- und Landeslisten ist der Parteivorstand gehalten, gegen den ausgesprochenen Willen der Bezirksorganisation keine Entscheidung zu treffen.

Berlin. Bei Wahlen zum Reichs- und Landtag ist die beabsichtigte Reichs- und Landesliste so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß den Bezirksorganisationen Gelegenheit zum Einspruch gegeben ist. Erst nach Prüfung etwaiger Einsprüche sind die Listen endgültig festzustellen und dem Wähler zu übergeben.

Bezirk Berlin. Der Parteivorstand soll im Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften die Möglichkeiten einer gesetzlichen Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vermögensverwaltungen aller Sozialversicherungsträger und ihre Zusammenlegung auf bankmäßiger Grundlage untersuchen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorbereiten.

Zwickau. Der Parteitag beauftragt alle in überparteilichen Organisationen vertretenen Parteimitglieder, die Zusammenarbeit mit denjenigen Parteien, die in den letzten Kämpfen ihre republikanische und soziale Unzuverlässigkeit erwiesen haben, zu lösen. Das Reichsbanner ist zu einer sozialistisch-republikanischen Schutztruppe auszubauen.

Göppingen. Das vom Parteivorstand herausgegebene SPD-Material soll in höherer Auflage als bisher erscheinen, damit dasselbe einem größeren Kreis tätiger Genossen, insbesondere den Betriebsvereinsleitenden zugestellt werden kann.

Dreslau. Alle Parteinstanzen und die gesamte Parteigenossenschaft werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mietzinses zugunsten des entschuldeten Hausbesitzes zur Wehr zu setzen.

Aöln. Die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten privatwirtschaftlicher Unternehmungen, sofern es sich nicht um gesetzliche oder parlamentarische Funktionen und Vertretungen von Organisationen handelt, ist unvereinbar mit der Bekleidung parlamentarischer Ämter.

Altenburg i. Thür. Es ist den Mitgliedern der SPD, jedes private Wirken in Vorständen und Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmungen verboten, mit Ausnahme der Betriebsräte. Soweit Parteimitglieder als Vertreter von Staaten und Gemeinden in den genannten Institutionen tätig sind, haben sie eventuelle Tätigkeiten reslos den in Frage kommenden öffentlichen Ämtern zu überweisen.

Bezirk Berlin. Genossen, die höhere politische Stellungen bekleiden, wie Reichs-, Landtagsabgeordnete, Minister usw. dürfen in rein privatkapitalistischen Betrieben ohne Genehmigung der zuständigen Parteiorganisation keine Aufsichtsratsposten einnehmen.

Unterbezirk Hagen-Schwelm. Der Parteitag möge beschließen, die zuständigen Instanzen zu beauftragen, in der Frage des Achtstundentages einen Volksentscheid zu erzwingen.

Hannover. Der Parteivorstand wird für den Fall der Annahme der Zollvorlage im Reichstag beauftragt, den Volksentscheid über die Frage der Zollserhöhung auf Lebensmittel und notwendige Rohstoffe für die Industrie herbeizuführen.

Bad Salzungen. Zur Bekämpfung der Agrarzölle sind die Vorarbeiten zu einem Volksentscheid zu treffen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich mit dem Bundesvorstand des ADGB ins Benehmen zu setzen zwecks sofortiger Einteilung des zum letzten Parteitag von zahlreichen Parteimitgliedern geforderten und vom Parteivorstand an den Bundesvorstand des ADGB weitergeleiteten Volksentscheids zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages bzw. der Reduzierung des sogenannten Washingtoner Abkommens.

Groß-Celzig. Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zur Unterstützung unserer Reichstagsfraktion auf Reform der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches eine einheitliche außerparlamentarische Aktion einzuleiten, durch welche die öffentliche Meinung nachdrücklich beeinflusst werden kann.

Unterbezirk Groß-Celzig. Der Parteitag möge beschließen, daß der Förderung eines internationalen Frauentages entsprechend in Deutschland ein Frauentag abgehalten wird, an dem für die Interessen der wertvollen Frauen demonstriert werden soll.

Münster. Der Parteivorstand wird ersucht, mit allem Nachdruck und mit aller erforderlichen Schärfe auf Beendigung des sächsischen Parteikonfliktes zu drängen.

Bauhen. Die Ortsgruppe Bauhen der SPD verlangt vom Parteitag, daß die 23 Genossen, die im sächsischen Landtag vertreten sind, wegen ihres disziplinlosen und parteischädigenden Verhaltens endgültig von der Parteiliste als Mitglieder gestrichen werden.

Zwickau. Der Parteivorstand bestätigt den Ausschluß der 23 sächsischen Landtagsabgeordneten aus der Partei, nachdem diese dem ausdrücklichen Botum des Parteivorstandes entgegengehandelt haben.

Dreslau. Die 23 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen, die zu wiederholten Malen die Parteidisziplin durchbrochen und proletarische Interessen schwer gefährdet haben, sind aus der Partei auszuschließen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag mißbilligt das Verhalten der 23 Abgeordneten des sächsischen Landtags, die entgegen dem Beschluß ihrer eigenen Landesinstanzen als auch des Parteivorstandes gehandelt haben.

Bauhen. Der Parteitag heißt den Ausschluß der 23 sächsischen Landtagsabgeordneten aus der Partei gut.

Dreslau. Der Parteitag möge feststellen, aus welchen Gründen Genosse Bauer aus der Partei ausgeschlossen und später wieder aufgenommen wurde.

Frankfurt a. M. Der Parteitag möge beschließen, den Parteihauptvorstand zu beauftragen, für die Folge diejenigen sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die an wichtigen Abstimmungen (Mistrauenvoten usw.) aus wichtigen Gründen nicht teilnehmen, in der Parteipresse zu veröffentlichen.

Groß-Celzig. Der Parteitag möge beschließen, die Reichsfrauentagkonferenz zukünftig vor dem Parteitag abzuhalten. Die tätigen Genossinnen betrachten es im Interesse der Frauenbewegung für wesentlich, daß die auf der Frauentagkonferenz geleistete Arbeit auf dem Parteitag besprochen und erledigt werden kann.

Bauhen. Die Frauentagkonferenz künftig vor dem Reichsparteitag stattfinden zu lassen.

Stettin. Die Generalversammlung des Parteiverbandes Groß-Stettin steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die mit dem Parteitag parallel laufenden Frauentagkonferenzen nicht notwendig sind. Sollte der Parteitag sich diesem Antrage nicht anschließen können, dann muß diese Konferenz vor dem Parteitag abgehalten werden, wenn sie ihren Zweck nicht ganz verfehlen soll.

Frankfurt a. M. Der Parteitag verurteilt auf das Entschiedenste, die früher bewährte und siegreiche, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die jetzt bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen Taktik der Partei wäre, daß aus ihr eine Partei würde, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt, während sie im Sinne ihrer Gründer und ihres ursprünglichen und bewährten Programms auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische hinarbeiten soll.

Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß die Klassengegenstände sich nicht abschwächen, sondern sich stetig verschärfen, und erklärt: daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände;

daß die Partei deshalb einen Anteil an der Regierungsgewalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht voraussetzungslos erstreben kann; daß Presse und Aufklärungsorgane der Partei auf die vorhandenen und stets wachsenden Klassengegenstände hinzuweisen haben, um den Kampfesgeist der breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung zu stärken.

Berlin. Die seit der Umwälzung des November 1918 verflochtenen Interessen haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bekräftigt.

Der am 2. August tagende Parteitag des Bezirksverbandes Berlin bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und zu den Gemeindeparlamenten dieser Tatsache nicht überall Rechnung getragen wurde. Er fordert die Genossinnen auf, durch regste Mitarbeit im politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch stärkeren Eintritt der Frauen in die parlamentarische Tätigkeit die Interessen von Mann und Frau und damit des Volksganzen gewahrt werden.

Der Bezirksparteitag protestiert gegen die Aufrechterhaltung des § 14 der Beamtenabgabeverordnung, der die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten und Angestellten aufhebt. Er ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestrebungen, die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechterhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Der Parteitag fordert von der Partei, daß sie ihrem alten programmatischen Grundgesetz „Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit“ theoretisch und praktisch energisch zum Durchbruch verhilft.

Unsere Aufgabe als Kulturpartei liegt in der Förderung der Volkswohlfahrt wie der Bekämpfung aller Volkschäden, unter denen der Alkoholismus in Deutschland mit an erster Stelle steht. Es ist eine der sozialen Aufgaben der Frauen, ihren Einfluß gegen das verderbende Volksgift einzusetzen und deshalb Aufgabe aller Verantwortlichen, alle Kräfte einzusetzen, um den Alkoholismus zum Wohle des arbeitenden Volkes zu bekämpfen.

Bremen. Die Parteiverammlung mißbilligt die Art der Vorbereitung zur Präsidentenwahl durch den Parteivorstand, besonders die Nichtbefragung der Parteigenossen durch Versammlung oder einen Parteitag für den zweiten Wahlgang.

Bremen. Die Parteiverammlung hält die erste Stellung des Parteivorstandes im Sachsenkonflikt nicht für geeignet, die Partei zu fördern.

München. Der Parteitag möge beschließen, nachdem die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bis heute nicht vollzogen hat, wird der Parteitag beauftragt, unverzüglich mit dem ADGB und den übrigen Spitzenorganisationen der Angestellten und Beamten die Schritte einzuleiten, um über die Frage des Achtstundentages den Volksentscheid herbeizuführen.

München. Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der gegenwärtigen und bereits stattgefundenen Verhandlungen im Reichstag über Aufwertung, Steuer, Schulzölle usw. soll, um dem gesamten Volke Aufklärung über das Arbeiten und Wirken der Sozialdemokratischen Fraktion im Gegensatz zu den Deutschnationalen zu geben, ein ausführliches Flugblatt vom Parteivorstand herausgegeben werden. Ganz besonders soll dabei auf das Verhalten des neuen Reichspräsidenten in diesen wichtigen Fragen hingewiesen, und das Gehalt desselben im Gegensatz zu Friedrich Ebert nicht vergessen werden.

München. Die Wahrung und Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeitnehmer, soweit sie sich

zur sozialistischen Weltanschauung bekennen, ist vorrangigste Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Das Ziel, die Umwandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in das sozialistische und damit die Befreiung der Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung, kann nur mit Hilfe mächtiger Organisationen erreicht werden. Deshalb ist der Ausbau und die Stärkung derselben erstes Gebot für jeden klassenbewußten Arbeitnehmer. Diese Stärkung wird jedoch zurzeit vielfach ungünstig beeinflusst durch die vielen Ueberorganisationen, die für verschiedene Zwecke in den letzten Jahren innerhalb der modernen Arbeiterbewegung entstanden sind.

Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, alsbald mit den Spitzen der verschiedenen Ueberorganisationen in Verbindung zu treten, um eine bessere Einheitsfront der gesamten modernen Arbeiterbewegung herbeizuführen und womöglich alle überflüssigen Ueberorganisationen auf das für die Arbeitnehmer erträgliche Maß zurückzuführen und damit die eigentliche Schlagkraft der Arbeitnehmererschaft für ihren obersten Zweck zu stärken.

Unterbezirk Nordhausen. Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu beauftragen, die Gehehe über Unfall- und Invalidenversicherung, sowie die Gehehe für Mutterchutz und Säuglingsfürsorge mit kurzen Kommentaren in Broschürenform in Kürze herauszugeben.

Zum Organisationsstatut.

Gera-Reuß. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiaussschuß das Statut einer Nachprüfung zu unterziehen, in dem Sinne, daß die Grundsätze der inneren Parteidemokratie weitgehender als bisher berücksichtigt werden.

Bezirk Franken. Zur Partei darf nur aufgenommen werden, wer nicht Mitglied eines Veteranen- oder Kriegervereins ist.

Enzka. Alle bei uns organisierten Mitglieder dürfen keinen bürgerlichen Vereinen angehören.

Dortmund-Westf. Mitglieder der Partei dürfen nicht auch zugleich Mitglieder eines Kriegervereins oder sonst eines politischen Vereins sein.

Hamburg. Der Parteitag möge beschließen, daß alle Ortsvereine mit Energie dafür zu wirken haben, daß alle Parteimitglieder gleichzeitig auch Mitglieder der Konjunktionsgesellschaft werden.

Altenburg-Kauernbörj. Die parteigenösslichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sind von allen Parteinstanzen zum Beitritt in eine freigewerkschaftliche Berufsorganisation anzubahnen. Parteigenössliche Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte in führenden Parteistellungen müssen unbedingt freigewerkschaftlich organisiert sein.

Chemnitz. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, welche Mitglieder der Partei sind, haben die Verpflichtung, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, sofern solche für ihren Beruf gebildet sind. Als freigewerkschaftliche Organisationen kommen nur solche Gewerkschaften in Betracht, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind.

Die Parteiverammlung des 16. Unterbezirks erwartet vom Parteitag in Heidelberg, daß er in dieser Frage eine klare Entscheidung fällt.

Bezirk Berlin. Parteigenossen, die als Lohn- und Gehaltsempfänger arbeiten (alle Arbeitnehmer), müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft sein.

Bauhen. Der Parteitag möge beschließen, daß die Beamten, die der SPD angehören, sich freigewerkschaftlich organisieren.

Odenburg. Der Parteitag möge beschließen, § 3 des Organisationsstatuts zu ändern durch Hinzufügung des Satzes: „Den Unterbezirken kann seitens des Bezirksverbandes eine gewisse finanzielle Selbständigkeit durch Gewährung eines bestimmten Anteils an den eingehenden Beiträgen zur Förderung der Agitation eingeräumt werden.“ (Hinter „in Unterbezirke“ zusammengefasst werden können.)

Bezirk Franken. Das Organisationsstatut der Partei soll dahin abgeändert werden, daß für die Behörden keine Möglichkeit besteht, den § 1 des Vereinsgesetzes auf die Ortsvereine der Partei anzuwenden. Anstatt „Ortsverein“ soll es künftig „Ortsgruppe“ heißen.

Abelnhausen. Die Bezirks- und Unterbezirkssekretäre der Partei haben sich auf ihr Tätigkeitsgebiet zu beschränken. In den Fällen, wo sie Inhaber von parlamentarischen Mandaten sind, müssen sie für Ersatz sorgen.

Emden. Parteivorstand und Bezirksvorstand haben in schärferer Weise wie bisher darauf zu achten, daß die Häufung öffentlicher Ämter bei Genossen, insbesondere bei Parlamentariern, vermieden wird.

Hagen-Schwelm. Der Parteitag möge beschließen, daß im Parteitag festgelegt wird, daß in Zukunft die Aufstellung des Reichspräsidentenandidaten nur auf einem Parteitag zu erfolgen hat.

Nachen. Das Eintrittsgeld, das von den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe von zwei Wochenbeiträgen.

Bezirk Niederrhein. Das Eintrittsgeld für Männer und Frauen ist gleichmäßig auf 0,50 M. festzusetzen.

Köln. Der § 7 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Das Eintrittsgeld, das von den Bezirken verbleibt, beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf.

Göppingen. Die Höhe des Eintrittsgeldes, das von den Bezirken verbleibt, wird von den Bezirksvorständen festgelegt.

Hannau. Die Mitgliedsverammlung der Sozialdemokratischen Partei Hannau beantragt: Der Parteitag möge beschließen, in landlichen Gegenden mit besonders geringen Löhnen ist der Parteibeitrag auf die Hälfte des jeweils geltenden Beitrages herabzusetzen.

Hemelingen. Der Parteitag möge beschließen: Der monatliche Beitrag wird von den Bezirken festgelegt, derselbe muß den Stundenlöhnen in den Unterbezirken angepaßt sein.

Parteivorstand. § 8 letzter Absatz soll lauten: Zur Deckung der Werbeausgaben zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgelegt wird.

Parteivorstand. Dem § 8 zweiter Absatz ist anzufügen: „wovon 10 Pf. pro Marke und Mitglied an die Parteikasse abzuführen sind.“

Köln. Im Organisationsstatut der SPD. ist im § 8 hinter Absatz 3 folgender Satz einzufügen: „Erwerbslose sind während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit vom Beitrag befreit.“

Hannover, Stettin, Magdeburg, Bezirk Franken, Göppingen, Bezirk Württemberg. Das Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.

Hagen. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahl zu erfolgen.

Frankfurt a. Main. Die Delegierten zu den Kongressen der Internationale sind künftig in jedem Bezirk durch Urwahlen zu wählen.

Groß-Celzig. Es wird beantragt, den § 22 des Parteistatuts in der Weise zu ändern, daß anstatt auf 10.000 weibliche Mitglieder auf 5000 Frauen eines Bezirks ein weibliches Mitglied in den Parteiaussschuß gewählt wird.

Bezirk Niederrhein. Der Parteivorstand wird verpflichtet, vom Beginn des neuen Geschäftsjahres ab für alle Bezirke und Ortsvereine einheitliche Abrechnungsformulare, Kassenbücher, Berichts-

formulare über Organisation und Agitation und sonstiges Verwaltungsmaterial herauszugeben und Ortsvereine und Bezirke zu verpflichten, dieses Material zu benutzen.

Grünstadt. Zu § 28. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, welche sich in einer monarchistisch-patriotischen Sportorganisation als Mitglied befinden, oder sich betätigen und dieses ganz besonders an Orten, wo Gelegenheit gegeben ist, sich in einer eigenen Standesorganisation des Sportes betätigen zu können, schließen sich aus der Sozialdemokratischen Partei aus. Bei Annahme dieses Antrages ist sofort eine entsprechende Bestimmung in den Parteistatut einzufügen.

Zwickau. Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind wegen ihrer parteischädigenden Wirkung (im Sinne des § 28 des Organisationsstatuts) verboten.

Koburg. Der Parteitag wolle beschließen, daß für gewisse wirtschaftliche Notstandsgebiete, wie z. B. den Spielwarenbezirk Neustadt-Sonneberg, den Korbmacherbezirk Lichtenters-Michelau, u. a. durch den Parteivorstand für die Dauer eines solchen Notstandes der Parteibeitrag auf die Hälfte ermäßigt wird.

Für die in erträglichen Lohnverhältnissen sich befindlichen Mitglieder unserer Partei dieser Notstandsbezirke ist es selbstverständliche Pflicht, von dieser Veräußerung keinen Gebrauch zu machen.

Darmstadt. Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Berliner Parteitages 1924, der jedes Mitglied verpflichtet, vierteljährlich eine internationale Karte zu 15 Pf. zu fleben, wird aufgehoben. Der Beitrag, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an die Sozialistische Arbeiterinternationale abzuführen hat, wird wieder wie früher aus dem Beitragsanteil, der dem Parteivorstand aus den Bezirken zufließt, entnommen.

Bezirk Hamburg-Nordwest, Unterbezirk Albin-Berden-Rosenburg, Jeven und Hemelingen. Der Parteitag wolle beschließen: Der monatliche Beitrag wird von den Bezirken festgesetzt, derselbe muß den Stundenlöhnen in den Unterbezirken angepasst sein.

St. Gangloff (Thüringen). Die Ortsgruppe St. Gangloff hält die Beiträge für zu hoch und ersucht den Parteitag, dieselben zu reduzieren.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Hamburg. Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag von Deutschland ratifiziert wird.

Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß die Technische Nothilfe durch Gesetz aufgehoben wird.

Da in absehbarer Zeit die Verabschiedung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in einer Form zu erwarten ist, die den Landesregierungen breitesten Spielraum bei der Durchführung des Gesetzes läßt, wird der Parteivorstand ersucht, schon jetzt ein einheitliches Vorgehen der Partei in den einzelnen Ländern vorzubereiten. Es sind Richtlinien herauszugeben, nach denen die Genossen in Ländern, Städten und Gemeinden zu handeln haben. Nur so wird es möglich sein, die grundsätzliche Ablehnung der polizeilichen Reglementierung, Kasernierung und Borellierung der Prostitution, die das Reichsgesetz vorsieht, tatsächlich durchzuführen und zu verhindern, daß realistische Oberbeamte im Polizei- und Gesundheitswesen die fortschrittlichen Forderungen des Reichsgesetzes sabotieren.

Hannover Stadt. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden ersucht, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag erfolgt. Bei etwaigen Widerständen der Regierung ist in Verbindung mit den Gewerkschaften der geplante Volksentscheid baldmöglichst durchzuführen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort einen Gesetzesentwurf einzubringen zwecks gesetzlicher Festlegung der Ferien für alle Arbeitnehmer. Richtschnur für diese gesetzliche Regelung soll sein eine Feriendauer von mindestens 14 Tagen für alle Arbeitnehmer unter 30 Jahren und 3 Wochen für alle über 30 Jahre.

Offenburg. Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist auch in seiner neuen Fassung für die Partei und die gesamte Arbeitnehmererschaft unannehmbar. Seine Annahme würde die arbeitsrechtliche Rechtsprechung in die Hände von dafür in keiner Weise vorbereiteten Richtern legen, die noch dazu in ihrer großen Mehrzahl eine dem Grundgedanken unserer arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ausgesprochen feindliche Haltung einnehmen. Die Durchführung des Entwurfes würde die für die Arbeitnehmererschaft günstigen Bestimmungen unseres Arbeitsrechts praktisch auf absehbare Zeit außer Kraft setzen. Die SPD fordert darum die Beibehaltung und den Ausbau der kommunalen Arbeitsgerichte und ist entschlossen, den Regierungsentwurf aufs äußerste zu bekämpfen.

Hamburg. Der Parteitag fordert die Parteifraktion des Reiches und die der Länder auf, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die verfassungsmäßige Gleichstellung der Geschlechter überall ausnahmslos verwirklicht werde, insbesondere die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Angestellte und Beamte (siehe Artikel 14 der Reichsverfassung) verschwinden.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, binnen kürzester Frist eine entscheidende Erklärung der Reichsregierung zu einem Arbeitsgesetz zu verlangen. Ist die Regierung nicht bereit, bis zu einem bestimmten Termin einen die Arbeiterchaft zufriedenstellenden Gesetzesentwurf einzubringen, dann hat der Parteivorstand unverzüglich alle Schritte in Gemeinschaft des Bundesvorstandes des ADGB zu unternehmen, um den Volksentscheid nach oder in Ansehung stehenden drohenden Wirtschaftskrisis durchzuführen.

Hamburg. Angesichts der drohenden kulturellen Reaktion fordert der Parteitag vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion erhöhte Wachsamkeit und verstärkte Energie im Abwehrkampf und ein positives Herausstellen der sozialistischen Kulturforderungen in einer großzügigen Agitation und in dem Einbringen entsprechender Anträge und Gesetzentwürfe in den Parlamenten.

Ahlhaußen. Der Parteitag fordert von Reichs- und Landtagsfraktion, daß die loyale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgegeben wird und an deren Stelle eine zielbewußte Politik, stützend auf dem Boden des alten traditionellen Klassenkampfes tritt.

Altenburg i. Thür. Der Parteitag wolle beschließen: Es wird den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des bayerischen Landtages zur Pflicht gemacht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das verfassungswidrige und kulturfeindliche bayerische Konkordat aufzuheben.

Breslau. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, energisch dafür einzutreten, daß das verpöbete Reichsschulgesetz nunmehr endlich zur Erledigung kommt, damit die bestehenden weltlichen Schulen die notwendige gesetzliche Grundlage erhalten und die Möglichkeit ihres großzügigen Ausbaues, ihrer Erweiterung nach dem Wunsch zahlloser Parteigenossen geschaffen wird.

Bei der Gestaltung des Gesetzes ist vor allem darauf zu achten,

1. in den weltlichen Schulen auf keinen Fall konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden darf,
2. daß Lehrer oder Lehrerinnen, welche erwiesenermaßen nicht auf dem Boden der weltlichen Schule stehen, an solchen Schulen nicht unterrichten dürfen,
3. gemäß dem Görtlicher Parteiprogramm, in Ermangelung eines offiziellen Programms der Gesamtpartei, hat die Partei die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die Volkshausungsschule entschieden abzulehnen. Der Reichstagsfraktion wird empfohlen, dem Gesetzesentwurf betr. weltliche Schulen, der vom Bunde der Freien Schulgesellschaften beim Ministerium des Innern eingereicht wurde und der Fraktion öffentlich bekannt ist, zuzustimmen.

Breslau. Der Parteitag beauftragt die preußische Landtagsfraktion, gegen die vom preußischen Kabinett beschlossene Konfessionellen Lehrpläne Stellung zu nehmen.

Wir vernichten die Berücksichtigung der Interessen der weltlichen Schulen und erblicken in der Neuordnung eine Verletzung der Reichsverfassung, welche die weltliche Schule festlegt.

Breslau. Der Parteitag beauftragt die Abgeordneten aller Landtage, besonders die preußische Landtagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum § 137 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 geschaffen werden. Alle Verträge zwischen Religionsgemeinschaften jeder Art und den einzelnen Ländern müssen abgelehnt werden.

Hamburg. Der Parteitag verlangt für die Lehrerbildung Reifeprüfung und ordentliches akademisches Studium. Er bekämpft jede konfessionelle Gestaltung der Lehrerbildung und fordert besonders die preußische Landtagsfraktion auf, mit aller Energie zu verhindern, daß in Preußen konfessionelle pädagogische Akademien errichtet werden.

Hamburg. Der Parteitag fordert nach wie vor eine mindestens vierjährige Dauer der Grundschule. Da durch das neue Grundschulgesetz ein Uebertritt in die höhere Schule nach drei Jahren ermöglicht wird, so fordert der Parteitag die Parteigenossen in den Parlamenten und in den Schulverwaltungen auf, dafür zu wirken, daß dieser Uebertritt nach drei Jahren nur als Ausnahme zugelassen wird. Dieser Grundsatz muß auch bei den Vereinbarungen der Länder untereinander Geltung haben.

Breslau. Der Parteitag wolle beschließen, die preußische Landtagsfraktion für die Aenderung des Feuerbestattungsgesetzes zu sorgen, dergestalt, daß

a) § 3 Abs. 7 betreffende Mehrheitsverhältnisse Erleichterungen zu bringen hat,

b) § 6 beseitigt wird,

c) § 7 Abs. 1 betreffend die Genehmigung der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsortes fallengelassen wird.

Stolzenau. Die Reichstagsfraktion möge darauf hinwirken, daß durch Reichsgesetz in allen Schulklassen die Reichsfarben in Bannerform zur Ausstellung kommen. Täglich vor Beginn des Unterrichts soll ihre Bedeutung den Schülern nahegebracht werden.

Hamburg-Nordwest. Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigennütigen Rücksichten diktierten Widerstand der Rechtsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

Hamburg-Nordwest. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung beauftragt eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundbesitzes im Deutschen Reiche vornehmen müsse.

Breslau. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wohnungswirtschaftsgesetze über den 30. Juni 1926 hinaus verlängert werden.

Breslau. Die Fraktionen in Reich und Ländern werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Erträge aus der Hauszinssteuer nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern ausschließlich für die Neubautätigkeit verwendet werden.

Berlin. Der Parteitag hat von dem neuesten Angriff der arbeitfeindlichen Parteien auf die wirtschaftliche und sittliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch maßlose Erhöhung der Miete und stärkere Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit Empörung Kenntnis genommen. Er ist sich bewußt, daß die Sozialdemokratische Partei die Führerin im Kampfe gegen diese erneute Bemüherung der lebendigen Arbeitskraft der Arbeitnehmer ist. Er ersucht daher den Parteitag, folgenden Antrag an den Parteitag zu beschließen:

1. Die Reichstagsfraktion aufzufordern, unter Ausnutzung der ganzen Macht einer 8-Millionen-Partei den Kampf gegen Wohnungswucher und Wohnungsentzug, gegen Wohnungslosigkeit und für eine soziale Wohnungspolitik zu führen.

2. Den Parteivorstand aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß auch die parteigenösslichen Fraktionen in den Ländern und Gemeinden sich geschlossen dieser Parole fügen, und zu diesem Zwecke dafür Sorge tragen, daß in allen Parteibezirken, insbesondere in den großen Städten, die Mieterbewegung tatkräftig unterstützt wird, erforderlichenfalls durch Schaffung von parteigenösslichen Mieterausschüssen nach dem Vorbilde des Groß-Berliner Bezirks.

Hannover. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion als auch die Fraktionen der Länder, mit aller Entschiedenheit dagegen einzuschreiten, daß die Mieterschutzgesetzgebung in irgend-einer Beziehung gelockert wird, noch Mietbeträge auf Grund des Reichsmietengesetzes zugesichert werden, die nicht dazu dienen, die Verwaltung des Hauses zu gewährleisten, sondern den Eigentümern eine ungewollte Rente zuzusprechen. Der Parteitag beauftragt ferner die Reichstagsfraktion, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der Artikel 155 der Reichsverfassung in der Weise berücksichtigt wird, daß endlich eine den sozialen Verhältnissen gerecht werdende Wohnungswirtschaft geschaffen wird, die spätestens zu dem Zeitpunkt in Kraft zu treten hat, an dem die Mieterschutzgesetzgebung infolge Befristung automatisch außer Kraft tritt. Ferner richtet der Parteitag an die Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden das Ersuchen, dem Stielungs-wesen ihre besondere Beachtung zu schenken. Insbesondere erwartet der Parteitag, daß der Verschleuderung von Grundeigentum dadurch vorgebeugt wird, daß das Erbbaurecht den Vorrang genießt vor allen denjenigen Verträgen von Grundeigentum, welches der Bebauung freigegeben ist. Erforderlichenfalls hat die Reichstagsfraktion, gegebenenfalls haben die Fraktionen der einzelnen Länder dafür einzutreten, daß, soweit die Reichsgesetzgebung nicht zuständig sein sollte, auf dem Wege der Landesgesetzgebung alles geschieht, der Verschleuderung des deutschen Grundbesitzes entgegenzuwirken. Die Vertreter der Gemeinden fordert der Parteitag auf, alles Denkbare zu unternehmen, um in der Wohnungsfrage die Mittel zur Verfügung zu stellen, die einmal zur Behebung der Wohnungsnot, andererseits aber auch zur rationellen Baumeiße und Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms erforderlich sind.

Hannover. Unseren Reichstagsabgeordneten wird anheimgegeben, soweit es in ihrer Macht steht, für den geschlechtlich selbigen Mieterschutz noch mehr als bisher einzutreten; denn die Angelegenheiten beginnen sich zu mehrern, daß der Rechtskurs alles daran setzt, die Bestimmungen der Wohnungsmangelverordnungen, der Zwangswirtschaft, die zum Schutze der Mieter dienen, bis zur Bedeutungslosigkeit zu lockern, das Kündigungsrecht nach vor Ablauf des Jahres 1925 wieder einzuführen. Um ihre Hausrechte wiederzugewinnen, werden die Hausagrarier nichts unversucht lassen, den wenigen Schutz für die Mieter ganz zu beseitigen.

Sulzingen. Die Reichstagsfraktion soll darauf hinwirken, daß so schnell wie möglich ein Gesetz geschaffen wird, nach dem Staat und Großgrundbesitz, gleichmäßig verteilt, soviel Holz und entgeltlich abzugeben haben, als zum Wohnungsbau der minderbemittelten Bevölkerung nötig ist.

Bad Salzungen. Der Reichsparteitag beauftragt die Reichstagsfraktion: Mit allen möglichen Mitteln ist ein Reichstagsbeschluss zur Aufhebung des Impfwanges herbeizuführen. Der Reichsparteitag stellt sich auf dem Standpunkt, daß der Impfwang einem Gemeinzwang gleichkommt und daherhalb die Aufhebung des Impfwanges herbeigeführt werden muß.

Bayern. Um die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern, ist die notwendige Stimmzahl auf 80 000 zu erhöhen; für die Parlamente der einzelnen Länder ist die Zahl der Abgeordneten um ein Drittel zu vermindern.

Entsprechende Anträge sind in den einzelnen Parlamenten einzubringen.

Breslau. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, in der Stellungnahme zur Handelsvertragspolitik und auch zu den be-

stehenden Zwangsartikeln die Wünsche einzelner Arbeitergruppen nach Sicherung von Mindestpreisen für ihre Erzeugnisse unbedingt abzuwehren, da ihre Erfüllung die Gesamtheit der Arbeiterklasse schädigen und letzten Endes nur Monopolprofiten einzelner Unternehmergruppen zugute kommen kann.

Kaiserslautern. Für eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen, sowie aller wegen Streikvergehens abgeurteilten ist einzutreten, soweit es sich um Abwehrkämpfe gegen die bei Aufgabs des Ruhrkampfes zutage getretene Willkür des Arbeitgebers, gegen den Bruch von Tarifverträgen handelt und soweit ihre Vergehen im direkten Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aktionen standen oder besonderer Notlage entspringen sind.

Zwickau. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, für die völlige Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen einzutreten.

Kaiserslautern. Die beschleunigte Vorlegung eines neuen Strafgesetzbuches ist zu verlangen und bei der Neugestaltung des Strafrechts ganz besonders für die Beseitigung der sogenannten Abtreibungsparagraphen einzutreten.

Zwickau. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit größter Energie auf eine freiheitliche Neugestaltung des Strafgesetzbuches Einfluss zu nehmen, um insbesondere alle diejenigen Paragraphen auszumergen, die die freie Willensbestimmung des Menschen über seinen Körper ausschalten (Abtreibungsparagraphen usw.).

Hannover. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die Gefängnisreform und Gefängnisfürsorge in Angriff zu nehmen.

Hamburg. Im Interesse einer dem Willen des Volkes entsprechenden Rechtspflege fordert die Sozialdemokratie die Möglichkeit, Richter abzulehnen durch Organe, die dem Parlament verantwortlich sind.

Kaiserslautern. Alle Mittel für Reichswehr und Reichsmarine sind abzulehnen und für die völlige Abschaffung der Reichsmarine einzutreten.

Zwickau. Der Parteitag beschließt, daß die Reichstagsfraktion für die Abschaffung der Reichswehr einzutreten und demgemäß alle Mittel für Reichswehr und Reichsmarineweise abzulehnen hat.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, solange die Reichswehr in ihrer heutigen Form besteht, den Etat des Reichswehrministeriums vollkommen abzulehnen. Es genügt nicht, den Etat des Ministers abzulehnen.

Bezirk Thüringen. Der Etat der Reichswehr ist abzulehnen.

Breslau. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, den Haushaltsplan für Reichswehr und Reichsmarine abzulehnen.

Frankfurt a. M. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt den Sicherheitspakt, wie er von dem Außenminister Stresemann geplant wird, ab und verlangt gemeinsam mit den Führern der englischen Arbeiterpartei die Durchführung des Gerfer Paktes, der alle Völker umschließt, nicht nur Frankreich und Deutschland. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und alle Instanzen sind verpflichtet, jeder Außenpolitik ihre Unterstützung zu verweigern, die die deutsche Republik in die Gefahr bringt, sei es für englische Interessen einerseits, sich mit Frankreich oder dessen Verbündeten oder französischen andererseits gegen Rußland und Polen, in kriegerische Unternehmungen verwickelt zu werden.

Groß-Leipzig. Wir sozialistischen Frauen sehen in der Prostitution eine verabscheuungswürdige Kulturverfälschung, die einen Teil der Frauen der niedrigsten Sklaverei und der Ausbeutung ausliefert. Die gewerbmäßige Unzucht mit ihren demoralisierenden und gesundheitschädlichen Folgen kann nur durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems im sozialistischen Sinne und durch eine Erziehung der Jugend im Gedankensphäre höherer Menschlichkeit beseitigt werden. Inzwischen erwarten wir tatkräftiges Eintreten aller Genossen in den härtesten Kampf gegen die Kasernierung der Prostituierten und die einseitige Reglementierung, die wir ersehnt wissen wollen durch wirkungsvolle, für beide Geschlechter geltende gesetzliche Maßnahmen gegen die Geschlechtskrankheiten.

Zur Bekämpfung der Prostitution schlagen wir vor, daß jeder britischen Wohlfahrtspolizei eine Abteilung weiblicher Beamten angegliedert wird, die die ersten Hilfsmaßnahmen für die fühllos Gefährdeten übernimmt. In England und Amerika besteht bereits seit langem eine derartige Einrichtung, wobei die Beamtinnen sich durch Tatkraft und Verständnis für ihre schwierige Aufgabe die volle Anerkennung der Behörden und des Publikums erworben haben.

Reimscheld-Donnepp. Die von der Partei geübte Bündnispolitik mit den Parteien der Weimarer Koalition, ohne die notwendige Rücksicht auf den eigenen Charakter der Partei als Klassenkampforganisation, hat sich bisher immer mehr als ein großer politischer Fehler erwiesen. Die daraus entsprungene rückwärtige Unterstützung der Reichspräsidentenwahlkandidatur Warg war für die Mitgliedschaft eine derartige Belastung, daß die Werbekraft stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Niederlage im Wahlkampf trotz unserer größten Anstrengungen soll für uns die erste Warnung sein, uns auf unsere ureigensten Klasseninteressen zu besinnen.

Die Mitgliedschaft des Unterbezirks verlangt, daß die Politik der Partei sich ausschließlich und eindeutig nach den berechtigten sozialen Interessen der Arbeiterchaft orientiert, in der Erkenntnis, daß das proletarische Klasseninteresse die Kraftquelle unserer Organisation und die Auslösung dieser Kräfte die Voraussetzung jedes weiteren Aufstiegs und politischen Erfolges ist. Die Befreiung der Arbeiterklasse von politischer Reaktion und kapitalistischer Ausbeutung kann auch in der deutschen Republik nur durch die Sozialdemokraten allein erreicht werden!

Chemnitz. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, ein Reichsgesetz zu beantragen, das die gleichzeitige Ausübung von Abgeordneten bzw. Ministerfunktion und der Funktion als Aufsichtsrat in privatrechtlichen Unternehmen aller Art für unvereinbar erklärt und deshalb grundsätzlich verbietet.

Chemnitz. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Energie die sofortige Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu betreiben. Lehnen Regierung und Reichstagsmehrheit ab, so wird die Partei im Verein mit den Gewerkschaften einen Volksentscheid herbeiführen.

Hannover. 1. Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigennütigen Rücksichten diktierten Widerstand der Rechtsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

2. Die Vertreter der Partei haben in den Parlamenten aller Länder darauf hinzuwirken, daß

a) die verheirateten Landarbeiter auf den staatlichen Domänen, die 10 Jahre als Landarbeiter tätig gewesen sind, unabhängig vom Arbeitsverhältnis eine Arbeiterstelle in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RHG, vom 10. Mai 1920 — RGBl. S. 962 —) erhalten, die ihnen die Kubhaltung ermöglicht.

b) den vorgenannten Landarbeitern der Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den ihnen überlassenen Stellen durch staatliche Tilgungsdarlehen bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

3. Die Reichstagsfraktion der SPD. ist zu ersuchen, im Reichstag ein Reichsgesetz zu beantragen, wonach

a) den Landarbeitern, die in Betrieben von mehr als 20 Hektar länger als 10 Jahre tätig gewesen sind, einen Rechtsanspruch auf Erwerb einer Arbeiterstelle, unabhängig vom Arbeitsverhältnis, in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RHG, vom 20. Mai 1920 — RGBl. S. 962 —) verliehen wird, die ihnen die Haltung einer Kuh ermöglicht.

b) den Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den vorgenannten Stellen durch die Gewährung von ausreichenden Bau-darlehen aus den Erträgen der nach der dritten Steuernotverordnung zu erhebenden besonderen Abgabe zum Ausgleich der Geldentwertung (in Preußen Hauszinssteuer) bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

4. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung beauftragt eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundbesitzes im Deutschen Reiche vornehmen müsse.

München. Die Sozialdemokratische Partei hält fest an der Gegnerschaft gegen die Kasernierung der Prostituierten und begrüßt, daß der neue Strafgesetzentwurf die Besserstellung strafrechtlich ersucht.

München. Der Parteitag wolle beschließen: Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zu §§ 218 und 219 ist unbeschadet der kommenden Strafrechtsreform zur gesetzlichen Wirksamkeit zu bringen.

München. Die verschiedenen großen und kleinen Prozesse, welche in letzter Zeit unter der Anklage, Verbrechen wider das keimende Leben, basierend auf §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuchs durchgeführt wurden, haben in der Urteilsprechung die Härten dieser Paragraphen wieder klar bewiesen. Die Angeklagten waren meistens Angehörige der unteren Volksschichten. Der Sozialdemokratie als Vertreterin des schaffenden Volkes erwächst hiermit die Aufgabe, die Ungeheuerlichkeiten dieser Gesetzesparagraphen zu beseitigen. Der Parteitag beauftragt deshalb die Reichstagsfraktion erneut, im Reichstag auf Beseitigung der Härten dieser Paragraphen zu dringen und nichts unversucht zu lassen, bei der kommenden Neugestaltung dieser Gesetzesparagraphen diese ungeheuren Härten aus dem Gesetze zu streichen.

München. Die gesetzliche Regelung der Ausführungsbestimmungen des § 48 der Reichsverfassung steht bis heute noch aus. Die jetzige Reichsregierung, in welcher die Deutschnationalen tonangebend sind, birgt eine ungeheure Gefahr in sich, bei einer eventuellen Handhabung des § 48 der Reichsverfassung ohne gesetzliche Ausführungsbestimmungen. Der Parteitag der SPD wolle deshalb beschließen: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist erneut zu beauftragen, baldmöglichst dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, in der die Ausführungsbestimmungen klar festzulegen sind.

Schleswig. Der Anschluß Groß-Oesterreichs an Deutschland ist mit allen Mitteln zu erstreben.

Schleswig. Heruntersetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Ausbau einer vernünftigen Erwerbslosenversicherung.

Schleswig. Die Beseitigung der Paragraphen 218 und 219 ist mit aller Macht zu erstreben.

St. Gangloff (Thüringen). Der Reichsparteitag wird beauftragt, darauf hin zu wirken, daß die Mietsteuer für Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibenden genau in derselben Weise wie für die Landwirtschaft ermäßigt wird.

Der Parteitag der SPD erkennt die Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege dem Recht zum Siege zu verhelfen, weil im jetzigen Parlament die Parteien in der Mehrzahl vertreten sind, welche die Beratung des Volkes entweder direkt begünstigt oder gedenkt haben. Auch in einem späteren Reichstag wird das nicht viel anders sein, denn die volksfeindlichen Parteien werden es abermals verstehen, durch allerlei Betrugsmanöver, durch Verwendung von monarchistischen, nationalen und religiösen Aushängeschildern Millionen von Dummen einzulangen. Als einzig ausfahrtsreichen Weg sehen wir daher den Volksentscheid oder das Volksbegehren an, weil hierbei die vorerwähnten Momente nicht zur Irreführung benutzt werden können.

Wir verlangen die Generalabrechnung mit Kriegs- und Inflationsgewinnern. In einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen Gut, Blut und Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, darf es keine Menschen geben, die ihr Vermögen ins Ungeheure vermehren und als Belohnung für ihre Strapasslosigkeit heute aufgefodert werden, sich weiter zu bereichern, damit neues Kapital gebildet wird. Wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen Kapitalneubildung ratsam ist, so soll es gemeinnütziges Kapital sein, das nicht der Ausbeutung, sondern dem Volksganzen dient und das durch die Art seiner Verwendung nicht wieder neue imperialistische Katastrophen heraufbeschwört.

Wir verlangen:

1. Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft bis zum 1. Januar 1935 unter Begrenzung der Miete auf Vorkriegeshöhe und an Stelle der Mietsteuer die Belastung sämtlicher Mietwohngrundstücke mit einer Reichshypothek in Höhe von 50 Proz. des Wertes vom 1. Januar 1914 bei einer Verzinsung von 6 Proz.

2. Aller Landbesitz über 1000 Morgen, der sich in den Händen einer Familie befindet, wird von Reichs wegen enteignet. Die prozentual auf die abgetretenen Grundstücke entfallende hypothetische Belastung wird vom Reich übernommen, soweit sie vor dem 1. Januar 1926 eingetragen war. Für den übrigen Boden Annahme des Bodenreformgesetzentwurfes des Bundes Deutscher Bodenreformers und Durchführung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, beschleunigte und preiswerte Beschaffung von Siedlungsland, verbesserter Pachtzins, Eindämmung der Bodenspekulation, Grundsteuer nach dem nackten Bodenwert mit Staffelung wie in Anhalt, Schonung der kleinen und mittleren Besitzer, rasche Erfassung des Großgrundbesitzes, Einziehung aller Schlösser und größeren Landhäuser, soweit sich mehr als ein im Besitze einer Familie befindet. Ueberweisung derselben an die Träger der deutschen Sozialversicherung zur Errichtung von Kinder-Erholungs- und Sommerheimen.

Für Preußen außerdem Einziehung des gesamten Hohenzollernbesitzes einschließlich des Lebens Oels und Zahlung einer mäßigen Rente bis zum Ableben der heute lebenden Hohenzollern.

3. Alle von industriellen Werken, Banken, Versicherungs- und anderen Gesellschaften durch Geldentwertung gemachten Gewinne werden für das Reich ersucht. Von dem gesamten Wert aller Aktien-gesellschaften werden 25 Proz. dem Reich durch Aushändigung von neuen Aktien übertragen, die mit den älteren gleichwertig sind. Bei allen Neugründungen und Kapitalvermehrungen sind dem Reich 25 Proz. zum Kaufe anzubieten einschließlich aller Vorzugsaktien. Eintragung gleichartige Bestimmungen für Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einzelfirmen mit größerem Kapital usw. Erforderlichenfalls Zwang zur Körperschaftsbildung.

Vermögensabgabe.

Alle Personen, welche nach Durchführung obiger Maßnahmen noch über ein Vermögen von mehr als 30 000 Goldmark verfügen, reichen eine genaue Aufstellung ihres gesamten Vermögens ein, in der restlos alle Vermögensgegenstände aufzuführen sind. Im Ausland angelegtes Vermögen und der gesamte Besitz an ausländischen Effekten, Wertpapieren und Geldern sind getrennt aufzuführen. Auf Verlangen müssen alle Gegenstände zum selbst eingeschätzten Werte abgegeben werden.

Da die Mehrheit des deutschen Volkes ungeheure Opfer gebracht hat und weicher bringt, sollen diejenigen, die verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, durch eine Ausgleichsabgabe herangezogen werden.

Die Vermögensteile bis zu 40 000 Goldmark bleiben abgabefrei. Von dem überschüssigen Teil verbleibt dem Besitzer ein bestimmter Hundertstel des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens. Als solches werden auch die Vermögensteile behandelt, die seit diesem Tage erzielt werden, vom Erblasser aber am 1. Januar 1914 versteuert worden sind, wenn dieselben zur Erbschaftsteuer angemeldet waren.

Von dem Vermögensteil von 40 000 bis 200 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 50 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Von dem Vermögensteil von 200 000 bis 1 000 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 10 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Personen, die am 1. Januar 1914 mehr als 1 000 000 Mark versteuert, behalten 20 Proz. des damals versteuerten Betrages.

Der überschüssige Teil muß innerhalb eines Jahres an das Reich abgeliefert werden. Können Vermögenssteile, die auf Grund dieses Gesetzes abzuliefern sind, zur Weiterführung eines Gewerbes oder Berufes nicht entbehrlich werden, so verbleiben sie dem bisherigen Eigentümer auf Antrag und nach Prüfung als ein Darlehen des Reiches, das mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu amortisieren ist. Nach dem Tode des Schuldners kann die Restsumme den Erben nötigenfalls zur Weiterführung eines Betriebes als Dar-

lehen überlassen werden, jedoch nur gegen eine Verzinsung und Amortisation von je 5 Proz.

Wohlfahrtspflege und Sozialversicherung.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird mit Erwerbslosenfürsorge, Kriegspensienversorgung und der zu vereinheitlichenden Sozialversicherung zusammengefaßt. Alle Personen mit weniger als 3000 Goldmark Jahreseinkommen zahlen an Stelle der bisherigen Einkommensteuer und der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungsbeiträge eine Sozialsteuer, die 10 Proz. vom gesamten Einkommen des Arbeitnehmers beträgt. Der Arbeitgeberbeitrag ist ebenso hoch, dafür fallen die Beiträge zur Unfallversicherung fort, mit Ausnahme eines Zuschlages für Betriebe mit besonders hohen Unfallrisiken. Personen mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen, die der Sozialversicherung nicht freiwillig als berechnigte Mitglieder beitreten, zahlen 5 Proz. ihres Einkommens als Sozialsteuer ohne Gegenleistungen.

Verwendung der jährlich einkommenden Gelder.

1. Zur Zahlung von Renten an diejenigen Inflationsopfer, die bei der bisherigen Aufwertung so wenig erhielten, daß sie davon nicht ein menschenwürdiges Dasein führen können.

2. Zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. 100 000 neue Wohnungen im Jahre 1927, steigend um jährlich 10 000 bis zu 200 000 im Jahre 1937. Familien mit zwei und mehr Kindern und mit weniger als 300 Mark Monats-einkommen erhalten für Heimstättenbauten Tilgungshypotheken in Höhe von 10 000 Mark, die bei regelmäßiger monatlicher Rückzahlung zinsfrei sind. Das gleiche gilt für Familien mit einem Kind bei weniger als 250 Mark Monats-einkommen und bei kinderlosen Eheleuten mit weniger als 200 Mark Einkommen.

3. Produktionskredite für Landwirtschaft und Industrie zu billigen Zinssätzen. Genossenschaften bevorzugt. Vergabung an Private statthaft, wenn angemessene Bürgen gezahlt werden und der Nachweis niedriger Preisbildung ohne Kartellbeeinflussung erbracht wird.

4. Später große Urbarmachungen von Deadland, Eindeichungen, Kanalanlagen, Ausbau von Wasserkraftwerken, planmäßige Elektrifizierung Deutschlands, Uebernahme oder Finanzierung gemeinnütziger Werke usw.

5. Durch ihre Gewerkschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Verbände erhalten diejenigen Arbeitnehmer, welche durch lange Arbeitslosigkeit oder schlechte Entlohnung heruntergekommen sind, zinsfreie Darlehen in Form von Guthaben auf Bekleidungs- und Wirtschaftsgegenstände. Das gleiche gilt für bedürftige Kriegs- und Inflationsopfer. Die Guthaben werden vom Reich eingelöst. Annahmehberechtigt sind solche Genossenschaften, gemeinnützige Geschäfte und Firmen, die den verlangten Nachweis erbracht haben. Oberster Grundsatz ist allgemeine Kreditverbilligung und Preisherabsetzung.

Durch Arbeit aller Volksgenossen hebt sich die natürliche Kaufkraft und der Nationalreichtum nimmt zu. Dadurch wird dann dauernde Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Vorläufig aber müssen die bisher Erwerbslosigen so ernährt und bekleidet werden, daß sie produktive Arbeit leisten können. Ergebnis: erweiterter Produktionsprozess, größerer Umsatz und größere Stabilität der Wirtschaft. Das Reich, das schon durch die Bestübertragung wirtschaftlich erstarkt ist, wird durch dauernde Neuschaffung von Werten wirtschaftlich immer mächtiger. Die Kontrolle über Aufkommen und Verwendung der Zinsen und Abzahlungen der Reichshypotheken wird von einer Körperschaft ausgeübt, die von den Mietern nebst wahlberechtigten Angehörigen gewählt wird, die durch Zahlung der Friedensmiete die Verzinsung aufbringen. Dieser Körperschaft obliegt auch die Durchführung des Wohnungsbauprogramms. Sie hat das Recht, bei Sabotage und Preisüberhöhung der Unternehmerricht Ent-eignungen von Ziegeleien, Steinbrüchen und ähnlichen Werken vorzunehmen, wenn das zur ungehinderten Durchführung des Programms erforderlich ist.

Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um baldige Einbringung eines Gesetzentwurfs mit vorstehenden Forderungen und um sofortige Volksbefragung nach erfolgter Ablehnung im Parlament.

Das Parteiprogramm.

Machlow. Der Parteitag wolle an Stelle des von der Programmkommission ausgearbeiteten Programmentwurfs das folgende Programm als Parteiprogramm beschließen oder dieses so ausarbeiten, daß es dem Sinne nach leicht und unzweideutig zu erkennen ist.

Programm der SPD.

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet als das Ziel ihrer Politik die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Die Partei wird die Verwirklichung derselben durchführen, wenn drei Viertel der Wähler ihre Stimme für die SPD. abgeben und 90 Proz. der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben.

2. In der sozialistischen Gesellschaft ist jeder Mensch verpflichtet, zur Erhaltung oder zum Genießen des Lebens beizutragen.

3. Er erhält dafür eine von der Regierung festgesetzte Summe, die nicht übertragbar und an eine bestimmte Zeit gebunden ist.

4. Die Höhe dieser Summe richtet sich nach dem Wohlstand der Gesellschaft, nach dem Lebensalter des Betroffenen, und für die ersten dreißig Jahre nach dem Beschluß der sozialistischen Gesellschaft nach der letzten Einkommensteuerleistung. Zur Berücksichtigung der Einkommensteuerleistung werden Einkommensstufen festgelegt, in die die Familien oder Einzelpersonen eingruppiert werden. Die Unterschiede der einzelnen Stufen sind vom vierten Jahre an in jedem Jahre so zu verringern, daß mit Ablauf von 30 Jahren (einer Generation) die finanzielle Gleichstellung aller erreicht ist.

5. Alljährlich erhält jeder einen Erholungsurlaub von gleicher Dauer.

6. Berufskleidung wird von der Gesellschaft geliefert und gereinigt, ebenso Werkzeuge und Apparate zur Ausübung des Berufs und Arbeitsräume.

7. Die Arbeitszeit ist gleichmäßig festzusetzen. Bei Berufsgruppen, die besonders anstrengende, gefahrvolle oder gesundheits-schädliche Arbeiten auszuführen haben, ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Sonntags- und Nacharbeit ist etwas kürzer zu bemessen und, wenn möglich, abzuschaffen.

8. Die Ausbildungskosten der Jugend vom Kindergarten bis zum vollendeten Studium übernimmt die Gesellschaft und liefert die Lehrmittel.

9. Der Grund und Boden, einschließlich aller auf ihm befindlichen Gebäude und Anlagen und in ihm befindlichen Anlagen und Werte, sowie der dazugehörigen Produktionsmittel und Konsumtions-artikel sind auf Beschluß der sozialistischen Gesellschaft als Eigentum der Gesellschaft zu erklären.

10. Eine Zentralstelle regelt die Produktion und setzt die Preise für jeden Umsatz fest. Diese sind in jedem Orte gleich.

11. Die Wohnungen und Gärten werden demietet. Das Wohnen in Gartenstädten wird ermöglicht werden. Dazu wird jedem die freie Fahrt nach seiner Arbeitsstätte bei Entfernungen von über 3 Kilometer gewährt.

12. Wer arbeitsunfähig wird, ein bestimmtes Alter erreicht hat oder krank wird, erhält eine Rente.

13. Geburtshilfe, ärztliche Behandlung und Medikamente sind frei. Bei Krankenhaus- oder Anstaltsbehandlung tritt eine entsprechende Kürzung der Rente ein.

14. Die Beerdigung oder Feuerbestattung übernimmt die Gesellschaft.

15. Wer seine Pflicht gegen die Allgemeinheit vernachlässigt oder sich ein Vergehen gegen die Allgemeinheit oder einzelne zu-schulden kommen läßt, wird während einer nach der Größe des Vergehens festgesetzten Zeit nach einem zweiten oder, wenn nötig, nach einem dritten von der Regierung festgesetzten niedrigeren Tarif verurteilt.

Gera (Reich). Vom Heidelberger Parteitag wird erwartet, daß hinsichtlich der Schaffung eines neuen Parteiprogramms schneller gearbeitet wird, wobei besonders die Frage der Stellung der Partei zum Staat geklärt werden muß.

Hamburg. Unter Finanzen und Steuern im Parteiprogramm-Entwurf ist einzufügen der Absatz:

Wichtigste Vereinfachung und Beschleunigung des Einziehungs- und Veranlagungsverfahrens.

Die Sozialdemokratie verlangt auf Grund § 165 der Reichsverfassung paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den Handelskammern, Gewerbe- und Industriekammern sowie Landwirtschaftskammern.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Schulzeit der Jugendlichen (Berufsschule) in die Arbeitszeit verlegt wird und vom Arbeitgeber beim Lohn nicht abgezogen werden darf.

Abschnitt Kultur- und Schulpolitik: Förderung der freien Jugendbewegung.

Absatz 7 ist „Genossenschaften“ einzufügen.

Bewertung: Ist zu lesen statt Initiative „Volksbegehren“ Justiz: Zulage nach ehelichen „vor allem im Erbrecht“ Nach „Todesstrafe“ ist einzufügen:

Im Untersuchungsverfahren stärksten Schutz des Inhaftierten gegen Uebergriffe der Untersuchungsrichter, Staatsanwälte, ihrer Hilfsorgane sowie mit der Ueberwachung betrauter Beamter und Angestellter. Erlass eines Reichsgesetzes, das dieses Gebiet allgemein regelt.

Dem letzten Absatz hinzuzufügen: Beitreibung der Haftkosten nur im Vermögensfalle des Verurteilten.

Sozialpolitik: Nach „Volksfürsorge“ hinzuzufügen: „in der Richtung, daß allen gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ausreichende Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert ist.“

Nach „Arbeitsunfähige“: sowie Erwerbslose ausreichende Versicherung.

Unter Wirtschaftspolitik ist speziell die Wohnungsfrage aufzunehmen.

Unter Wirtschaftspolitik ist das Wort „Bodenreform“ aufzunehmen.

Finanzen und Steuern: nach „Buchführung“ hinzuzufügen: „und angemessene Besteuerung“.

Internationale Politik: Nach „Abrüstung“ zu setzen: „Sie fordert daher Ersatz der Heere durch nationale und internationale Polizeitruppen.“

Im Parteiprogramm muß der Gedanke des Klassenkampfes schärfer ausgeprägt werden.

In das Parteiprogramm ist ein Abschnitt über das Agrarprogramm aufzunehmen.

Nach Sozialpolitik ist folgender Abschnitt unter Gesundheitspolitik einzufügen:

Die Folgen des Krieges, des Wohnungsmangels, der außerordentlich starken Erwerbslosigkeit bedingen eine planmäßige Gesundheitsfürsorge. Ausgehend von dem Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann und die Arbeitskraft das wertvollste Vermögen darstellt, fordern wir:

Erlass von Reichsgesetzen, die den Gesundheitschutz und die Fürsorge von frühester Kindheit an regeln. Mutterschaftsfürsorge, Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge, ärztliche Ueberwachung der Schulen und Fortbildungsschulen durch beamtete Ärzte.

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Beseitigung der Abtreibungsstrafen, die die Frau unter ein Ausnahmegeleit stellen. Erlass dieser durch Rechtsbestimmungen, die sowohl die Frau schützen, als auch der Gesellschaft genügend und gesunden Nachwuchs sichern.

Reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für beide Geschlechter, der Prostitution für Mann und Weib.

Verbot der Kasernierung und Bordenierung in irgend einer Form.

Aufhebung der Bestimmungen, die die homosexuelle Betätigung zwischen Erwachsenen unter Strafe stellen.

Einführung des gemeinnützigen Beseitigungswesens auf reichsgesetzlicher Grundlage mit dem Ziele, diesen Zweig der Gesundheitspflege zu öffentlich-rechtlicher Angelegenheit zu machen.

Stelma. In dem Entwurf des Parteiprogramms wird das klare Bekenntnis zum Klassenkampf vernichtet. Es fehlt die klare Klassen-scheidung. Im Oberbürger Programm wurde noch gesagt, der Kapitalismus mache den Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung. Wir fordern, daß dieses Bekenntnis nachgeholt wird.

Chemnitz. Absatz 5 der Gruppe Verfassung ist umzuwandeln in die Forderung „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung“.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist die Forderung nach Aufhebung des Landesverratsparagraphen aufzunehmen.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist der Satz des Erfurter Programms aufzunehmen: Unbedingte Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter.

Chemnitz. In die Gruppen Sozialpolitik ist zu Abs. 12 der Satz des Erfurter Programms einzufügen: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Chemnitz. In der Gruppe Internationale Politik ist hinter Absatz 19 einzufügen: Sie wird jeder Kriegserklärung der nationalen Staatsmächten durch Aufruf zur Arbeitsverweigerung in der Kriegsindustrie bzw. durch Proklamierung des Generalstreiks im Verein mit den Gewerkschaften entgegen wirken.

Chemnitz. Der grundsätzliche Teil des Parteiprogramms hat die Feststellung der Klassen-scheidung und ein klares Bekenntnis zur Idee des Klassenkampfes zu enthalten.

Chemnitz. Der letzte Absatz der Gruppe Finanzen und Steuern ist hinter den dritten Absatz der Gruppe Wirtschaftspolitik zu stellen und zwar in folgender umgeänderter Fassung:

Beseitigung des Reichs an allen privatkapitalistischen Groß- unternehmungen, einschließlich der agrarischen durch Uebertragung eines bestimmten unablösbaren Besitzanteils, der das Mitbestimmungsrecht des Reichs bei der Führung der Unternehmungen sichert.

Frankfurt a. M. Nach Absatz 1 wird eingefügt: Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Der in dem Entwurf als Absatz 2 vorgesehene Passus erhält folgende Fassung: „Mit dem Vordringen der Großbetriebe in die Wirtschaft, mit der Zunahme der Verwaltungen- und Erziehungs-tätigkeit im Staat und in der Gemeinde wächst Zahl und Bedeutung der Angestellten und Beamten jeder Art. Längst verloren sie mit Ausnahme einer winzigen Minderheit werdender Kapitalisten ihre einseitige privilegierte Stellung; ihre Interessen stimmen mit denen der übrigen Arbeiterklasse überein.“

Der im Entwurf als Absatz 10 vorgesehene Passus erhält folgende Fassung: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Welt, an dem die Arbeiter aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken. In

dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Königsberg 1. Pr. Absatz 4 Satz 2 soll nach „Erleddigung“ eingefügt werden „und Ausbeutung“.

Königsberg 1. Pr. Absatz 8 Satz 2 soll nach „Produktionskräfte“ eingefügt werden: „aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung“.

Königsberg 1. Pr. Im Absatz 8 soll der Satz 2 gestrichen werden.

Königsberg 1. Pr. Absatz 9 Satz 2 soll nach „kann“ eingefügt werden: „ihre ökonomischen Kräfte nicht führen und“.

Königsberg 1. Pr. Es soll ein Abschnitt „Gesundheitspflege“ (vergl. Beschluß des Augsburger Parteitag) eingefügt werden.

„Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb nach reichsgesetzlicher Vorschrift. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksangehörige. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller anderen gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchgreifende Gewerbehygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Irren- und Minderwertigenfürsorge. Sorgfältiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Eripflegung des gesamten Gesundheitsdienstes in einer Reichszentralbehörde für Volksgeundheit, soziale Versicherung und Bevölkerungspolitik.“

Königsberg 1. Pr. Verwaltung: a) In Ziffer 2 soll nach Satz 3 eingefügt werden: „Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf Beanstandungen ungesetzlicher Verwaltungsakte. Beseitigung des staatlichen Bestätigungsrechts für Gemeindeorgane.“

b) In Ziffer 4 soll das Wort „unbeschränkte“ gestrichen werden. **Königsberg 1. Pr.** Kultur- und Schulpolitik: In Absatz 3 sollen die Worte „Trennung von Staat und Kirche“ gestrichen werden und als Schlußsatz zugefügt werden: „Trennung von Staat und Kirche. Keine öffentlichen Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke.“

Königsberg 1. Pr. Finanzen und Steuern: Im vorletzten Absatz soll der Zusatz gemacht werden: „Wohnungssteuern“ (Hauszinssteuer) nur für Wohnungszwecke.

Königsberg 1. Pr. Wirtschaftspolitik: Im letzten Absatz soll der Zusatz gemacht werden: „Mieterschutz“.

Königsberg 1. Pr. Der Parteitag wolle dafür sorgen, daß das Parteiprogramm auch sprachlich einwandfrei gestaltet wird und Fremdwörter möglichst vermieden werden.

Schwelm in Mecklenburg. In das Agrarprogramm ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben.“

Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegerfiedlung ist vom privaten Großgrundbesitz zu nehmen.

Die Parteigenossen haben in den Ländern darauf hinzuwirken, daß der Grund und Boden, der sich in Händen des Großgrundbesitzes befindet, als Staatsigentum übergeführt wird. Bedürfnisse der kleinen Landwirte zur Schaffung einer eigenen Acker- und Viehwirtschaft hat der Staat dadurch zu befriedigen, daß er Land langfristig zu billigen Bedingungen (Kompetenzland, Erbpacht) zur Verfügung stellt.

Unterverein Euthra, Unterbezirk Groß-Beipzig. Klare Entscheidung über Religionsfragen, daß Religion keine Privatangelegenheit mehr sein darf.

Altenburg in Thüringen. Der Satz des Parteiprogramms: „Religion ist Privatsache“ ist zu streichen.

Breslau. Die Breslauer Parteiverammlung mißbilligt die Weglassung des Wortes „Klassenkampf“ im ersten prinzipiellen Teil des Parteiprogramms und wünscht seine Wiedereinführung.

Im Programmtext wird unter den Verfassungsänderungen eingefügt: „Abkündigung der Reichsmarine“.

Briegelsdorf (Westfalen). Wir beantragen, in den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm im grundsätzlichen (theoretischen) Teil in dem Satz: „Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletariat verwandelt“ — die Worte „der Siegeszug“ zu streichen und dafür zu setzen „der ins Ungeheure gewachsene Einfluß“, oder „der gewaltige Aufschwung der kapitalistischen Kräfte“ oder „die ständig gestiegene Macht des Kapitals“ oder einen ähnlichen Ausdruck.

Zwickau. In das Programm ist unter „Internationale Politik“ aufzunehmen, daß die Partei im Falle eines Krieges den Generalstreik gegen den Krieg proklamieren werde und das Proletariat aller Länder zu gleichem Aufruf.

Reinhäusen. Unter Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist einzufügen: „Erläuterung der Religion zur Privatangelegenheit.“ (Erfurter Programm.)

Rheinhausen. 10. Absatz, den internationalen Charakter der Partei betreffend:

Der Satz: „Diese Pflichten sind aufs innigste verknüpft“ bis „gegenüber dem eigenen Volke“.

Hierfür ist zu setzen:

„In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ (Erfurter Programm.)

Kaiserslautern. Beseitigung der Absätze 2 bis 5 des Artikels 48 der Reichsverfassung ist zu fordern.

Kaiserslautern. Für die Wahl aller Richter durch das Volk und die Beseitigung des Einzelrichtertums in den erkennenden Strafgerichten ist einzutreten.

Schmalladen. In den theoretischen Teil des Parteiprogramms sind aus dem Erfurter Programm die Absätze 3, 4 und 6 wörtlich zu übernehmen.

Im Kapitel Verfassung erhält Absatz 3 die folgende Fassung: „Auf dem Unterbau von nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßten Gemeinden und Wirtschaftsprovinzen erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung alle staatlichen Befugnisse besitzt.“

Im Kapitel Justiz ist zu fordern:

„Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Wahl der Richter durch das Volk.“

Im Kapitel Kultur und Schulpolitik ist zu fordern:

„Abkündigung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

Im Kapitel Finanzen und Steuern ist der Satz zu streichen: „Stärkste Schonung des Massenverbrauchs.“

Es ist hier zu fordern:

„Abkündigung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche den Massenverbrauch belasten.“

Frankfurt a. M. In den Einzelforderungen zur Verfassung sind die Worte zu streichen: „Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen.“ An Stelle der Worte: „Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbehörden übertragen werden darf“ ist zu setzen: „Aushebung des Artikels 48 der Reichsverfassung.“ Den Forderungen zur Verfassung ist hinzuzufügen: „Recht des Volkes zur Auflösung des Reichstags.“

Frankfurt a. M. Beim Abschnitt Kultur- und Schulpolitik ist hinzuzufügen: „Abkündigung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.“

Frankfurt a. M. Bei den Forderungen zur Verwaltung ist unter Nr. 2 vor dem letzten Satz einzufügen: „Das allgemeine Wahlrecht unter Fortfall jeder Aufenthaltsklausel ist einzuführen, jedes Bestätigungsrecht für kommunale Beamte ist auszuhellen.“

Frankfurt a. M. Dem ersten Satz in den Forderungen zur Justiz ist anzufügen: „Die Schöffen und Geschworenen sind unmittelbar vom Volk zu wählen.“ Dem Absatz, der im Entwurf mit den Worten „Im Strafprozeß“ beginnt, ist hinzuzufügen: „Entlassung aller Staatsanwälte, die Massenjustiz treiben.“

Frankfurt a. M. Bei den Forderungen zu den Finanzen und Steuern ist nach den Worten „Sie fordert deshalb“ einzufügen: „Unmittelbare und unablässige Beteiligung des Reiches an den industriellen Großbetrieben; unablässige Beteiligung des Reiches am Großgrundbesitz.“

Bauhen. In dem Kapitel „Sozialpolitik“ ist als Forderung aufzustellen:

„Das Reich führt für alle Personen über 60 Jahre, die produktiv tätig für die Gesellschaft waren, ein Rentenpensionsrecht ein.“

Bremen. In dem Programmtext ist die Kommunalpolitik in ihrer Bedeutung zur Gesamtpolitik zu würdigen und die Forderungen der Partei gefordert darzustellen.

Bremen. Die Parteigenossenchaft Bremens fordert für das Parteiprogramm eine stärkere Betonung der ökonomischen Entwicklungstendenzen des Hochkapitalismus. Sie verlangt eine bessere Zusammenfassung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, die die ökonomische Vergänglichkeit des kapitalistischen Systems nachweisen und dem Proletariat die Gewißheit geben, daß es siegen kann, wenn es sich zum Träger des Sozialismus macht. Die Verarmung fordert weiter, daß das Programm sich in eindeutiger Klarheit über den Begriff des Klassenkampfes ausdrückt.

Delmenhorst. Zum neuen Parteiprogramm wird beantragt:

1. Schaffung eines Mindestlohngesetzes.

2. Schaffung einer Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung nach gleichem Rechte. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, den Satz: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Verwirklichung der Weimarer Verfassung“ in das Parteiprogramm mit aufzunehmen.

Heidelberg. Die Sozialdemokratische Partei hält sich für verpflichtet, die Kleinbauern vor der Uebermacht der Großagrarier zu schützen und steht in der Bildung kleinbäuerlicher Produktgenossenschaften das beste Mittel, den Kleinbäuerlichen Stand zu erhalten.

Unterbezirk Zwickau. Zum Parteiprogramm wird beantragt: Absatz 7 soll lauten: „Mit Zunahme seines Einflusses benützt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Nachstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und Kriegesgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Produktionsprozesses selbst, durch die stete Arbeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratischen Partei gesamt und vereint wird, und an Schutzpolitik, wachsendem Steuerdruck und zunehmender politischer Enttötung die Verdrängtheit imperialistischer Politik erkennt. Die demokratische Republik ist kein Schutz gegen diese Gefahren; sie ist nur der Boden, auf dem das Proletariat machtvoller sich zum Kampf gegen jene Politik organisieren kann.“

Wlodek soll lauten: Vor den Worten „Ihre ökonomische Organisation“ einfügen die Worte: „Ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und...“

Wlodek soll lauten: Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern die gleichen. Mit dem Umschwung des Weltverkehrs, mit der fortschreitenden Kapitalisierung der Produktion in allen Ländern, mit der Steigerung der imperialistischen Kriegsgefahr sind die Arbeiter aller Länder in steigendem Maße bedroht von kapitalistischer Unterdrückung und Entrechtung, und so immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Welt, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Arbeitern aller Länder und sie ist sich bewußt, daß die vereinigte Aktion des Proletariats aller Länder gegen Ausbeutung und imperialistische Kriege eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung ist.

Zwickau Absatz 11 und 12 einschalten: Indem die Arbeiterklasse so für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Der Imperialismus, anfangs von allen anderen Klassen als der proletarischen unterstützt, schlägt schließlich seine eigenen Anhänger in die Flucht und treibt sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Je gewaltiger und brutaler der Kapitalismus zu neuen Kriegen treibt, je eifriger er mit Schutzzöllen, mit Steuerraub sich vorbereitet, mit Gasen und mit anderen technischen Mitteln, mit neuartigen Organisationen sich rüstet, um so machtvoller stellt sich die Arbeiterklasse, erstarbt durch die opferreiche Arbeit von Generationen, geschult durch die grausamen Lehren des letzten Krieges dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. — Die von der Arbeiterklasse zu erlösende gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern der gesamten Menschheit, die unter den gegenwärtigen Zuständen leidet. Sie kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenunterschieden unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.

Der letzte Absatz lautet: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann diese Ziele nicht erreichen ohne Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ausgehend von diesen Grundlagen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

Das Problem der europäischen Politik.

Münster 1. W. Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen, die darauf hinzielen, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu erreichen. Er billigt die seitens

der Partei auf diesem Gebiet unternommenen Schritte. Der Parteitag muß es aber ablehnen, jene Versuche gutzuheißen, die mit dem Eintritt der deutschen Republik in den Völkerbund Deutschland veranlassen sollen, für die kapitalistischen Interessen der westeuropäischen Länder Vorpostendienste gegen Rußland und den fernen Osten zu leisten. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund muß sein, zu verhindern, daß er ein Bund der Kapitalisten aller Länder gegen Rußland und Asien wird. Dagegen muß die friedliche politische und wirtschaftliche Verständigung mit dem Osten angebahnt werden im Sinne einer wahren Gemeinschaft der Völker zum Austausch ihrer Güter und Erzeugnisse.

Der Parteitag erwartet von der Partei, daß sie sowohl innenpolitisch, als auf dem Wege über die Sozialistische Arbeiterinternationale auch außenpolitisch alles tut, was diesen Forderungen vorantreiben kann. Er behauert die Entgegensetzungen, die in der deutschen Presse, auch im „Vorwärts“, sowie in der französischen sozialistischen Partei in letzter Zeit vorgekommen sind, und sieht darin letzten Endes die Anfänge der Vorbereitung einer außenpolitischen Atmosphäre, die geeignet ist, Europa und die übrige Welt erneut in schwere Erschütterungen zu bringen. Der Frieden der Welt ruht in den Händen der Proletarier aller Länder. Sie haben die Verpflichtung, einig und geschlossen allen auf kriegerische Verwicklungen hinzielenden kapitalistischen Bestrebungen entgegenzutreten und damit die Basis für eine friedliche politische und wirtschaftliche Zukunft zu legen.

Chemnitz. Der Parteitag bekräftigt erneut den Willen der Sozialdemokratischen Partei, mit aller Energie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu betreiben.

Osnabrück. Intensive Auffklärungsarbeit für die Friedensziele und den Völkerbund. Gemeinsame Veranstaltung eines Antikriegstages durch die SPD. und den Gewerkschaften.

Schleswig. Abschaffung der Heere, Erziehung durch Polizeitruppen.

Wahlen des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Münster 1. W. Der Parteitag wolle als nächstjährigen Tagungsort Münster, die Hauptstadt Westfalens, bestimmen.

Hamburg. Der Parteitag wird ersucht, als Tagungsort für den nächsten Parteitag Hamburg zu wählen.

Frankfurt a. M. Der Reichsparteitag wolle beschließen, den nächsten Parteitag in Frankfurt am Main abzuhalten.

Frankfurt a. M. Um die Grundlage für einen erneuten Aufstieg und Ausbau der Partei zu schaffen, insbesondere die Mitgliederzahlen in Einklang mit den bei der letzten Wahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bringen zu können, erwarten wir von den Teilnehmern des Parteitag, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch fröhlich mit den Arbeitermassen haben, und deren Vertrauen besitzen. Bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandmitglieder ist dies nicht mehr der Fall.

Sonstige Anträge.

Rheinhausen. Der Parteitag nimmt Stellung zur rheinischen Jahrausgabe und verurteilt entschieden, daß namhafte Führer der Partei die Aufrufe hierzu unterschrieben haben.

Der Parteitag sieht die Aufgaben der führenden Genossen darin, die Ideen des Sozialismus zu propagieren und nicht den nationalistisch-bürgerlichen Kummel der Jahrausgabe zu unterschlagen.

Berlin. Der internationale Frauentag, beschlossen auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910, findet, wie in anderen Ländern, fortan auch in Deutschland statt.

Altenburg (Thür.). Der Parteivorstand wird beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Esperanto im internationalen Verkehr einzuführen und auf dem Internationalen Kongress in Paris für die Annahme zu verfechten.

Blankensee. Wir fordern den Parteitag auf, den Parteivorstand zu beauftragen:

zur Anstellung eines esperantokundigen Genossen beim Parteivorstand,

zur Einladung an alle sozialistischen Parteien der Welt zur Korrespondenz in Esperanto,

zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes in Esperanto an alle sozialistischen Parteien und die gesamte Arbeiterpresse der Welt, zwecks Aufklärung über die innere und äußere Politik der SPD. und über deutsche Verhältnisse im allgemeinen,

zur Stellung eines Antrages an die sozialistische Internationale für die gleichen Maßnahmen,

zur Verpflichtung aller Angestellten der Partei zur Erlernung des Esperanto innerhalb einer gewissen Frist (1 Jahr, normale Lernzeit ein Vierteljahr),

zur Einwirkung auf die deutschen und internationalen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften in der unter 1 bis 5 geforderten Richtung.

Breslau. Schon mehrfach hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihren Parteitag und bei anderen Gelegenheiten durch entsprechende Beschlüsse ihr Interesse für die Alkoholfrage öffentlich bekundet.

Die wieder ansteigende Alkoholfut fordert unzählige Opfer aus den Reihen des Proletariats. Als Vertreterin der besetzten Klasse erfüllt die Partei nur ihre Pflicht, wenn sie erneut dafür eintritt, daß durch geeignete Maßnahmen dem steigenden Alkoholkonsum ein wirksamer Damm entgegengeleitet wird.

Deshalb beschließt die Partei, durch Aufklärung mit Unterstützung ihrer Presse in dem Sinne zu wirken; wie sie sich auch weiter dafür einsetzen wird, daß neben einem ausreichenden Jugendschutz auch die Bestrebungen, die beispielsweise im Gemeindebestimmungsrecht zum Ausdruck kommen, in jeder Weise gefördert werden.

Essen. Der Parteitag in Heidelberg beschließt, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten.

Heidelberg. Der Parteitag wolle beschließen: Es ist Pflicht aller der SPD. angehörigen Beamten, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, sofern eine solche für ihre Sparte besteht.

München. Um die Vereinfachung von Geldmitteln für Schaffung von Jugendheimen herbeizuführen und sicher zu stellen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, baldmöglichst mit der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, dem ADGB. und dem ADL. Bund in Verbindung zu treten, um die gegenwärtige Wirkung des Kinderpfennigs in Deutschland in die Tat umzusetzen. Die Einhebung des Kinderpfennigs hätte durch das Umlageverfahren wie bei den freien Gewerkschaften zu geschehen. Die Erstellung von Jugendheimen wäre durch Einführung des allgemeinen Kinderpfennigs sichergestellt und eine Kulturangelegenheit der deutschen Arbeiterklasse der Verwirklichung näher gebracht.

Ständiges Lager an

Lieferwagen mit Kasten- u. Pritschen-Aufbauten

von 200 — 400 — 700 — 1000 und 1500 kg Nutzlast

Vertreter der Fabriken: Adler—Fafnir—Opel—Protos

THEODOR RAATZ AUTOMOBIL A. - G.

Fernsprecher: Nollendorf 56—59 Berlin W 35, Potsdamer Straße 112 Telegr.-Adr.: Autoraatz Berlin



Regelung der interalliierten Schulden.

Weltwirtschaftliche Umschau.

Die Vereinigten Staaten von Amerika machen endlich mit der Eintreibung ihrer Kriegsschuldforderungen an Frankreich und Italien Ernst. Sie fordern diese Länder auf, Delegationen zur Regelung dieser Schulden nach Amerika zu entsenden und die Besprechungen sind bereits im Gange. Es handelt sich hier um Entscheidungen von größter Tragweite nicht nur für die betreffenden Länder, sondern für die ganze Weltwirtschaft. Müßen Frankreich und Italien jährlich riesige Summen an die Vereinigten Staaten bzw. England abführen, so würde daraus eine ebenso große Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder sich ergeben, wie von der Regelung der deutschen Reparationslasten. Auch diese Länder müßten dann nicht nur große steuerliche Ueberschüsse bereitstellen, sondern auch für die Uebertragung dieser Summen an die Gläubiger sorgen, d. h. sie müßten gleich Deutschland riesige Ausfuhrüberschüsse zu erzielen suchen, die vor allem von den Vereinigten Staaten aufgenommen werden müßten. Die Vereinigten Staaten verteidigen sich jedoch durch unüberwindliche Schutzzollmauern gegen das Einströmen französischer und italienischer Luxuswaren. Rohstoffe können aber weder Frankreich noch Italien liefern. Diese wenigen Andeutungen sollen auf die weltwirtschaftliche Bedeutung des Problems hinweisen.

Der Druck der Vereinigten Staaten.

Die Schulden der Siegerländer England, Frankreich und Italien an die Vereinigten Staaten und der beiden letzteren an England wurden, mit Ausnahme der englischen Schuld an Amerika, bisher nicht geregelt, ja es haben Frankreich und Italien bisher nicht einmal die Zinsen ihrer Schulden bezahlt. Nur England hat aus Prestigegründen, um sein Ansehen als leitende Geldmacht der Welt nicht einzubüßen, eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten getroffen, derzufolge es 62 Jahre lang jährlich ungefähr 160 Millionen Dollar an diese abführt. Diese Zahlungen stellen für das englische Budget eine große Belastung dar, und so wird z. B. der Protest der amerikanischen Gummiindustrie gegen das englische System der Einfuhrbeschränkung der Gummiwaren zum Zweck von Preissteigerungen mit dem Hinweis auf diese Lasten erledigt. Die englische Wirtschaft braucht die Gummiwaren zu Lasten Amerikas um die jährliche Zahlungslast ertragen zu können. Frankreich und Italien wurden zwar wiederholt, vor allem seitens Englands, aufgefordert, ihre Schulden zu regeln; ein Druck aber wurde bisher nicht ausgeübt. Die Anregungen Bonar Law's, Anfang 1923 in Paris, wurden infolge der Streitigkeiten über die deutsche Reparationsfrage von Frankreich und Italien nicht angenommen, was heute als ein schwerer Fehler angesehen wird. Waren doch diese viel günstiger als was heute erreicht werden kann. Der jetzt von den Vereinigten Staaten ausgeübte Druck ist aber ernstzunehmen. Amerika hat eine starke Waffe in der Hand: die Drohung mit Kreditverweigerung. Frankreich und Italien brauchen Kredite, nicht nur für ihre Wirtschaft, sondern auch für die Stabilisierung ihrer Währungen. Letztere kann bis zur Regelung der internationalen Schulden nicht erreicht werden. Da für diese Länder, vor allem für Frankreich, der Zeitpunkt gekommen zu sein scheint, wo die schädlichen Wirkungen der Inflation nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch für die Kapitalisten sich fühlbar machen, müssen sie ernstlich an die Stabilisierung der Währung denken, was jedoch ohne amerikanische Hilfe nicht möglich ist. Freilich kann eine übergroße Belastung dieser Länder mit Zahlungsverpflichtungen an Amerika ihre Währungen wieder in Unordnung bringen. Dies ist jedoch die Sorge späterer Zeiten und Caillaux scheint große Opfer bringen zu wollen, um sich nur eine Ratenpaße für die nächsten Jahre zu verschaffen. Die Frage, warum die Vereinigten Staaten auf der Regelung dieser Schulden bestehen, kann schwer beantwortet werden, zumal das Budgetjahr in den Vereinigten Staaten mit einem großen Ueberschuß endete und, wie oben erwähnt wurde, Amerika schwerlich geneigt ist, die in Rede stehenden Forderungen in Form von Warenlieferungen oder Sachlieferungen anzunehmen. Man muß hier politische bzw. machtpolitische Gründe annehmen. Amerika streicht die Schulden nicht, sondern besteht auf seinem Schein, um dadurch der Herr Europas zu werden, ungeachtet der Tatsache, daß es Situationen gibt, wo nicht der Gläubiger, sondern der Schuldner die Trümmer in der Hand hat.

Die französischen und italienischen Schulden.

Der Hauptgläubiger Frankreichs ist Amerika, der Italiens aber England. Frankreich schuldet an die Vereinigten

Staaten beinahe 3 Milliarden Dollar, ohne die rückständigen Zinsen, die sich Ende 1925 auf nicht weniger als 800 Millionen Dollar belaufen werden. Gegenüber Großbritannien besteht eine französische Schuld von 619 Millionen Pfund, wovon Juli 1924 174 Millionen auf Zinsen entfielen. Neben diesen Schulden laufen aber andere, sogenannte „wirtschaftliche“ Schulden Frankreichs her, die jetzt schon regelmäßig verzinst und amortisiert werden. Diese wirtschaftlichen Schulden belaufen sich gegenüber den Vereinigten Staaten auf über 600 Millionen Dollar, gegenüber England auf mehr als 50 Millionen Pfund. Im laufenden Jahr muß Frankreich für diese „wirtschaftlichen“ Schulden fast 50 Millionen Dollar verwenden, im Jahre 1929 werden auf diese Schulden mehr als 400 Millionen Dollar fällig sein — der Gegenwert der Frankreich überlassenen amerikanischen Kriegsvorkäte —, nach 1930 werden diese Verbindlichkeiten noch 163 Millionen Dollar ausmachen. Von diesen Schulden ist aber gegenwärtig nicht die Rede, sondern nur von den oben erwähnten politischen Schulden. — Italien schuldet England Ende März 1925 14 691 Millionen Lire, den Vereinigten Staaten aber im gleichen Zeitpunkt 8537 Millionen Lire, die bisher fälligen Zinsen für beide Schulden inbegriffen. Nach der Lage vom März 1925 belief sich der Zinsbetrag auf jährlich 735 Millionen Lire für die englische Schuld und 127 Millionen für die amerikanische.

Würde die Regelung dieser Schulden auf derselben Grundlage erfolgen, wie die der englischen, und würde die bisherige Zinsenschuld erlassen, so müßte Frankreich jährlich 65 Jahre lang eine Summe von mindestens 250 Millionen Dollar an seine beiden Hauptgläubiger abführen; d. h. es müßte jährlich mit den wirtschaftlichen Staatsschulden 6 Milliarden Papierfrank an seine Steuererhebungen erzielen. Da gegenwärtig aus den Einnahmen von 33 Milliarden Frank 19 Milliarden für den öffentlichen Schuldendienst im Inland bestimmt sind, müßten 6 neue Milliarden für die Zahlung der interalliierten Schulden jährlich hinzukommen. Aus Italien liegen Berechnungen vor, denen zufolge bei der Herabsetzung der Verpflichtung auf die Hälfte Italien außer den Beträgen, die es von Deutschland auf Reparationskonto empfängt — 10 Proz. der gesamten Reparationsleistungen —, jährlich 250 Millionen Goldlire für die Bezahlung der interalliierten Schulden aufbringen müßte. Dies wäre budgetmäßig keine besonders schwere Aufgabe, jedenfalls leichter als für Frankreich die Aufbringung des erwähnten und viel größeren Betrages. Doch bleiben die Möglichkeiten der Uebertragung an die Gläubiger — Transfer — auch für Italien problematisch.

Interalliierte Schulden und Reparationszahlungen.

Englands Jahreszahlungen an die Vereinigten Staaten betragen 160 Millionen Dollar. Würden die anderen interalliierten Schulden auf gleicher Basis geregelt werden, so würde dies weitere 290 Millionen Dollar ausmachen, zusammen 450 Millionen Dollar, nahezu zwei Milliarden Goldmark. Es wurde nun der Plan aufgeworfen, die Reparations- und die interalliierten Schulden miteinander in Verbindung zu bringen. Eine Verrechnung dieser Schulden würde ergeben, daß sämtliche Reparationszahlungen Deutschlands unmittelbar an Amerika abgeführt werden müßten. Eine solche Lösung hätte große Vorteile und brächte die Vereinfachung des ganzen Tilgungssystems mit sich, würde aber Deutschlands Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu einer vollkommenen machen, während es heute in bezug auf seine Reparationsleistungen von einer Anzahl von Ländern abhängig ist. Wir wissen nicht, ob der hier erwähnte Plan Aussichten auf Verwirklichung hat.

Rußlands Schulden an Frankreich.

Bisher unkontrollierbare Gerüchte belagern, daß Rußland den Schuldendienst für die russischen Vorkriegsanleihen Frankreichs wieder aufnehmen wird. Die ausländischen Schulden des ehemaligen Rußlands betragen 13 Milliarden Rubel und entfallen zum großen Teil auf Frankreich. Wir wissen nicht, in welchem Umfange Rußland die Schulden anerkennen bzw. verzinsen und tilgen soll. Mit Rücksicht auf die politische Befamtlage scheint eine Regelung der russischen Schulden zugunsten Frankreichs nicht ausgeschlossen zu sein, weil sich Rußland gegenüber der neuen Eintreibungspolitik Englands politisch Frankreich nähern möchte. Indessen könnte eine russische Schuldenregelung nur bei gleichzeitiger umfangreicher Kreditgewährung an Rußland zustandekommen und es ist zu bezweifeln, daß Frankreich, das schon die Regelung seiner eigenen Schulden an die Vereinigten Staaten und England in Angriff genommen hat, namhafte Kapitalien Rußland zur Verfügung stellen könnte.

Ruhrkohle nicht decken konnte. Im übrigen wird angegeben, daß der größte Teil dieser Erzförlieferung Rute bereits wieder an die Ruhr abgegeben worden sei.

Ein Wettbewerb für Agrarmaschinen. Das Reichsoberlehrministerium und das Reichsministerium für Ernährung haben zur Förderung der heimischen Landwirtschaft einen Wettbewerb für Kleintraktorschlösser durchgeführt. Auf Grund einer mehrmonatigen Prüfung in russischen Betrieben unter der Leitung der Herren Geheimrat Prof. Dr. Fischer und Oberamtmann Schurig in Markee bei Rauen und einer anschließenden eingehenden Untersuchung in der Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge Technische Hochschule Charlottenburg unter Leitung des Herrn Prof. Dr. ing. Beder hat das Preisgericht folgende Schlösser ausgezeichnet: 1. Preis von 100 000 R. für den „Feldbau“ der Firma Heinrich Konz, Mannheim, zwei 2. Preise von je 30 000 R. für den „W. D. Rad“ der Firma Deutsche Kraftflug-Gesellschaft, Berlin, und den „Pöhl-Benzolschlösser“ der Firma Pöhl-Werke, Böhlnig.

Die Firma Karl Saade u. Co., Berlin, Potsdamer Straße 73, welche seit 3 1/2 Jahren die ausschließliche Repräsentantin der Sinnesschen Metallinteressen in Berlin, Mittel- und Ostdeutschland war, hat ihr Vertreterverhältnis mit dem Hause Sinnes in freundschaftlicher Weise gelöst.

Großhandelsindex. Das Reichsstatistische Amt berechnet den Großhandelsindex für den Stichtag des 12. August mit 134,2 gegenüber 133,8 am 5. August. Die Steigerung beträgt 0,3 Prozent.

Die Konzentrationsbestrebungen im schweizerischen Bankwesen. Konzentrationsbestrebungen machen sich im schweizerischen Bankwesen, wie dies Rognier in der „Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik“ feststellt, immer in den Kriegsjahren bemerkbar. In den Kriegsjahren, wo eine Anzahl Bankzusammenbrüche aufgetreten sind, war der Höhepunkt der Konzentrationsbestrebungen zu verzeichnen. Die Verschmelzungsvorgänge wurden dann nach Kriegsschluß, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, noch einmal in verstärktem Maße vollzogen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände, der gute Gang der Landwirtschaft, die Gründung von Revisionenverbänden der Kleinbanken und Sparkassen haben die Konzentrationsbewegung zum Stillstand gebracht. Trotzdem kann die durch die Krisen verstärkte Tendenz zur Konzentration in Zukunft die Weiterentwicklung zur Monopolstellung eines Bankkartells ermöglichen.

Betriebswohlfahrtspflege.

Gründungskongreß der Internationalen Vereinigung für Betriebswohlfahrtspflege.

Ende Juni tagte in Bliffingen ein internationaler Kongreß für Betriebswohlfahrtspflege. Einer holländischen Anregung folgend, kamen Fabrikwohlfahrtspflegerinnen, höhere Beamte von Gewerbeinspektionen, Betriebsingenieure, Mitglieder psychologischer Institute, Leiter großer Wohlfahrtsorganisationen und sozialer Frauenschulen und auch Vertreter großer Firmen aus 18 verschiedenen Ländern zusammen, um über die Wohlfahrtspflege in den Betrieben zu beraten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch Berichte über die soziale Belegung und über den Stand der Wohlfahrtspflege in den verschiedenen Ländern.

Die günstigsten Berichte kamen aus England und Amerika. In England wurde die Betriebsfürsorge ähnlich wie in Deutschland während des Krieges und im Kriegsinteresse eingeführt. Heute sind dort etwa 800 Fürsorgetinnen und zum Teil auch Fürsorger in den Betrieben tätig. Große Betriebe haben eigene Wohlfahrtsabteilungen eingerichtet, in denen manchmal außer der Leiterin auch noch Hilfskräfte (Sekretärinnen, Krankenschwestern, Hauspflegerinnen) tätig sind. Kleinere Betriebe beschäftigen oft gemeinsam eine Fürsorgerin. Das Arbeitsgebiet ist ähnlich dem der deutschen Fabrikpflegerinnen während des Krieges. Es erstreckt sich auf die Kontrolle der hygienischen Einrichtungen in der Fabrik, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze, auf die Verwaltung evtl. Wohlfahrts-einrichtungen, auf die Beratung der Arbeiterschaft bei persönlicher Notlage, oder in Angelegenheiten, die ihr Arbeitsverhältnis betreffen.

In Amerika ist die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Wohlfahrtspflege in den Betrieben noch viel allgemeiner üblich als in England. Die Leitung dieser Abteilungen liegt meistens in den Händen von Betriebsmediznern, die besonders sozialpolitisch geschult sind. Häufig ist mit ihrer Tätigkeit die Einstellung der Arbeitskräfte verbunden. Nach den Berichten ist offenbar in Amerika die Einsicht am weitesten verbreitet, daß die Beachtung des körperlichen und seelischen Wohlergehens der Arbeiterschaft erst die Voraussetzungen schafft für eine produktive Führung der Betriebe.

In Italien besteht ein besonderes „Institut für soziale Fürsorge“ zur Ausbildung von Betriebswohlfahrtspflegerinnen. Die Kosten der kurzen Ausbildung werden zum Teil von Großfirmen getragen. In 25 Fabriken, darunter 20 in Mailand, sind Pflegerinnen tätig. Sie sind nicht Angestellte der Firma, sondern des „Instituts für soziale Fürsorge“, an das die Firma ihr Gehalt überweist. Die Tätigkeit ist ähnlich wie in den anderen Ländern, nur sind durch das Anstellungsverhältnis zu dem Institut, die Beziehungen zu der einzelnen Fabrik, in der sie tätig sind, freier. Eine 1923 an 2500 Firmen gerichtete und von 981 beantwortete Anfrage ergab, daß 673 Betriebe frauenfürsorgliche Einrichtungen hatten, 32 Bibliotheken, 43 Erholungseinrichtungen, 427 Kaminen und 321 Unterstufungsfonds.

Nach den Berichten aus Deutschösterreich, der Schweiz, Belgien, Schweden, Finnland, Indien, Japan und Australien sind in diesen Ländern überall mehr oder weniger bescheidene Anfänge einer besonderen Fabrikpflege vorhanden.

In Deutschland wurden während des Krieges auf Anregung der Kriegsamtsstellen circa 1000 Fabrikpflegerinnen beschäftigt, die aber leider nahezu alle wieder bei Kriegsende entlassen wurden. In letzter Zeit erst haben wieder einige deutsche Unternehmungen Fabrikpflegerinnen angestellt, die zum großen Teil auch bei der Auslese der Arbeiterschaft mitzumirken haben.

Ueber gute Erfahrungen bei der Mitwirkung der Arbeitervertretungen beim Aufbau einer zweckvollen Betriebsorganisation wurde besonders aus Amerika berichtet. Es scheint überhaupt, daß mit dem Fortschritt der industriellen Methoden auch die Erkenntnis wächst, daß eine gute Durchorganisation der Betriebe nach modernen Grundsätzen nur möglich ist, wenn dabei durch günstige soziale Verhältnisse und anständige Löhne die treuhändige Mithilfe der Arbeiterschaft gesichert wird. Der Standpunkt, von dem heute die meisten deutschen Unternehmer ausgehen, daß die Arbeiterschaft als willenloses Objekt bei der Betriebsorganisation zu funktionieren habe, wird in Ländern mit besserer Betriebsorganisation immer mehr verlassen. Der Unterschied zwischen amerikanischen und deutschen Arbeitsverhältnissen ist deshalb kein Zufall. Die niedrigen Löhne und die Behandlung der deutschen Arbeiterschaft in Betrieben entsprechen dem Unterschied beider Länder in ihren Produktionsmethoden.

Der holländische Betriebsingenieur Dr. Hymans wies in einem Referat über Auslese und Ausbildung der Arbeiterschaft auf die Erfolge der Psychotechnik hin. Auch auf diesem Gebiet scheinen ihm weitere Fortschritte von der Mitwirkung der Arbeiterschaft abzuhängen. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen solche Untersuchungen muß beseitigt werden. Werden psychotechnische Untersuchungen (wie zum großen Teil auch in Deutschland) von den einzelnen Unternehmungen vorgenommen, so besteht die Gefahr einer rücksichtslosen Aussonderung der „untauglichen“, während die Anwendung psychotechnischer Methoden im Interesse der Allgemeinheit darauf gerichtet sein muß, für jeden einzelnen Menschen die seiner Begabung am meisten entsprechende Tätigkeit ausfindig zu machen. Die Eingruppierung des Arbeiters an der für ihn besonders geeigneten Stelle wird ihm selbst und zugleich auch dem Betrieb und der Allgemeinheit zugute kommen. Mißbehagen, Hemmungen und Unfähigkeit bei der Erledigung der Arbeit können so in vielen Fällen ausgeschaltet werden.

Ähnliche Gedanken lagen einem Vortrag von Prof. Friedrich von der Technischen Hochschule in Karlsruhe über Berufsauslese zugrunde. Er forderte eine gründliche individuelle Anlernung jedes Arbeiters in besonderen, von den Betrieben losgelösten Lehrwerkstätten. Besondere Stärken und Schwächen des einzelnen Arbeiters sollen dort nach Möglichkeit ausgeglichen werden, schlechte Fähigkeiten heranzubilden. Jeder Arbeiter soll ein möglichst klares Bild seiner Fähigkeiten bekommen. Bei der Konstruktion von Maschinen muß mehr Rücksicht auf die Menschen genommen werden, die an ihnen arbeiten.

Im Anschluß an den Kongreß wurde eine internationale Vereinigung für Betriebswohlfahrtspflege gegründet, deren Zweck sein soll, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen im Betrieb zu wirken. In spätestens drei Jahren soll wieder ein Kongreß stattfinden. Es liegt im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, daß es ihr bei dieser Gelegenheit ist, die Arbeitsverhältnisse im Sinne dieser Bestrebungen so umzugestalten, daß der Bericht über Deutschland nicht wieder so beschämend ausfällt wie auf dem diesjährigen Kongreß.

Wetter für Berlin und Umgebung. In alle Welt bei warmen, bewölkten Temperaturen. Keine nennenswerten Windstöße. — Über Deutschland. Im Elben und Norddeutschen Freckwetter. Leichte Regenfälle im Süden meist spärlich.

Auch die Braunkohle meldet sich.

Die vom Fachsenverband in Essen über die Lage im Ruhrbergbau an den Reichstanzler gerichtete Denkschrift enthält bekanntlich einige Angriffe gegen den deutschen Braunkohlenbergbau. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ erzählt, wird die Spitzenorganisation des Braunkohlenbergbaus diese Angriffe zum Anlaß nehmen, ihrerseits die Lage des Braunkohlenbergbaus in einer Denkschrift an den Reichstanzler darzustellen. Aus dem Inhalt teilt die genannte Korrespondenz folgendes mit:

„Die Ruhrdenkschrift begehrt vor allen Dingen den Fehler, daß sie die außergewöhnlich günstigen Verhältnisse des rheinischen Braunkohlenbergbaus auf den gesamten übrigen deutschen Braunkohlenbergbau überträgt, der mit 73 Proz. an der Gesamtproduktion beteiligt ist. Ferner ist die Auffassung unzutreffend, daß der Ruhrbergbau sich allein in mäßiger Lage befindet. Die Denkschrift weist ziffernmäßig nach, daß die Rückgänge in der Produktion, im Absatz und in der Belegung, seit Januar d. J. im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stärker gewesen sind als an der Ruhr. So fiel der Bruttobergbau von 2 026 000 Tonnen im Januar auf 1 373 000 Tonnen im Mai, also mithin ein Rückgang von 32,2 Proz. Ein Fehler der Denkschrift liegt weiter darin, daß die Förderanzahl der Mann und Schicht im Ruhrbergbau ohne weiteres verglichen wird mit der entsprechenden dieser aus dem rheinischen Braunkohlenbergbau. Es ist unterlassen worden, auf Heizwertbasis umzurechnen. Nimmt man diese Umrechnung nach dem Schlüssel, den die Ruhrdenkschrift selbst gibt, vor, so errechnet sich für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für das Jahr 1924 ein Förderanteil je Mann und Schicht von 0,71 Tonnen. Die Ruhr hat in derselben Zeit 0,902 Tonnen erarbeitet. Ferner wird dargelegt, daß von einer tariflichen Begünstigung des Braunkohlenbergbaus gegenüber dem Steinkohlenbergbau keine Rede sein kann. Der Steinkohlenbergbau ist ganz allgemein begünstigt gegenüber dem Braunkohlenbergbau durch die gleichmäßige Behandlung beider Brennstoffe im Kohlenausnahmetarif ohne Rücksicht auf den Heizwertinhalt. Ferner ist die Ruhrkohle bevorzugt durch die Verschiebung in den Staffeln des Tarifes und ganz besonders durch die Umschlag- und Küstentarife.

Die Denkschrift weist den Vornwurf zurück, daß die Ruhrkohle in den Zeiten der Kohlennot durch Maßnahmen des Reichskohlenkommissars zugunsten der Braunkohle zurückgedrängt worden sei. Sie macht darauf aufmerksam, daß die leistungsfähigere Braunkohle zur Deckung des Ausfalles herangezogen worden sei, den die

Gewerkschaftsbewegung

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Die Umbildung der Organisationen.

Eine der vielumstrittensten Fragen, die auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zur Verhandlung kommen werden, ist die der Umbildung der Organisationen. Diese Frage ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst. Es handelt sich dabei nicht um eine besondere deutsche Gewerkschaftsfrage. In allen Ländern der Welt ist die Frage der Organisationszugehörigkeit der verschiedenen Berufe ein Streitpunkt, der nie von der Tagesordnung verschwindet. Es handelt sich nicht um die vorgefasste Meinung bestimmter Gewerkschaftler, noch um die doktrinaire Einstellung über die Führung des Gewerkschaftstempels. Die Organisationsformen der Gewerkschaften sind in demselben Ausmaß im Fluß, in dem auch die industrielle Entwicklung sich im Fluß befindet.

In allen Ländern der Welt ging die Gewerkschaftsbewegung aus vom Beruf, und zwar vom Beruf im engsten Sinne des Wortes. Das erklärt sich ganz natürlich aus der Tatsache, daß die Anfänge der Gewerkschaften zurückreichen bis in die Zeit des Kunstwerks. Das erklärt sich weiter aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften die Berufsinteressen der Arbeiterschaft wahrnehmen, indem sie für eine höhere Bewertung der Arbeit den Kampf führen. Durch die industrielle Entwicklung sind jedoch Berufe, die früher zusammengehörten, getrennt worden, neue Berufe und Industrien entstanden, andere Berufe wieder miteinander in direkte wirtschaftliche Berührung gekommen. Man braucht nur auf die Entwicklung der Flugzeug- und Radioindustrie hinzuweisen, auf die fortgesetzte Umwälzung, die insbesondere in der Maschinenindustrie stattfindet, auf die Industrialisierung der Landwirtschaft, um ein Bild zu bekommen von der fortgesetzten Umwälzung in den beruflichen und industriellen Zusammenhängen.

In den letzten Jahrzehnten sind die Betriebe außerdem dazu übergegangen, bei Herstellung von irgendwelchen Erzeugnissen sich möglichst unabhängig von anderen Betrieben zu machen. Hilfsprodukte und Halbfabrikate werden in wachsendem Maße im eigenen Betrieb hergestellt. Dazu kommt die Kommunalisierung und Verstaatlichung der Betriebe. Diese Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß zur Führung eines Lohnkampfes in einem einzelnen Betriebe oft 4, 5 und mehr Berufsorganisationen zuständig sind.

Es ist deshalb von Gewerkschaftlern die Ansicht vertreten worden, daß die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation der Betrieb sein müsse. Da aber die Betriebszugehörigkeit insbesondere in der Privatindustrie der unsicherste Gradmesser für die Organisationszugehörigkeit ist, kann im allgemeinen die Betriebszugehörigkeit am allerwenigsten als Grundlage zur Gewerkschaftsorganisation dienen.

Auch die Zusammenfassung nach Industrien bietet eine Fülle von Schwierigkeiten. Wir weisen z. B. nur auf die Filmindustrie hin, die Angehörige aller möglichen Berufe umfaßt, die aber heute ebensogut in der Filmindustrie und morgen in der Holz- oder Metallindustrie tätig sein können. Andererseits gibt es Berufe, wie den der Maschinenisten und Heizer, deren Angehörige sich auf die gesamte Industrie, den Handel und die Landwirtschaft verteilen, ohne sich mit der Industriegruppe, in der sie gerade beschäftigt sind, irgendwie zu verschmelzen.

Diese kurzen Andeutungen allein zeigen, wie schwierig jede Lösung ist und wie jede Lösung, die heute gefunden wird, morgen von der Entwicklung wieder über den Haufen gerannt sein kann. Und doch muß eine Lösung gefunden werden, weil von ihr nicht allein abhängt die Anziehungskraft gegenüber den Inorganisierten, die sich am leichtesten für die Organisation geminnen lassen, in der sie ihre Berufscollegen finden. Es hängt vor allen Dingen auch

von der Lösung dieser Frage die Kampffähigkeit und Schlagkraft der Gewerkschaften ab.

Wenn wir nach den Erfahrungen in anderen Ländern forschen, dann stellen wir fest, daß auch im Auslande die Lösung dieser Frage in einer möglichst umfassenden Gruppierung der verschiedenen Berufe gesucht wird. Auch in den Ländern, wo bisher die Berufsorganisation die fast absolute Regel war, geht man in wachsendem Maße dazu über, die verschiedenen Berufe in eine Organisation zusammenzufassen. Am weitesten ist man in diesem Punkte in Australien gegangen, wo sämtliche Berufsangehörigen einer einzigen Einheitsorganisation angehören, innerhalb der es eine Reihe von Unterabteilungen gibt. Aber in Australien liegen die Verhältnisse besonders gelagert, die sich nicht ohne weiteres auf Europa übertragen lassen.

Am nächsten sind in gewisser Beziehung die skandinavischen Gewerkschaften dem Ziele der Einheitsorganisation gekommen, obwohl gerade in den skandinavischen Ländern die Berufsorganisation auch heute noch die Regel bildet. Der Einfluß und die Macht, vor allem auch in finanzieller Beziehung, die die Gewerkschaftszentralen dort besitzen, ist wohl ebenso groß wie der Einfluß der eigentlichen Berufsorganisationen. Zum guten Teil erklärt sich dieser scheinbar innere Widerspruch aus der Tatsache, daß bei der geringen Bevölkerungszahl der skandinavischen Länder ein fester Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter ein Gebot der Selbsterhaltung ist.

Wie auch der Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Breslau ausfallen mag, auch er wird und kann keine definitive Lösung bringen. Es wird in Breslau vor allem darauf ankommen, die Gewerkschaften im Fluß der Entwicklung zu halten, die Angleichung der Organisationsbedingungen zu erstreben und die Macht und den Einfluß des ADGB zu stärken.

Däpftlicher als der Papst.

Kürzlich veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Bericht über den am 24. Juli abgehaltenen außerordentlichen britischen Gewerkschaftskongress und bezeichnete diesen ganz richtig als eine verfehlte Operation und einen Schlag ins Wasser. Die „Rote Fahne“ glaubte die englischen Kameraden verteidigen zu müssen, gleichwohl ob der Kongress wirklich ein Fehlschlag war oder nicht. Denn darüber war die „Rote Fahne“ ja eigentlich gar nicht unterrichtet und brauchte es bei ihrer schablonenhaften Berichterstattung auch nicht zu sein. Diesmal scheint die „Rote Fahne“ aber tüchtig daneben gegriffen zu haben. Denn das offizielle Organ der Kommunistischen Internationale, die in drei Sprachen erscheinende „Internationale Pressekorrespondenz“, veröffentlicht einen aus London datierten Artikel von R. E. Bond, in dem dieser ebenfalls als Kronzeuge der Kommunisten ganz offen zugibt, daß der Kongress wirklich eine verfehlte Operation war.

In den Ausführungen heißt es u. a.: „Der Kongress war ganz und gar wertlos, soweit es sich um das Anzeichen irgendeiner Richtlinie für die Massen in der Arbeitslosenfrage handelte. Sein einziger Gegenstand von wirklichem Interesse war die schwache und rückgratlose Führung — wenn man dies überhaupt eine Führung nennen konnte — durch die Führer des Generalkrates, sowie die von einer großen Anzahl der Delegierten an dieser Schwachheit geübte Kritik und aufgestellte Forderung eines klar umschriebenen Kampfprogrammes“.

In bezug auf die Ausführungen Purcells zur ersten Resolution betr. die Wirtschaftslage sagt Bond dann: „In der anschließenden Diskussion kritisierten verschiedene Delegierte kräftig die Bemerkungen Purcells über das „Plagen“ der Regierung. Die Regierung wird jegliches Maß von „Plagen“ oder „Klagen“ aushalten“, erklärte ein Delegierter, „die einzige Sache, die irgendeine Wirkung auf sie haben wird, ist Massenaktion und konkrete Forderungen der Arbeiter.“

Die zweite Resolution, die Änderungen bei der Arbeitslosenunterstützung verurteilt, wurde vom Abgeordneten A. Handan bearbeitet und Ben Turner von den Textarbeitern unterstützte ihn. Turner sprach davon, die Seelen der Leute zu retten, die mehr Geld hätten, als daß sie wüßten, was damit anzufangen. Er führte dann Stellen aus dem alten Testament an, um zu beweisen, daß die Frage „Arbeit oder volle Unterstützung“ so alt ist wie die Welt.“

„Die Schwachheit der Resolution wurde durch die Bemerkung der Abgeordneten Ellen Wilkinson unterstrichen, die erklärte, daß „man irgendwie die Arbeiter gegen die zynische Apathie der herrschenden Klasse aufrütteln müsse.“ Was sie damit eigentlich meinte und wie dies die Arbeiter tun sollten, hütete sie sich wohl, zu erklären.“

Ueber die dritte Resolution betr. das Verhalten gegenüber der Regierung wird in dem Artikel gesagt: „Dieses Weiserstück von Zweibeinigkeit wurde von John Hill bearbeitet und von Mary Duarte unterstützt. ... Die Schwachheit dieser Resolution wurde von vielen Delegierten sehr kräftig kritisiert.“

Griffon bearbeitete die Mitglieder des Generalkrates mit „glühenden Janggen“. „Ihr habt uns nichts Neues gesagt“, erklärte er, „alles was ihr sagen könnt, ist, daß die Frage der Arbeitslosigkeit unter dem Kapitalismus nicht gelöst werden kann.“

Zum Schluß heißt es dann: „Der Generalkrat hat trotz seiner Bemühungen für die internationale Gewerkschaftseinheit, trotz seiner Arbeit zur Sammlung von Hilfe für die Bergarbeiter in der Frage der Arbeitslosigkeit, die mit jedem Tag größer wird, elend verfaßt.“

Wir warten vergeblich, daß die „Rote Fahne“ nun gegen die Internationale Pressekorrespondenz zu Felde zieht. Denn diese kommt von Rostau. Das ist natürlich ganz was anderes.

Neue Unzufriedenheit der Saarbergarbeiter.

Saarbrücken, 15. August. (Mit.) Obwohl der Streik der Saarbergarbeiter erst vor kurzem beendet wurde, werden schon wieder die heftigsten Klagen laut über erneute Bedingereduzierungen und Schichtverkürzungen, so daß die Arbeiterschaft den Eindruck gewinnt, daß durch diese Kürzungen die Prozentige Lohnerhöhung wieder weitgemacht werden soll. Besondere Erbitterung erregt es, daß Arbeiter vielfach entlassen werden, wenn sie von ihrem durch die Arbeitsordnung festgesetzten Rechte der Bedingekündigung Gebrauch machen. Die Klagen über schlechte und unwürdige Behandlung im Dienst wollen ebenfalls kein Ende nehmen.

Gesperrte Gastwirtschaften. Die uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, sind die folgenden Gastwirtschaften nach wie vor für organisierte Arbeiter gesperrt: Frankfurter Pralaten, Große Frankfurter Str. 16, Präpeltube, Rosenhafer Straße, Ecke Gormannstraße, Böhmisch Brauhaus, Landberger Allee 11, Jordans Bierstuben, Inhaber Stockfleth, Rosenhafer Platz, Münzkaufe, Münzstraße, Inhaber Hild, und Gastwirtschaft Franz Wetzschnewski, Falkensteinstraße 47.

Nach viermonatiger Dauer ist der Seelentest in Vorscholle beendet worden. Die Forderungen der Streikenden sind von den Arbeitgebern bewilligt worden.

Wiktoria, Eisenwerk Am Dienstag, 18. August, nachmittags 4 Uhr, bei Haupt- Eisenwerk, Sonnenbühl-Wege 88, Versammlung aller S. P. D. Arbeiter und Angehöriger. 1. Die letzten Verhandlungen im Reichsbahn-Verkehr. 2. Tagesordnung. 3. Tagesordnung. 4. Tagesordnung. 5. Tagesordnung. 6. Tagesordnung. 7. Tagesordnung. 8. Tagesordnung. 9. Tagesordnung. 10. Tagesordnung. 11. Tagesordnung. 12. Tagesordnung. 13. Tagesordnung. 14. Tagesordnung. 15. Tagesordnung. 16. Tagesordnung. 17. Tagesordnung. 18. Tagesordnung. 19. Tagesordnung. 20. Tagesordnung. 21. Tagesordnung. 22. Tagesordnung. 23. Tagesordnung. 24. Tagesordnung. 25. Tagesordnung. 26. Tagesordnung. 27. Tagesordnung. 28. Tagesordnung. 29. Tagesordnung. 30. Tagesordnung. 31. Tagesordnung. 32. Tagesordnung. 33. Tagesordnung. 34. Tagesordnung. 35. Tagesordnung. 36. Tagesordnung. 37. Tagesordnung. 38. Tagesordnung. 39. Tagesordnung. 40. Tagesordnung. 41. Tagesordnung. 42. Tagesordnung. 43. Tagesordnung. 44. Tagesordnung. 45. Tagesordnung. 46. Tagesordnung. 47. Tagesordnung. 48. Tagesordnung. 49. Tagesordnung. 50. Tagesordnung. 51. Tagesordnung. 52. Tagesordnung. 53. Tagesordnung. 54. Tagesordnung. 55. Tagesordnung. 56. Tagesordnung. 57. Tagesordnung. 58. Tagesordnung. 59. Tagesordnung. 60. Tagesordnung. 61. Tagesordnung. 62. Tagesordnung. 63. Tagesordnung. 64. Tagesordnung. 65. Tagesordnung. 66. Tagesordnung. 67. Tagesordnung. 68. Tagesordnung. 69. Tagesordnung. 70. Tagesordnung. 71. Tagesordnung. 72. Tagesordnung. 73. Tagesordnung. 74. Tagesordnung. 75. Tagesordnung. 76. Tagesordnung. 77. Tagesordnung. 78. Tagesordnung. 79. Tagesordnung. 80. Tagesordnung. 81. Tagesordnung. 82. Tagesordnung. 83. Tagesordnung. 84. Tagesordnung. 85. Tagesordnung. 86. Tagesordnung. 87. Tagesordnung. 88. Tagesordnung. 89. Tagesordnung. 90. Tagesordnung. 91. Tagesordnung. 92. Tagesordnung. 93. Tagesordnung. 94. Tagesordnung. 95. Tagesordnung. 96. Tagesordnung. 97. Tagesordnung. 98. Tagesordnung. 99. Tagesordnung. 100. Tagesordnung.

Verleger und Buchhändler. Rostau, Montag, 14. Uhr, Andreas-Str. 21, Versammlung aller in der Industrie Beschäftigten. Stellungnahme zur Räumung des Lohnkommissars. Brandangelegenheiten und Beschwerden.

Deutscher Fellebenerarbeiterverband. Berlin, Sebastianstr. 37/38, Mittwoch, Versammlung für die Herrenfunktionäre. Montag, 7 Uhr, Arbeitslosengeld, Landwehrstr. 31. Bericht von der Verhandlung mit den Arbeitgebern. Diskussion, Beschlüsse. Nur Mitglieder haben Zutritt! Mitgliedsausweis legitimiert. Die 29. Tagesordnung muß beachtet sein!

Betriebsvereinsleitung der Firma Feld & Franke am Montag nachmittags 3 Uhr im Steuerhaus, Landwehrstr. 31. 5 Minuten vom Bahnhof. Alle Kollegen, die vor dem Streik bei Feld u. Franke beschäftigt waren, müssen erscheinen. Die Betriebsleitung um 1 Uhr bei Feld. Der Ortsrat, Montag, 18. August, nachmittags 3 Uhr, bei Kocher, Hebrich, 17. großer Saal. Unsere Verhandlungen.

Koch & Seeland

Stoffe

sind die besten

für Herren- und Damen-Bekleidung.

Anzugstoffe Meter | Damenstoffe Meter
aparte Streifen 15,— | neue Moden 10,—

Gertraudenstr. 20-21
gegenüber der Petri-Kirche



Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig im Alleindepot
Zions-Apotheke Hombörsch, Zentral-Office
Berlin N. 31, Anhalter Straße 39/40,
an der Ecke Büchsenstr., 3 Min. v. Rosenthal Tor.
Tel. Amt Humboldt 1023. **Adler-Apotheke**
(Paul und W. Sadée), Berlin-Friedrichs, Kneipstr. 10.
Tel.: Rheingau 1099. **Friedrich-Wilhelm-
Apotheke.** Apotheker Georg Seelenbinder,
Carlottenburg 2, Leibnizstraße 106, Telefon 121.
Schwärzer-Apotheke. Apotheker Max Fiedel,
Berlin W. 8, Friedrichstr. 173. **Reedo's Apotheke.**
Berlin O., Quabener Str. 33, Ecke W. Schauer Str.
9 Min. entf. v. Stadl. Hochbahnlat. Warschauerbrücke.
Das große Pfarrer Heumann-Buch

300 Seiten, 600 Abbildungen) erhält jeder Leser, der seine Adresse einschickt, von der Firma
Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 45 gratis und franco zugesandt. Postkarte genügt

Zur Aufklärung!

Riesenumsatz und Riesennäher sind die Grundlage unserer anerkannten Leistungsfähigkeit. Sie finden für jeden Fuss, für jeden Geschmack und auch für jeden Geldbeutel das Richtige. Eine natürliche Folge der grossen Auswahl ist es, dass sich während des ganzen Jahres grosse Mengen von

Rest- und Einzelpaaren

ansammeln. Diese — also absolut einwandfreie Ware — haben wir zum Teil bis herabgesetzt. Die Auswahl in Damen-, Herren- und Kinderschuh, Sport-, Leinen- und Hausschuhen, Sandalen sowie Modellpaaren in Luxusausführung aus unserer eigenen Fabrik ist enorm. Unser Personal ist angewiesen, Ihnen in zuvorkommendster Weise ohne Kaufzwang alles zu zeigen, was wir bieten. Wir sind überzeugt, dass unsere gesamte Kundschaft von diesem hervorragend günstigen Angebot weitestgehend Gebrauch macht.

Leiser

Besichtigen Sie unbedingt unsere Schaufenster!

Früher Morgenstunde

Kinder-Strickwästen reine Wolle, in vielen Farben, Gr. 1	3.—	Knabenhemden angestaubt, Gr. 50 jede weitere Gr. 0,05	0.40
Strickwesten für Herren u. Damen, reine Wolle, in schönst. Farben Maßstab	3.95	Mädchenhemden angestaubt, Gr. 50	0.40
Strandjacken reine Wolle, in schönst. Maßstab	3.50	Herrensocken Verstärkte Spitzen u. Fersen schöne moderne Farben	0.45
Ueberziehhosen pissa Wolle, in vielen Farben	2.50	Stutzen für Herren	0.75
Lange Damen-Strickjacken viele schön. Farben	7.90	Herren-Hüte Wolltüll, in modernst. Farben und Formen	2.50
Damen-Unterhemden gestrickt, mit langen Ärmeln	1.—	Stephüte in vielen Mustern 0.50	0.30
Männerhemden gestreiftes Barthaar aus ungebleichtem Nessel	1.75	Herren-Mützen	0.95
Männer-Unterhosen aus ungebleichtem Nessel, sehr haltbar	1.45	Damen-Strümpfe schwarz, leichtes Gewebe	0.45
Herren-Taghemden aus Händel- tuch	2.60	Frauen-Strümpfe schwarz, deutsch lang	0.65
Herren-Nachthemden mit bunten Besätzen, Gestalt-Form	3.70	Gestreifte Waschtücher für Blusen und runden geignet	0.65
Netzhaken gute Qualität, vorzügliche Verarbeitung	0.90	Kostümstoffe , 140 cm breit	1.40
Jünglings-Unterhosen aus kräftigen haltbaren Stoffen	1.—	Hemdentücher , gute Qualität	0.70
Monteur-Jacken od. -Hosen mit kleinen Abzügen, in kleiner Größen	1.75	Herrn-Hosen aus Dokastoffen	3.75
		Breeches aus Homespun	4.80
		Knaben-Waschanzüge Gr. 0-5, durchweg	2.90
		Damensportmäntel , bis Gr. 44	5.50

Damen-Pelzschals, ca. 200/40 aus Sealektrik oder Biberstücken, sehr elegant gefüttert **24.—**

Manchester-Sport-Anzüge

Für Knaben Gr. 7/9 Jackett ganz gefüttert, Breeches in verschied. Farben	19.50
Für Jünglinge Gr. 10/12 Jackett ganz gefüttert, Breeches in versch. Farben	20.50
Für Herren Gr. 38/43 Jackett ganz gefüttert, Breeches in versch. Farben	22.50
Für Herren Gr. 44/54 Jackett ganz gefüttert, Breeches in versch. Farben	24.50

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29-30

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Bekanntmachung

betrifft die Wahlen der Vertreter und Erghmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Auf Grund des § 27 der Kassenordnung sind für die Wahlzeit 1925/26 die Vertreter und Erghmänner zum Ausschuss zu wählen, und zwar:

30 Arbeitgebervertreter und 60 Erghmänner,
30 Berufsvorstandvertreter und 120 Erghmänner.

Die Wahl für die Berufsvorstandvertreter findet am Montag, den 28. September 1925, von 12-7 Uhr im Lokal von Röh. Normannstr. 38, statt.

Die Wahl der Arbeitgebervertreter findet in demselben Lokal am Dienstag, den 29. September 1925, von 2-3 Uhr statt.

Die Wahl ist geheim und wird durch den Vorstand geleitet. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach Höhe der Wahlordnung. Das Wahlrecht ist in Berlin ansässigen (über 21 Jahre alten) Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes, welche bei der Ortskrankenkasse Lichtenberg versichert sind.

Die Wähler können die Arbeitgeber- und Mitgliedervertreter während der Kassenstunden von 8-1 Uhr im Kassenlokal einsehen. Einfordern gegen die Richtigkeit dieser Beschlüsse sind bei Beibehaltung des Ausschlusses spätestens bis zum 30. August 1925 unter Beifügung der Beschlüsse bei dem Vorstand des A. O. K. einzureichen.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlberechtigten aufzufinden und beim unterzeichneten Vorstand spätestens bis zum 30. August 1925 einzureichen.

Die Stimmbüchse ist an diese Wahlortoffene gebunden. Die Wahlortoffene müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen 30 Stimmen unterschrieben sein.

Die angelegenen Wahlortoffene werden 2 Wochen vor dem Wahltag im Kassenlokal während der Dienststunden von 8-1 Uhr zur Einsicht ausliegen.

Der Stimmzettel enthält die Namen derjenigen Bewerber, welchen der Wähler seine Stimme geben will. Er darf höchstens dreimal soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. An Stelle der Aufzählung der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlortoffenes.

Der Wahlschluss ist befristet, die Wahl- und Stimmrechtzeit eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Jeder Wahlberechtigter hat sich vorher mit einer Identifizierung zu versehen. Es ist dies für die Arbeitgeber die letzte fällige Krankentage-Beitragszahlung bzw. der Beitragsabschluss für die Versicherten eine Bescheinigung des Arbeitgebers, daß der betreffende Versicherte am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht, für freimittliche Mitglieder der letzte Zahlungsschein.

Die Stimmzettel müssen 10 mal 8 Zentimeter groß sein, von weicher Farbe sein.

Im Übrigen gelten für die Wahl die entsprechenden Bestimmungen der Satzung und der Wahlordnung.

Berlin-Lichtenberg, 13. August 1925.
D. Seifert, Vorstand.
G. Sabbe, Schriftführer.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Ich liefere als Selbsthersteller



Trauringe

zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Ständig ca. 3000 St. auf Lager =

Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauerstraße 12

Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen

Versand direkt an Privats
Stahlwarenfabrik und Versandhaus



Unvergleichlich für jede Familie ist die Haar- und Bartschneidemaschine „Habsicht“ No. 3425

mit 2 Ausziehblättern. Jedermann ist im Stande, mit derselben ohne vorherige Übung d. Haar sofort tadellos zu schneiden. 3 Haarlängen schneidend, ohne Kamm 1 mm, mit einem dünnen 4 mm und mit einem dicken Kamm 7 mm, prima vernickelt und poliert, mit Innenfeder. Ganze Länge der Maschine 15 cm, Breite der Schnittfläche 4 1/2 cm. Gebrauchsanw. wird beigelegt. Per Stück nur 3.15 franko.

Nr. 25 Rasiermesser, Ia. Qualität, 16 cm lang und 1 1/2 cm breit, ganz hohl geschliffen, schwarz poliertes Heft in Elul. 5 Jahre Garantie. Per Stück nur Mk. 2.30 franko. Sicherheitsrasiermesser für Ungelübte, für jedes Messer passend, per Stück Mk. 1.50.

Versand unter Nachnahme od. gegen vorherige Einzahlung des Betrages

Postscheckkonto: No. 101 98 Köln. Katalog, welcher ca. 500 Gegenstände aller Warengruppen in größter Auswahl enthält, gratis und portofrei. Qualitätswaren wie im Frieden. FABRIK-MARKE Garantie-Schein. Nicht gefahrene Waren tauschen wir bereitwillig um oder zahlen den Betrag zurück.

Fahrräder Teilzahlung ZETTHA

Oranienburger Str. 65, Räder werden bei Anzahlung mitgegeben. Von der Reise zurück Dentist Walter Riech Augsburger Straße 74.

Verkauf von Südfrüchten direkt an den Verbraucher!

Wir suchen ab September b. J. für unsere zahlreichen Verkaufsstellen in allen Gegenden Groß-Berlins unter günstigen Bedingungen tüchtige, geeignete Verkäufer (Solide Straßenhändler, erhält den Vorkauf) Bruno Storch, Bln.-Köpenick, Spreestr. 2 Fernrufnummer: Köpenick 445/446



Rufrolen Sie?

Wollen Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut nicht nur bepflegen, sondern beseitigen, so kaufen Sie keine veralteten Mittel, keine minderwertigen Nachahmungen, sondern das echte Kufrol-Hühneraugen-Pflaster (Schachtel 75 Pfg.). Und wenn Sie nicht nur Ihre Hühneraugen und Hornhaut entfernen, sondern auch Breunen und Wundbläusen verhindern wollen, so baden Sie Ihre Füße in Kufrol-Fußbad (Vorbereitung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.), und benutzen Sie im Anschluß daran den Kufrol-Streupuder (Dose 1 Mk.). Am zweckmäßigsten nehmen Sie aber die Kufrol-Kurpackung, die alle drei Präparate enthält und nur 2 Mark kostet, denn Sie sparen dabei 25 Pfg.

Fußpflege tut not!

Wenn jeder Schritt unangenehme Empfindungen verursacht, wenn die Füße vorzeitig ermüden, so bekommt nicht nur die ganze Haltung, sondern auch das ganze Tun und Lassen etwas Müdes, Schlasses. Sie merken es deutlich und mit Schaudern, wenn jemand aus dem Munde rief. Der Betroffene selbst aber merkt es nicht. Genau dasselbe ist es bei Fußschweiß. Wer daran leidet, fühlt es zwar, aber riecht es nicht. Die anderen dagegen fühlen es zwar nicht, aber sie riechen es. Und wie! Kein anderer Körperpart wird so vernachlässigt, wie die Füße. In undurchlässiges Leder eingewöhnt, von der Luft abgeschlossen, mit schmerzenden Hühneraugen behaftet, müssen sie vorzeitig dienstuntauglich werden. Aber die Einsicht gewinnt Boden, und was viele Tausende Ärzte mit ihren gutgemeinten Belehrungen nicht erreicht haben, das erreichen wir durch unsere guten und bequem anzuwendenden Kufrol-Präparate.

Millionen kufrolen schon!

Millionen werden folgen, sobald sie den ersten Versuch gemacht haben, denn Fußpflege mit Kufrol ist eine Wohltat nicht nur für die Füße, sondern für den ganzen Menschen. Daher die große Beliebtheit der Kufrol-Präparate bei Sportleuten, Touristen, Militärs, wie überhaupt bei Allen, die Wert auf leistungsfähige Füße legen müssen. Sie bekommen die echten Kufrol-Präparate in allen Apotheken und Drogerien. Sind sie in einer auerkauf, dann hat sie sicher die nächste. Die Kufrol-Präparate sind die am meisten gekauften Fußpflege-Präparate. Zahlreiche Ärzte empfehlen und verordnen diese. Verlangen Sie von uns ausführliche Literatur über Kufrol-Fußpflege. Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei.

Kufrol-Fabrik Axel Krüger, Groß-Salze bei Wangenbürg
Verwaltungsgebäude: Reibbahnstraße. Fabrik: Kufrolstraße.
Verkaufsbüro: Berlin W 62, Kleiststraße 23, I. Telefon: Stephan 5471.

Krause-Pianos zur Miete
Ausbacher Str. 1, 1. Hofkammerstraße

Quintus-Robert u. Bekannmarken
Spezialität
Konrad Müller
Schwerdtstraße 10, Solingen

Sie brauchen einen neuen Anzug!
Mantel, Kostüm, Kleid, Ullster, Paletot, Schlüpfer, Regenmantel!
Wie? Das Geld reicht nicht? Besuchen Sie uns! Wir geben Ihnen langfrist. Kredit bei klein. Teilzahlung, u. gering. Anzahl. Sofortige Auszahlung d. Gegenstandes.
Der feinsten Maßarbeit ebenbürtig!
Alles auf Teilzahlung ohne Aufschlag!
Weiser, nur Leipziger Str. 82
Wer weise wählt, wählt Weiser!

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 80 Mk.
Küche Hermine 85 135 Mk.
Riesenausw. roher, lackiert, lasiert. Küchen u. einzelner Schränke jetzt enorm billig.
Kleiderschränke 90 cm 120 cm
roh 48 M. 50 M.
weiß 55 M. 70 M.
Ausstellung westfälischer Küchen von 175-700 M. frei Haus Berlin.
Küchenmöbel-Fabrik
Joseph Himmel
Norden 10822
Lothringer Straße 23 (Schönhauser Tor)

Für Sommerfeste!
Lampions, Feuerwerk, Stocklaternen, Fackeln, Kopfbedeckungen für Damen und Herren, Artikel für Kinderfeste, Festabzeichen
Tombola-Gewinne, -Lose, -Nieten
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Pohl & Weber Nchl.
Spittelmarkt 4-5, L.
Verlangen Sie Sommerpreislise Nr. 21!

Offo Jacobi
lage ich allen Herren, Freunden, Bekannten, den Redigern der Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, dem Gesangsverein der Kolonie Helldorf und den Herren Rauter, Friedberg, Straße 120/121 meinen herzlichsten Dank.
Frau Marika Jacobi
geb. Kubicka.

Dankagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme anlässlich d. Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Julius Großkreutz
speziell wir herzlich unseren aufrichtigen und treuen Dank aus.
Frau Emma Großkreutz mit Kindern.

Wer den echten
Kapitän-Kautabak
auch nur einmal versucht hat, wird ihn nicht mehr entbehren wollen. Der Kapitän hat einen eigenartigen feinen Geschmack, ist nachlässiger Art aus reinem Kentucky hergestellt. Verkaufsstellen überall; werden auch nachgewiesen durch den Generalvertreter **C. Röcker**, Berlin, Liebenberger Str. 22. (Königst. 3861)



Die unerreichte Qualität
das ist das Geheimnis des großen Erfolges, den Persil hat, und ihm allein verdankt es seine gewaltige Verbreitung! Gewiß, Sie bekommen häufig etwas angeboten, das „ebenso gut“ oder gar „besser als Persil“ sein soll. Lassen Sie sich nicht beirren: Persil ist das vollkommenste Waschmittel, das sich denken läßt; es gibt nichts besseres!
Henko, Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda des Eiswaschmittels.
Unüberflößen für Wäsche und Hausputz!

Ich will es wagen!

Von Heinrich Versch.

Mein Vater und seine Ahnen
waren Schmiede und Knechte von altersher
mit wilden, unwissenden Augen, von allen Qualen schwer.
Im Schmiedfeuerlicht schlangen sie die Hämmer gleich Fahnen
der Kraft, zu wehren dem Hunger. Und die Söhne folgten in
gleichen Bahnen,
sind Schmiede und Knechte wie sie. Doch nach Freiheit stamm
unser Begehrt.
Wir schleppen die tausendjahr Schmiedwerk wie eine Kette
hinter uns her
Und vor uns wie tausend Jahre bösslicher Knechtschaft ahnen ...
O mein Junger, mein Sohn, mein lichtscheles Kind!
fühlender Bube aus freudequellendem Liebeshoh,
O solltest du die Ketten deines Geschlechts in das neue Jahr-
tausend tragen?
Den Hammer her! Ich schlag' auf die Ketten, bis sie zer-
schlagen sind!
Der blutigen Knöcheln lach ich, lache der Wunden bloß,
die selbst ich mit schlage. Mensch, hör' mich schrei'n:
Ich will es wagen!

Das Storchnest.

Von Hans Blind - Oldemaren.

Ja, das war nun so, Jakob Huje war heimgekehrt, mit dem
Studieren war's nichts geworden. Die Pächtersteuer, die nun seit
undenkbaren Zeiten in seinem alten Hof sahen, waren in großer
Not. Denn Jakob Huje gehörte das Land, das hatte sein Vater
einmal so festgemacht. Und Jakob Huje schien nicht daran zu denken,
wieder abzugeben.

Rein, der lange Student machte sich richtig breit auf dem kleinen
Hof. Er hielt Rite Lovoren — Lovoren hießen die Pächtersteuer —
schon am ersten Tage eine Stunde mit seinem Berede auf, und das
arme Ding magte doch nicht wegzulaufen, weil Jakob Huje der Hof
doch zu eigen war. Sie hatte auch keine Ausreden, warum sie
weglaufen sollte, sie hätte sich im Gegenteil noch lange mit ihm unter-
halten können, so viel hatten sie einander zu erzählen.

War nicht nur, daß Jakob Huje die Menschen in ihrer Arbeit
erschreckt, er ärgerte sie auch. Drei Tage mußte er jetzt auf dem Hof
herum, klopperte bald hier, hämmerte bald da oder starrte sogar wie
ein Unvernünftiger in den blauen Himmel hinein. Das kam wohl
danon, daß er so lange studiert hatte. Nichtstun und Schürzenjagen,
was man anders dabei herausgekommen?

Jakob Huje selbst war gar nicht so unruhig zumute, wie andere
es ihm zudachten. Er fand es ganz berechtigt, daß er noch dem
vielen Herumstudieren sich einmal gründlich verprüscherte — so nennt
man das in seinem Land. Just nur steigt er mit einem riesen-
großen alten Wagenrad die Leiter zum Dachstuhl hinauf. — Rein
Gott, was will der Mensch mit dem großen Rad da oben!

Rite macht sich halb neugierig auf dem Hof zu schaffen. Sie
tut, als hätte sie kein Auge für andere, fährt eine ganze Karre
Sand an und wirft alle Wege sonntäglich aus. Ihre flinken Holz-
pantoffeln klappen über die Kopfsteine bis in die große Diele.
Bis zu Ritters brodelnden Tapsen plätscht der weiße Sand hinein,
sein soll's ja aussehen.

Jakob Huje sitzt nun rittlings oben auf dem Dachstuhl. Er
wiegt das Rad aus, stößt es mit ein paar alten Spieren im Stroh
und hat zwei riesige Riegel im Mund, von denen er einen gemächlich
herausnimmt und durch die Radreifen in den First treibt.

Klapp, klapp, laufen die Holzschuhe drüber über den Hof. Brüt-
warm scheint die Sonne drüber vom klaren Himmel. Kein Lüftchen
rührt sich, festig still und schön ist der Tag.

Der Student kneift die Augen ein wenig zu. Gott sei Dank, wie
wird er wieder in die große Stadt fahren müssen, wo er in lein-
reichende Heftigkeit triehen muß, wenn draußen die schönsten
Tage sind und seine riesigen, schweren Fräule nach Arbeit verlangen.
Wie wieder wird er diese Rate verlassen, so lange solch Wetter auf
der Welt sein kann und das Land rundum sich so duftend und
blühend bis in die fernsten Weiten streckt.

Warum sollte er auch wieder fort? Jakob Huje hat die Stadt
mit ihrer Not und mit ihrer Unruhe so unsagbar satt. Er wird



Schiele: „Geld für die Optan-
ten?? — — — Aber ich kann doch
diesem Herrn Severing keine Kon-
turrenz machen.“

Ketter in Ferien.



Schlieben: „Stundung der Lohnsteuer
wegen Krankheit usw. ist selbstverständlich
abzulehnen. Den Industriefonzernen sind
die Steuern nur zu stunden, wenn es sich
um größere Summen handelt.“



Kanitz: „Aber bitte, das Brot
sowohl wie das Fleisch wird doch
durch den Zoll keineswegs schlechter,
mein Herr, nur teurer.“



Stresemann: „Selbstverständ-
lich haben die Deutschnationalen
große außenpolitische Erfolge, Graf
Westarp, der spanische Handelsver-
trag existiert nicht mehr, mit Polen
stehen wir im schönsten Wirtschaftsk-
rieg und wenn sich erst die Zölle
auswirken, gehen wir wieder mal
herrlichen Zeiten entgegen!“



Frenken: „Wie bitte? — Aufwer-
tung — Gerechtigkeit — Amnestie —
Menschlichkeit?? — Ach hängen Sie doch
noch einmal an.“ — „Fräulein, der Herr
ist falsch verbunden. Hier ist doch der
Justizminister.“



Dr. Luther: „Ist da die Zentrale? — Frolein, meine Herren gehen in Ferien. — Falls die Herren
Generaldirektoren oder Dekonomieräte etwas gerettet haben wollen: unsere Adressen stehen zur Verfügung.“

immer hier drauhen bleiben in seinem Selbstgeigenen, bei den
Tieren, dem alten Pächter, und bei Rite auch. Was Gott für einen
bestimmt hat, soll man nicht umkommen lassen, meint Jakob, und
wenn zehnmal der alte Bauer einen Pastor aus ihn hatte machen
wollen.

Jakob Huje beginnt zu schmunzeln. Er hat noch Zeit, sich umzu-
drehen, ehe er den zweiten Nagel hämmert. Er legt sich über den
Giebel und sieht, wie dem Mädchen unten die gelben Locken um
die Ohren flattern. Er sieht ihre dehrenden Schritte und hört die
Stimme, die so warm und hell zur Diele hereinschallt. Ach, Rite,

Marina.

Von Gabriela Preissook.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Berchtold.)
(Schluß.)

Er zog sie an sich und küßte sie leidenschaftlich. „Wie schwer
du atmest“, flüsterte er. „Warte, bis der Zug vorüber ist, dann
werde ich dich auf meinen Armen tragen, wie ein Kind. Glaub'
mir, ich bin imstande, dich bis ans Ende der Welt zu tragen.“ Er
sah sie um und trug sie in das Gärtchen. Dort bei der Laube lieb
er sie zu Boden gleiten und öffnete mit einem Schlüssel die
Laubentüre.

„Ich bin doch zur Zeit gekommen, jetzt muß der Zug gleich
vorbeifahren“, sprach sie ziemlich laut.

„Ich bitte dich, Kindchen, sprich leise, der Vater hat ein feines
Gehör. Ich möchte nicht, daß er mich fragt, mit wem ich hier
redete.“

„Ach was“, entgegnete sie, mit den Zähnen klappernd. „das ist
jetzt schon ganz gleich. Wird der Zug bald kommen? Ich dachte, es
ist an der Zeit.“

„Komme dich nur niederlegen, Marina. — hier ist eine Bank,
auch ein Tischchen war da, das habe ich aber dem Vater ans Bett
gestellt. Sey dich hübsch nieder.“

Sie lehnte sich müde an den Türpfosten und faltete ihre Hände
ineinander.

„Ich möchte mit allem ein Ende machen, mit dir gemeinschaft-
lich“, sprach sie klagend. „Du hast es mir ja gesagt, wie du es
machen willst. Aber ich lasse dich nicht allein, mit dir gemeinsam will
ich mich auf die Schienen legen. Nur meinen Kopf möchte ich an
deine Brust legen, und du mußt mich fest an dich drücken. Du
kannst deinem Vater zum Abschied einen Zettel hinterlassen. Schreibe
ihn gleich und lege ihn in der Stube auf den Tisch. Schreibe ihm,
daß er dir verzeihen und daß man uns zusammen in ein Grab
legen möge. Im Himmel werden wir uns alle wieder begegnen.
Ich weiß, Gott wird uns eher in Gnaden aufnehmen, als wenn
wir hier in der Sünde leben würden.“

Jura blieb wie versteinert stehen. „Was sagst du da, Kindchen“,
entrag es sich endlich seiner Kehle. „Ich will ja nicht sterben, ich
will mit dir hier glücklich leben.“

Er umfaßte krampfhaft das nahe Hledergebüsch, und in der
Faust blieben ihm einige Blüten. Er reichte diese dem jungen Weibe:
„Hier, Marina, wie diese Blüten soll unser Leben froh sein!“

Sie starrte gedankenlos auf die Blumen, dann antwortete sie mit
gepreßter Stimme: „Was für ein Leben sollte hier für uns sein?
Auf deinen Vorschlag kann ich nicht eingehen. Du kennst mich
nicht. Ich habe meinem Raimo Treue bis in den Tod geschworen,
und nur im Tode kann ich die deine sein. An dieser Welt liegt
mir nichts mehr, nimm mich mit dir auf die Schienen. Es wird
ein kurzer, leichter Tod sein. Nicht einmal aufschreiben werde ich,
denn ich habe den Trost, daß wir gemeinsam sterben.“

„Was hast du dir in den Kopf gesetzt“, erwiderte Jura. „so
kindisch kann doch nur ein Weib sprechen. Denk' nicht an ein so
trauriges Ende, gerade auf dieser Welt werden wir jetzt glücklich sein.“

Er wollte sie wieder mit seinen Armen umfassen, aber sie stieß
ihn stürmisch zurück: „So, du willst nicht? Du hast also gelogen,
als du von deiner großen Liebe sprachst?“ sagte sie mit gereizter
Stimme. „Du willst nicht mit mir sterben und im selben Grabe
ruhen, über uns die gepflanzten Blumen und Gottes Barm-
herzigkeit?“

„Rein, Marina, man muß lachen über das, was so ein kleiner
Frauentopf erjunkt. Ich als Mann muß aber Verstand für beide
haben. Du sprichst ja wie im Traum. Ich habe dich aufrichtig lieb,
wie ich noch niemand auf der Welt liebte, und deshalb müssen wir
hier glücklich werden.“

„Aun, da du mich nicht begreifen kannst, werde ich allein auf das
Gleise gehen, damit ich dir ein Beispiel gebe“, sagte düster Marina.

„Oh, du mein Gott, du närrisches Frauenzimmer! Du hast den
Verstand verloren. Jetzt bleibst du ruhig hier in der Laube und
rührst dich nicht. Ich höre schon den Zug kommen, er muß gleich
da sein.“

Marina glitt auf den Boden und umfaßte seine Anie: „Mey
Gottes willen, mein Jura, ich bitte dich, nimm mich mit dir auf die
Schienen!“

„Da du närrisch geworden bist“, sagte er nun mit fester Stimme,
„muß ich handeln.“ Er hob das Weib auf, drängte sie mit ganzer
Kraft in die Laube hinein und verschloß die Türe wieder mit dem
Schlüssel. Man hörte schon deutlich den keuchenden Lastzug herannahen.

Als er am Nachhäuschen vorbeigefahren war, dachte Jura
bange: „Mein Lebtag habe ich eine solche Rede von einem Weibe
nicht gehört. Was das für Einfälle sind. Ich muß sie zu beruhigen
suchen, wie ein unvernünftiges Kind. Der Mond ist aus den Wolken
getrocknet, vielleicht wird Marina jetzt ruhiger sein. Seltsam ist sie,
aber um so mehr gefällt sie mir.“

Er öffnete die Tür zur Laube und begann sanft zu sprechen:
„Sieh, Marina, der Mond steht am Himmel, schau mich freundlicher
an, mein Kindchen.“

Aber Marina sprang vom Boden in der Ecke der Laube auf,
wo sie zusammengesunken gesessen hatte. Schloß sie rasch wie ein
Weib aus der Türe und entfloh.

Er begann ihr nachzulaufen, sie aber war schneller, entkam ihm
und verschwand schließlich in der Tür ihres Hauses.

Er blieb bestürzt vor dem Hause stehen. Durch das verhängte
Fenster konnte er sehen, wie Marina das Tuch vom Kopfe riß und
die Jacke abstreifte, nachdem sie die Kerze angezündet hatte. Dann
nahm sie aus dem Buche, das auf dem Tische lag, einen Zettel,
zündete ihn an der Kerze an und warf ihn in den Ofen. Sie wen-
dete sich dann wieder, den Kopf in beide Hände pressend, zum Tische
und löschte das Licht. Tiefes Dunkel herrschte ringsherum und eine
unendliche Stille. Nur Juras Herz hämmerte zum Bersten. Eine
Krage näherte sich ihm, dann aber, vor seiner Gestalt erschreckend,
stach sie eilig davon.

„Aun, daß hier kein Wächter ist, da könnte man noch als
Dieb gefaßt werden“, dachte Jura, zur Vernunft kommend.

„Wie die Wolken weiß am Himmel ziehen! Schade um diese
wunderhübsche Nacht, schade um das unvernünftige Weib, schade —
hundertmal schade.“

Und er biß sich auf die trockene gemordene Unterlippe und be-
deckte mit der Hand seine Augen, gerade, wie er es als Kind machte,
wenn er von einem stärkeren Kameraden überwältigt und zu Boden
geworfen wurde.

wüßtest du, was du für ein Prachtstück bist! Aber es ist ja, als müßte sie es. Jakob Huje sieht ganz deutlich, wie es und zu ein linker Blick nach oben streift. Was sag' ich, ab und zu? Der Blick fliegt alle Augenblicke nach oben, was soll das arme Ding auch sonst in seiner Reugier tun? Wo doch kein Mensch weiß, was der verrückte Student oben auf dem Giebel herumhämmer.

Jakob Huje aber sieht zum andermal Nikes gelben Schopf. Gerade von oben sieht er ihn, und die Schultern auch, — ja, die ganze Deern. Er muß sich ordentlich über den Giebel beugen, doch Vergnügen hat er daran, dem Mädchen zuzusehen. Dieser lange Fingel möchte singen vor Vergnügen über die neue Freiheit, und er kommt auch hell in sich hinein, alles Mögliche durcheinander. Wie wieder wird er von seinem Hof heruntergehen, nein, nie!

Die Fruchtbarkeit der Felder duftet zu ihm hinauf. Der starke Dunst der feimenden Sommererde, die Nähe der reisenden Ketter, die Fülle des Lebens in Tier und Bruch und überall.

Er denkt an die kleine Telephonistin, mit der er sich mitunter in der Stadt traf, es war schließlich eine Art Freundschaft geworden. Ihm graut hier draußen, wenn er an ihre schmalen, immer etwas überlegenen lächelnden Lippen denkt, an die Arme, die sich allzu schämt um seinen Hals legten. Wahrhaftig, den Burschen fröstelt auf einmal inmitten dieser starken Erde.

Jakob Huje hat sich umgedreht und hämmert den zweiten Nagel mit ein paar Schlägen ins Holz, so gewaltig, als müßte er sich der neuen Umwelt würdig weisen. Wenn er jetzt noch ein paar Stöcke außerüber holte, kann hier sein Nest bauen, wer will. Kröhen oder Raben werden nicht über ihn kommen.

„Was machst du da eigentlich?“
Das klingt so heftig und entschleden, der Bursche muß wohl darauf antworten. Schmunzelnd legt er sich wieder über und legt den Hals just ins Giebelort zwischen die beiden Pferdelöpfe.

Nike hat sich unten herausfordernd aufgestellt, sie ist sehr erhoht, daß man ihrer Reugier nicht längst Genüge tat. Richtig zornig ist sie im Gesicht, sie weiß ja gar nicht, wie gut es ihr steht unter dem gelben Stirnbuch. „Was lachst du noch, dumme Kerl?“ hat ihr gesehen, jetzt stampft sie mit dem Fuß, aber so sind die Weibskinder, wenn sie ihre Reugier nicht bändigen können.

„Ein Weibskind, Nike, willst' mal raufkommen?“

„Was soll das nun bloß heißen?“

„Ja, das weiß ich nicht, da sollen wohl zwei Weibare drin wohnen.“

„So!“

„Ja, das ist doch besser, als daß sie allein in der Welt herumfliegen.“

Zwei, drei Schaufeln Sand fliegen wieder den Weg bis zum Garten hinüber, wo der Buchsbaumrand um den großen Klatschmohn steht.

„Wißt dir's nicht mal anzudeuten, Nike?“

Die stützt sich allfällig auf die Schaufel. „Da geht nur das Dachstroh von entzwei, Jakob, und man wird die Spagen nicht wieder los.“

„Oh, Nike, so'n Unsinn!“

„Warum müssen die denn just hierher kommen?“ Da schweigt der Lange und hält den Kopf schief nach rechts und schief nach links und schmunzelt und antwortet immer noch nicht, bis das Mädchen duntelrot wird und aufs Haus läuft.

„Warum die just hierher sollen? Ja, da hab' ich rein noch gar nicht drüber nachgedacht, Nike.“

Kyoto.

(Sonderbericht des „Vorwärts“.)

Von Richard Huelsenbeck.

Kyoto ist die alte Hauptstadt Japans. Man kann sie von Osaka in fünfviertel Stunde mit der elektrischen Schnellbahn erreichen.

Kyoto ist das Zentrum der alten japanischen Kultur und Kunst. Wenn man nach den halbeuropaisierten Hofenstädten etwas „echt Japanisches“ sehen will, muß man nach Kyoto fahren.

Die Fahrt ist sehr reizvoll. Eine wechselnde Fluß- und Berglandschaft von typisch japanischer Bildung. Die Berge sind kahl, dunkel, von zerklüfteter Form. Überall wächst die charakteristische japanische Kiefer, die man auch in Europa auf allen japanischen Bildern und Kunstgegenständen sehen kann.

Es gibt Leute, die Sehenswürdigkeiten tausendmal wertvoller finden, wenn sie sehr alt sind. Hier in Kyoto würden diese Herrschaften außer sich vor Entzücken sein, denn in Japan gab es schon eine hohe Kultur, als wir in Deutschland noch auf der Auerhahnjagd waren.

Hundert Jahre vor Christi Geburt sahen die Herrscher dieses felsigen Volkes schon in ihren Palästen, die nach Bränden und Zerstörungen immer wieder erstanden.

Ich bin kein Kunsthistoriker und kann nicht gut sagen, worin das ungemein Eindrucksvolle dieser Palastbauten besteht. Vielleicht ist es gerade die große Einfachheit. Sie sind von hohen Mauern umgeben. Man kommt in Höfe und wieder in Höfe. Man steht vor riesigen fensterlosen Mauern, die wie die Wand einer Scheune anmuten, im Schatten der doppelt geschwungenen Dächer. Springende Bronzelöwen flankieren die kahlen Wege.

Ran ist am Ende froh, wenn man wieder draußen ist und in seiner Ritscha sitzt.

Wie oft sind von hier Dekrete zur blutigen Abschichtung der weißen Fremdlinge ergangen, die sich unerwünschterweise immer wieder im Lande festzusetzen suchten.

Heute radebrechen die Portiers der japanischen Kaiserhöfe englisch und die jüngste amerikanische Miß kann gefahrlos durchwandern, was ihr der Führer als „greatest sensation“ anzeigt. Und doch — etwas Unheimliches ist diesen Dingen und Menschen anbleiben. Etwas Undurchdringliches, von keiner Zivilisation Auflösbares.

Das ist das Interessante, das Asiatische an Kyoto und seinen alten Kunstwerken.

Ich möchte die Leute, die Berlin mit protestantischen Backsteinkirchen verfeucht haben, einmal solonnenweise in den Chion-in-Tempel in Kyoto führen. Sie müßten, wenn sie anständigen und einsichtigen Charakters wären, ihre jämmerliche, kulturlose, störrische Kleinheit erschüttert eingestehen.

Ein buddhistisches Kloster liegt auf einem Berg. Inmitten einer herrlichen landschaftlichen Umgebung. Man geht durch ein Tor mit dem typischen doppelten Dach und vielfach geschnitztem schweren Gebälk. Man steigt eine feierliche Treppe hinauf. Zur Rechten steht eine Kwannon aus Bronze, mit undurchdringlichem Gesicht. Man kommt auf einen riesigen Platz, auf dem zahlreiche Gebäude stehen. Auf den Treppentufen liegen die Gläubigen und beten. Mütter, die ihre Kinder in ihrem Kimono auf dem Rücken tragen, fallen fromm die Hände. Ein Kuli mit einem breiten Stoffhut kniet einjam im Schmutz und ist tief in sich versunken.

Da gibt es in dem Ho-Koji-Tempel den Daibutsu, das ist eine Kolossalbüste des Buddha aus vergoldetem Holz. Eigentümlich ist es nur ein riesiger Kopf mit starr blickenden emallierten Augen.

Für Amerikaner und solche, die es werden wollen, sei bemerkt,

daß der Daibutsu eine Höhe von 25 Meter hat. Man kommt fast recht klein vor in Gegenwart dieser Kolossalgöttheit.

Vor dem Daibutsu steht ein künstlicher Lotus von Mannesgröße. Daneben ist ein Gebetpult, an dem man seine Andacht verrichten kann.

Unter besonderem Dach hängt eine Glocke aus Erz, so groß wie eine Lokomotive, graugrün und alt. Sie hat einen großen Teil der Geschichte Kyotos mitgemacht. Sie läutete vor einigen hundert Jahren den Untergang der mächtigen Familie Logotomi, wie die vermachene Inschrift auf ihrem Rücken verkünden soll.

Wir glatten Europäer wissen nichts mehr von der Familie Logotomi, die vielleicht soviet Macht besaß wie die Medici der Renaissance. Aber ihre Vernichtung wird nicht harmlos gewesen sein. Da ist viel Blut geflossen und es gab viel asiatische Grausamkeit.

Aus der Geschichte der Uhren.

Wenn wir heute eine Sonnenuhr oder Sanduhr betrachten, so können wir uns kaum noch vorstellen, wie man mit diesen Uhren früher die Zeit bestimmen und sich danach richten konnte. In den ältesten Zeiten war die Sonne der einzige Zeitmesser. Im Tempel zu Jerusalem ließ Ahas bereits im Jahre 742 v. Chr. einen Sonnenzeiger aufrichten, doch ist die Beschreibung, die das zweite Buch der Könige davon gibt, so unklar, daß man sich kein Bild davon machen kann. Bei den römischen Gerichtsverfahren hat man sich besonders der Wasseruhr bedient. Dabei hatte, wie Cicero berichtet, ein Beamter die Zeit zu kontrollieren, die den einzelnen Prozeßparteien in den Verhandlungen zur Verfügung stand. Die Parteien, denen es an der Verlängerung der ihnen gewährten Zeit lag, haben vielfach die Beamten bestochen, entweder die Öffnung, durch die das Wasser lief, zu verstopfen oder das Wasser durch irgendein Mittel dickflüssiger zu machen, damit es langsamer lief. Die Wasseruhren bestanden ursprünglich aus einem tönernen Gefäß, das an der Unterseite eine Öffnung hatte, durch die das Wasser hineinlief. Einzelne Striche, die an dem Gefäß angebracht waren, bezeichneten die Zeitspannen. In Ägypten wurde freilich schon im Jahre 94 v. Chr. eine Wasseruhr hergestellt, die durch ein Räderwerk getrieben wurde und Monate, Tage und Stunden anzeigte konnte.

Erst der Papst Sixtus II. erfand im Jahre 990 n. Chr. eine Uhr, die durch ein Gewicht in Bewegung gesetzt wurde. Zugleich erfand er auch die Hemmung, durch die der ungleichmäßige Ablauf des Gewichtes gehindert und der regelmäßige Gang der Uhr herbeigeführt wurde. Die heute bei den Wanduhren gebräuchlichen Schlagwerke sind bereits um das Jahr 1120 nachweisbar, denn die Ordensregel der Zisterziensermönche aus diesem Jahre schreibt vor, daß der Sakristan des Klosters dafür zu sorgen habe, daß die Uhr zur Frühmesse schlage und wecke. Seit dem 14. Jahrhundert tauchen dann immer kompliziertere Uhrwerke auf, die zum Teil mit künstlichen Glockenpielen verbunden sind. Prag, Viena, München, Straßburg, Paris, Neß, Dijon, Lund in Schweden und viele andere Städte besaßen solche Uhren, doch hatten sie meist keine lange Lebensdauer, weil man damals noch keine feineren Räder herstellen und später nicht die Kosten für eine Verbesserung aufbringen konnte. Manche dieser Uhren hatten sehr kunstreiche Figurenspiele, wie die Uhr des Münchener Rathauses, der große Trunk in Ratenburg a. T., die Uhr der Sebaldstirche in Nürnberg u. a.

Die eigentliche Taschenuhr ist bekanntlich die Erfindung des Nürnberger Peter Henlein. Von ihm heißt es in einem zeitgenössischen Bericht: „Aus Eisen machte er kleine Räderuhren, die in jeder Lage die Stunde zeigten und schlugen, selbst dann, wenn man sie in den Busen oder in die Tasche steckte.“ Wie so viele Erfinder hat auch Peter Henlein nicht das Glück gehabt, den Erfolg seiner „Nürnberger Eierlein“ selbst noch ganz genießen zu können, denn eine böse Erkrankung riß ihn schon bald, nachdem er seine Erfindung gemacht hatte, aus dem Leben.

D. R. Müller.

Unsere

Herbstneuheiten

sind zum Teil bereits eingetroffen!

Kleiderstoffe

Mengenabgabe vorbehalten!

Seidenstoffe

Schotten ca. 100 cm breit, aparte Stellungen Meter 1⁹⁵	Flausch für Mäntel, ca. 120 cm breit, solide Farben Meter 4⁹⁰	Damassé ca. 90 cm breit, für Palet- und Jackettmäntel Meter 3²⁵	Ramagé doppelbreit, in Halbfarben Meter 13⁹⁰
Popeline reine Wolle, Doppelbreit, diverse Farben Meter 2⁹⁵	Eolienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, grosses Farbensortiment Meter 5²⁵	Ottomane Kunstst., in hellen Farben, 1. Gesellschaftskleider, Meter 3⁹⁰	Crépe de Chine doppelbreit, einfarbig gemastert, Meter 15⁹⁰
Kammgarnstreifen rein Wolle mod. Dess. Meter 3⁶⁰	Crépe marocain Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, mod. Farb., Meter 5⁹⁰	Kleiderseide schwarz, doppelbreit, Meter 5⁹⁰	Crépe marocain einfarbig gemastert, Wolle mit Seide, doppelbreit, Meter 15⁹⁰
Crépe reine Wolle, ca. 100 cm breit, in vielen Farben Meter 3⁹⁰	Velourschotten reine Wolle, ca. 130 cm breit, Meter 6⁵⁰	Crépe Georgette ca. 90 cm br. reine Wolle, in grosser Farbauswahl, Meter 8⁵⁰	Crépe Georgette einfarbig gemastert, ca. 100 cm br. Meter 22⁵⁰
Reinw. Schotten ca. 100 cm br. an. Crépe-Fond, Meter 3⁹⁰	Rips reine Wolle, ca. 130 cm breit, in vielen Farben Meter 6⁹⁰	Crépe Satin reine Seide, doppelbreit, Meter 12⁵⁰	Brokat für Gesellschaftskleider, in neuesten Farbestellungen, Meter 24⁵⁰
Gabardine reine Wolle, ca. 130 cm breit, marine, Meter 4⁸⁰	Tuch reine Wolle, ca. 130 cm breit, in den neuesten Farben Meter 8⁵⁰	Seidenstoff gemastert, für Strassenkleider, doppelbreit, Meter 13⁵⁰	Broché Velours einfarbig gemastert, ca. 100 cm br. Meter 39⁵⁰

Röversamt und Velours-Chiffon

Verkauf von Klein-Schnittmustern

Ramagé *

„Die große Mode“

Strümpfe

Damen-Strümpfe Seidengriff od. Mako, schwarz und farbig Meter 95
Damen-Strümpfe prima Seidenfaser, farbig, feines Gewebe Meter 1⁹⁵
Herrn-Socken einfarbig und gemastert Meter 1²⁵
Herrn-Socken Jacquard, gute Qualitäten Meter 1⁹⁵

Unterlagen

Büstenhalter Kunstseide, „Marke Fando“ Meter 1⁴⁵
Damen-Schlüpfer Kunstseide, gute Qual., grosses Farbensortiment, Größe 42-44 Meter 3⁷⁵
Herrn-Hosen makofarbig, Größe 4 Jede weitere Größe 25 Pf. mehr Meter 2³⁰
Einsatzhemden gebleicht, schöne Muster, Größe 4-6 Meter 3²⁵

Blusen

Voilebluse mit farbigem Besatz und Knöpfen Meter 2⁴⁵
Kasak Konfektionsmuster, mit Sammetband u. Knöpfen reich garn., in vielen Farben Meter 3⁹⁰
Kasak aus gutem haumwollenen Crépe, in geschmackvoller Ausmusterung, Meter 4⁵⁰

Kasak aus gutem Baize, in schöner, bunter Ausmusterung Meter 4⁹⁰
Batistkasak gemastert, mit Babilkragen und Jabot Meter 5⁹⁰
Unterkleider gut kunstseid. Trikotgr. Farbauswahl Meter 3⁹⁰

Handarbeiten

Quadrat kräftiges Hablaiaz, vorgezeichnet Meter 40
Ripskissen mit Seidenglanz, vorgezeichnet Meter 1⁵⁰
Kinder-Kissen originale Zeichnung, vorgezeichnet Meter 2²⁵

Garnitur „Biedermaier“ weiss Halbleinen, vorgezeichnet Meter 95
Kissenplatte mit Rückwand, vorgezeichnet Meter 95
Mittendecke 80 cm, vorgezeichnet Meter 1⁹⁰
Tischdecke 100 cm, vorgezeichnet Meter 4⁵⁰

Damen-Handschuhe imitiert Leinen, Spez. Hertha, 3 Druckkn., schwarz, weiss u. mod. Farb. Paar 1⁶⁵

Damen-Handschuhe reine Seide, 12 Knopf lang, weiss Paar 3⁹⁰

Schuhwaren

Spangenschuhe für Damen, eleg. Ausführung, mod. schöne Form, verschied. Lederarten, unsort. Größen, Paar 11⁹⁰
Spangenschuhe für Damen, in verschiedenen Formen und Lederarten, auch Lack mit Verzierung, Paar 15⁹⁰
Herrn-Halbschuhe in verschiedenen Ausführungen, unsortiert, Paar 12⁹⁰
Herrn-Stiefel schwarz, moderne Form, gute Qualität, Paar 14⁹⁰

Wäschewaren

Bindekragen aus doppeltem Opal, mit Valenciennes-Stütze, Paar 1³⁵
Moderne Weste aus Opal, mit Spitze und Seidenband, Paar 1¹⁰
Hemdenpasse Klippel, Stück 75
Schal Kunstseide, gute Qualität, mit Quaste, Stück 4²⁵

HERMANN TIETZ

Mein Freund, der Filmschimmel.

Von Erna Büsing.

Mein Freund, der Filmschimmel, hat auch seine an Erlebnissen reiche Geschichte. Neulich erzählte er sie mir mit folgenden Worten: „Als ich zum ersten Male zum Film kam, handelte es sich selbstredend um Tut-anch-Amun. In den Gölener Bergen mimten wir ägyptisches Königreich. Alles war stilschön und wirkungsvoll, nur der gelehrte Beirat, ein Ägyptologe, schrie: „Aber, aber, die alten Ägypter hatten damals doch noch gar keine Pferde, die bedienten sich der Däsen als Zugtiere.“ „Däsen, Däsen!“ jagte der Regisseur, „reden Sie doch keinen Stuß, zum guten Großfilm gehören Pferde.“ Na, schließlich wurde mir der Oberbefehlshaberposten anvertraut. Als wir hoch oben auf dem Sandberg standen und drei Großaufnahmen gemacht waren, wurde plötzlich zum Ueberfall auf das Lager unserer Fehnde im Tal gebolten. Das war so meine Sache. Nach pferdenatürlicher Art setzte ich mich auf mein Hinterteil und rutschte wie ein geölter Blix den ganzen Berg runter. Ein Kavallerist guckte mich an und sagte: „Der ist italienisch eingeritten, sowas macht die italienische Kavallerie.“ Der Oberbefehlshaber aber rang schwer nach Atem, feberte wie eine englische Bulldogge vor dem zweiten Frühstück und leuchtete: „Das Bleist macht noch mal 'n Mann tot.“ Ein Hilfsregisseur schwenkte eine große, rote Fahne, das bedeutete: „Das Ganze halt!“ und der Regisseur schrie durch's Sprachrohr: „Schmeißt den Schimmel raus!“ Da kamen zwei Mann und führten mich ab.

Das zweitemal spielte ich Befreiungstriege. Weil ich solche gute Figur abgab, packte man mir Major von Lüchow auf. Er wollte mich zum Galopp anspringen lassen, anstatt mir den Kopf zu stellen, tippte er mich mit den Sporen. Da nahm ich das erste Bein, das mir zur Verfügung stand, und sprang Galopp an. Das war links Galopp, mein Reiter jedoch konnte nur rechts Galopp. Da, dachte ich, das ist deine Schuld, ich schrummte los, wie die Feuerweh und alle meine Pferdellenge hinterher. Doch, was hätte ich angerichtet, Major von Lüchow hatte Herzklappen bekommen, ein Menschenfreund schenkte ihm ein Abonnement auf einen Reikurkurs im Taiterfall und Lüchows wilde, verwegene Jagd hatte ich aus den Klauen gelappert. Das ganze Gelände war mit Ausrüstungsgegenständen überjät. Da nahm mich jemand am Kopf und sagte: „Mit dir ist Schluch am Bosphorus.“

Nun hatte ich Unwarschhaft auf eine Berliner Droschke und drei Kaputte Beine. Aber Fredericus Rex wurde mein Erreter.

Ich habe nämlich viel Kuffah, einen großen Schritt und Schwung, folglich bin ich gut zu gebrauchen. Und nun ging's los: Schimmel vorne — Parodemarsch, Schimmel vorweg — Parodemarsch, Schimmel vorne — Parodemarsch. Man wurde ganz brägenstierig davon. Wenn man eben dachte, man wäre fertig, dann hieß es: „Großaufnahme, de Szene alleene“. Der Parodemarsch legte. Der Film wurde ein gutes Geschäft. Die Kinos rissen sich um den Film und alle Prominenten wurden auf die einzelnen Theater als Anziehungspunkte verteilt. So wanderte auch ich in das luxuriöse Besitztüm eines höchst vornehmen Lichtspieltheaters. Ich wurde in eine Box gestellt, die blau ausgepolstert war, wegen der künstlerischen Lichteffekte. Es war ein Beisatz und ein Leben, ein Flugzeug hätte wild werden können. Und was das Unangenehme war, abseits ich tüchtig apfelte, düstete es dennoch so unsonstig nach Parfüm und Parfüm „Weiße Rose“. Ich triegte Kopfschmerzen und kam mir vor, als ob ich Heliotrop gefressen hätte. Bei Jucker erhebt ich ja, das muß ich eingestehen, ich war vollgestopft bis oben hin. Aber was hat man letzten Endes von all diesem Hurrafratze! Man schlabbert im Maul und es säuert einem im Magen.

So nach und nach bin ich völlig ruhig geworden. Ich durchquerie mit Siegfried das Nebelmeer und den Feuersee, ich wurde Koprofen achtzehnmal unterm Leib totgeschossen und ich rettete unter Kroben den Großen Kurfürsten bei Fehrbellin. Jetzt bin ich eine Filmfanone. Ein Berliner Pferdewermer aber sagt nun von mir: „Det is ja jar teen Pferd, det is ja 'ne Kuh!“

Die Filme der Woche.

Verlorenes Land.

Im Mozart-Saal wurde ein großer Expeditionsfilm uraufgeführt, der vorerst unter dem Titel „Verlorenes Land“ lief, jetzt aber den Namen „Unter unbekanntem Kannibalen“ erhalten hat. Es handelt sich hierbei um die bischlich hervorragende Ausbeute, die Kapitän Frank Hurley von seinen in den Jahren 1923/24 unternommenen zwei Expeditionen nach Neu-Guinea mitbrachte. Auf den Inseln der Berlen, den Donnerstag-Inseln, errichtete die Expedition ihr Hauptdepot. Dabei wurde nicht veräumt, von einem Taucher, der auf der Suche nach Perlen in die Tiefe ging, eine Aufnahme zu machen. Doch nicht jede Muschel enthält eine Perle und leben will man überall, daher bezieht man auf diesen Inseln hauptsächlich den Export von Perlmutter. Die erste Landung der Expedition geschah auf einer kleinen Insel zwischen den Donnerstag-Inseln und Neu-Guinea. Von der riesigen 1800 Meter langen Karallenformation, die sich bis zur australischen Küste erstreckt, ist auch diese Insel umgeben. Ein quaternärer Beobachter ließ sich keine Mühe verdrießen, Photographien von dem eigenartigen Leben der Seeltiere zu machen. Tausend Wunder sind in den Karallenriffen erschlossen worden. Von Neu-Guinea selbst erblickt man nicht nur schöne Landschaften (u. a. von dem gebirgigen Innern), sondern auch prächtige Aufnahmen von den Sitten und Gebräuchen der dortigen Bewohner. Beim zweiten Teil der Reise werden wir Zeugen der Fahrten des Expeditionsschiffes Eureka und der schwierigen Streifen zweier Flugzeuge. Sie überflogen das Sumpfgelbiet Neu-Guineas. Aus der Vogelperspektive erblickte man Anhebungen, die im Moraste nahezu verankert. Zuguterletzt wurde ein bislang noch unbekannter Kannibalenstamm entdeckt, der sich Menschenfleisch recht gut schmecken und bekommen läßt. Sogar der langgestreckte Tempel, dessen Boden gefärbt ist von Menschenblut, konnte seine grotesken, unheimlichen Götterbilder nicht vor dem Karbelmann verbergen. Sie erscheinen jetzt auf der Leinwand, ebenso wie die Schädel der Aufgefressenen, die in einer gewissen dekorativen Wirkung mit bunten Saatkörnern geschmückt sind. Jeder Volksstamm hat seine ihm lieben Erinnerungen. Für die Kannibalen sind die Schädel ihrer Opfer die Siegestrophäen. Das gefährliche Wältschen lebt in Höhlen, die ihrer Form nach an aufgesperrte Krokodilsrachen erinnern. Stehende, bunte Lichtbilder gaben einen Vorgeschmack von der märchenhaften Farbenpracht, die einen

in dem Paradies der Südsee erwarten würde — falls man dorthin reifen könnte. Kapitän Frank Hurley, von der feindlichen Begleiterin Sonne nie aus den Augen gelassen, hat eine tüchtige Arbeit geleistet. Die Ergebnisse aber waren einen derartigen Wagemut wert. e. b.

Fox-Grotesken.

Die Alhambra lockte mit neuen Fox-Grotesken, aber Fox will keine neuen Wege gehen. Es ist stets das übliche Durcheinander, in das dann und wann mal eine neue Idee gemengt wird. Erwähnenswert bleibt nur der Versuch, Freiherr von Münchhausens Erzählungen zu verfilmen. Man hätte sie ruhig weiter ausspinnen können, denn die Amerikaner haben das Zeug in sich, Münchhausens Worte in Filmtaten umzusetzen. Alles in allem sieht man es aber sehr deutlich, die Zahl der Fox-Berecher schrumpft zusammen. So leer war die Alhambra wohl noch nie, obwohl das übrige Programm allererste Paritätsträfte aufweist. Zudem sei die Deulig-Woche genannt, die gute Aufnahmen vom Reichsbanner- und Verfassungstag bringt. Bei den Sportberichten aus aller Welt sieht man als anstauenswerte Neuheit fahrbare Zuschauertribünen bei einer Ruderregatta. —g.

Liebe und Trompetenblasen.

U. I. Kurfürstendamm.

Unter Richard Eichbergs Regie ist in „Liebe und Trompetenblasen“ ein Film entstanden, der von allerhöchster Frohlaune erfüllt ist. Diese lustige Begebenheit aus dem heiteren Wien vergangener Tage ist so leichtbeschwingt verarbeitet, daß sogar die wachsenden Wiener volk auf befriedigt sein dürften. Niemals wurde man im Spiel plump, niemals grob in den Einfällen. Der Rittmeister Ottolar Reichsgraf von Eppenstein ist der schneidigste Mann im ganzen Regiment, — so denken alle Damen. Er wird verheiratet, weil er ein dummes Mädel, das zufällig Komtesse ist, küßt. So sieht er sich sehr gegen seinen Willen in den Ehefäßig gesperrt. Na, zur Ehe kann man ihn zwingen, zur Liebe aber nicht. Er hält sich schädelos. Doch da er dem Erzherzog ins Handwerk puschelt, hat dieser ein begreifliches Interesse daran, das junge Ehepaar zusammenzuführen. Der Rittmeister wird strafversetzt in eine kleine Garnison, und die Frau Gemahlin wird ihm zur Gesellschaft nachgeschickt. Da außerdem noch eine echte und eine falsche Kammerzofe auf der Bildfläche erscheinen und die Herren zur Belämpfung

der Langeweile tüchtig trinken, ergeben sich immer neue Zufälle, die das Publikum in stets vergnüglicher Stimmung halten. Zum Schluß ist alles in bester Ordnung. Der Rittmeister bekommt seine Frau, der Erzherzog, was ihm zukommt, und der Major einen Orden. Gespielt wurde hinreichend. Harry Liedtke war der schneidige Rittmeister, und Wlian Harvey war liebtwert und glaubhaft als Komtesse. Sie holte sich einen ehrlichen Erfolg. Mary Kid war fesch, und der Erzherzog Leopold, von Frich Spira tadellos dargestellt, bewies wirklich keinen schlechten Geschmack. Hans Junkermann war ein Major, dessen Totschichtigkeit, um höflicherweise nicht Dämlichkeit zu sagen, tatsächlich prämiert werden mußte. Die hervorragende photographische Arbeit ist das Verdienst von Wili Hameiter und Erich Grimmer. e. b.

„Das schleichende Gift“. Für ihr im Entstehen begriffenes Wert, den modernen Propagandagrosfilm zur Belämpfung der Geschlechtskrankheiten: „Das schleichende Gift“, arbeitet gegenwärtig die Kulturabteilung der Ufa. Sie schuf sich zur Versorgung ihres Films mit Material eine eigene Organisation, um alle in Deutschland zerstreuten, interessanten und seltenen Krankheitserscheinungen auf diesem Gebiete zu erfassen und für ihre Arbeit nutzbar zu machen. In der letzten Woche fanden Aufnahmen hierzu an den Universitätskliniken in Jena und Kiel statt; in anderen Städten, Freiburg und Hamburg, sind sie noch in Vorbereitung. Die Bearbeitung des Films liegt in den Händen von Dr. C. Thomalla und Dr. R. Kaufmann. Das Werk wird voraussichtlich im Spätherbst d. J. seine Uraufführung erleben.

Mary Johnson, die bekannte schwedische Darstellerin, spielt „Das Fräulein vom Amt“ in dem demnächst erscheinenden Sternheimfilm der Ufa. Regie: Hanns Schwarz.

Das Filmhaus Braumann u. Co. bringt demnächst einen Grosfilm mit Virginia Kelly auf den Markt, betitelt „Der Roman einer Krankenschwester“ (Strungen des Herzens). Die Regie führt Harry U. Pollard, der Regisseur des kürzlich erschienenen Films „Der Blüchsauffeur“.

„Das alte Ballhaus“ jensiert. Der große Film „Das alte Ballhaus“, welcher von der Firma Althoff u. Co. soeben beendet wurde, hat die Zensur passiert.

Bruno Kastner wurde von der Rational-Film-A.-G. für eine tragende Rolle in dem neuen Roman-Film „Die Ahmanns“ nach Hedwig Courths-Mahler verpflichtet.

Ein Film der Laubstumm-Blinden. Unter dem Titel „Sprechende Hände“ hat der Geroid-Film (Regie: Gertrud David) im Auftrage des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland einen Film hergestellt, der das Leben, den Unterricht, die Arbeit, die Erholung der Laubstumm-Blinden im Oberlinhaus zu Rommes schildert. Der dreitägige Bildstreifen wurde von der Bildstelle Berlin als Lehrfilm anerkannt.

„Das Abenteuer“ mit Imogen Robertson. Die Phoebus-Film-A.-G. hat das Verfilmungsrecht des Romans „Das Abenteuer“ von Emil Scholl erworben. Für die Hauptrolle ist Imogen Robertson vorgesehen, während Robert Dinesen die Regie führen wird.

„Wenn du eine Tante hast...“ ist der Titel des neuesten Terra-Films, den Karl Boese, der Regisseur des Films „Die drei Portiermädels“ in Kürze drehen wird.

„Nebengeräusche, die Komödie des Herzens“. Die Uraufführung der im Verleih der Phoebus-Film A.-G. erscheinenden Douglas MacLean-Komödie „Rever Say Die“ findet unter dem Titel „Nebengeräusche, die Komödie des Herzens“ demnächst im Rarmorhaus statt. Die deutsche Bearbeitung stammt von Hanns Brodny.

Aus den Totenkammern eines Klosters. Daß man Tote einbalsamiert, dürfte in weitesten Kreisen bekannt sein, daß aber in Palermo ein Kloster existiert, in dessen Totkammern jahrhundertalte Leichen durch die konservierende Eigenschaft der Luft noch heute völlig erhalten sind, bleibt der Deulig-Woche Nr. 33 in interessanten Bildern zu zeigen, vorbehalten. — Man sieht da einen rabenschwarzen, sechzehnjährigen, kleinen König aus dem Inneren Afrikas, der mit Würde die Huldigungen seiner Untertanen entgegennimmt, dann das große Autorennen in Indianapolis in Amerika von der Tribune und vom Flugzeug aus und lacht dann herzlich über die Aufnahmen von jungen Löwen und Enten-beim gemeinsamen Frühstück in einer Löwenküche. Der moderne Schuppelstift ist ein gewandter Sportsmann, den man auf seinen Übungswegen zu Kraft und Schönheit bewundern kann.

„De Dithmarscher Buren“. Wie wir hören, sind die in Wessleben in Hofftein gedrehten historischen Szenen aus dem Leben Hebbels ein Teil des neuen großen Kulturfilms der Deulig-Film-Aktiengesellschaft „De Dithmarscher Buren“, Manuskript und Regie Dr. Ulrich Kasper. Der Film handelt von Land und Leuten einst und jetzt, von alten und neuen Sitten.

Berlin-Grünwald filmt. Die Rational-Film macht für ihren Film „Die Ahmanns“ in dieser Woche Aufnahmen in der Villa des Staatsministers a. D. Breuß in der Villenkolonie Grünwald. Die Aufnahmen, unter der Regie Arthur Bergens, mit Grete Reinwald und Bruno Kastner in den Hauptrollen finden sämtlich in dem Part des Grundstücks statt.

Hans Salomonski hat die Leitung der Propagandaabteilung für die Firma Althoff u. Co. übernommen.

Filmaufnahmen in Kiel. Carl Boese ist am 8. d. M. mit den Darstellern des ersten Eito-Films der Rational „Die eiserne Braut“ nach Kiel abgereist, um dort eine Reihe Aufnahmen zu machen.

Giovanni Vitroffi hat soeben im Phoebus-Atelier die ersten Schlußaufnahmen für den Udinifilm „Der Kampf gegen Berlin“ (Manuskript: Kurt J. Braun, Regie: Max Reichmann) geturbelt. Für die Herstellung sämtlicher Befestigungswerte wird der Architekt Alfred Junge verantwortlich zeichnen.

Normalvertrag für die Einzelkasseler in der Filmindustrie. Nachdem die Bühnengenossenschaft sich der Interessen der bei ihr organisierten, in der Filmindustrie tätigen Einzelkasseler angenommen hat, sind Verhandlungen mit dem „Verband der Filmindustriellen“ und dem „Wirtschaftsverband Bayerischer Filmfabrikanten“ über die Schaffung eines Normalvertrages eingeleitet worden. Sie haben einen befriedigenden Verlauf genommen und werden nach Beendigung der Ferien fortgesetzt werden.

Ufa-Theater Kurfürstendamm

Ab heute:
Der neue große Eichbergfilm der Südfilm A. G.

**Liebe
und
Trompeten-
blasen**

Regie:
Richard Eichberg

**Der Film, der alle Lieblinge
des Berliner Publikums in
seiner Besetzung vereinigt!**

Lilian Harvey als entzückende kleine Komtesse
Harry Liedtke genau wie im Leben, „erklärt Favorit d. Damen“
Mary Kid als reizendes „ungarisches Mädel“
Paul Morgan als k. und k. Offiziersbursche Fliegenbein
Hans Junkermann als Major Frosch von Fröschen
Fritz Spira „also - ich muß schon bitten . . .“ als Erzherzog Leopold
usw. usw. usw.

**Der Film des goldenen alten Wien, mit
seinem leuchtenden Humor, seinem
herzbezwingenden Frohsinn, seiner
unter Tränen schon wieder lächelnden
Heiterkeit!**

Südfilm A. G.

Wovon man nicht spricht

„DAS SCHWARZE BUCH“
im Lloyd-Film-Verleih Berlin

Der sehenswerte Sittenfilm
täglich 5.40 7.20 9.10 Uhr

Richard Oswald Lichtspiele
Kantstrasse 163

Paul Hanke's Brothäckereien

Liefern von jetzt ab

Brot von neuem Roggen

Dasselbe zeichnet sich durch seinen lieblichen, schönen Geschmack aus, ist kräftig und hält sich lange frisch.



Das neue Roggenbrot.

Im Sommer, sei es auch noch so warm, sieht auf dem Lande man stehen, Die Schottler, die Senen fest im Arm, Um das frische Korn zu mah'n.

Wie herrlich es duftet, man wird so froh, Daß man erwidert nicht Not, Weil es nun gibt aus neuem Mehl Ein gutes, nahrhaftes Brot.

Paul Hanke bleibet es für billiges Geld Im Geschmack so lieblich und frisch, So findet man es überall, Bei jedermann auf dem Tisch.

Wer's einmal gekauft, wohl immer es lobt, Die Wangen sie werden rot, Wenn täglich man ißt mit großem Genuß Paul Hanke's Roggenbrot.

Paul Hanke's Brothäckereien befinden sich in allen Stadtteilen Berlins und Umgegend wie folgt:

- W 54 Alte Schützenstr. 20/40
- N Dusseldorferstr. 126
- Schwerstraße 12
- Putzstraße 30
- Baumstraße 91
- Debermannstraße 64
- Preisenwalder Straße 25
- Rüfstraße 105 a
- NO Lauenberger Allee 123
- Große Frankfurter Straße 23
- Polifadenstraße 2
- O Strahmannstraße 2
- Gärtnerstraße 23
- Bogdanoer Straße 113
- SO Köpenicker Straße 23
- Laufiger Straße 16
- S Stauffenbergstraße 22 a
- Detobener Straße 26
- Gellstraße 12
- W Steglitzer Straße 73
- Kolkenhofstraße 40
- Münchberger Straße 23
- NW Wilschauer Straße 45
- Dandlstraße 23
- Waldstraße 17
- Neukölln:
- Hermannstraße 226
- Kottbuser Damm 60
- Friedelsstraße 24/25
- Pankow:
- Wollanstraße 45

Theater, Lichtspiele usw.

Schiller-Theat.
Operettenpielzeit
8 Uhr
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora Löffler - Nymgau - Spira - Baselt - Heidemann - Diehlmann - Hiller - Kuthan - Ledebour

Lessing-Th.
Täglich 8 Uhr:
Die neue Revue Regenbogen
Bois, Herrfeld, Serak, Sikla, Unterkircher, Ury, Sister, Bitter LosAndaluses

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Die schöne Melusine
Komödie v. Lothar Ann Mewes, Scherk Maab, Sanden Schröder-Schram

Internat. Varieté
8 Uhr
3000 in 10000
Der letzte Knä
van der Straaten Schaufuß, Hainisch

Komische Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Europas meist gespielte u. somit erfolgr. Revue
400
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

Für Ruhr, Rhein, Saar!
Wallner-Theater
Gastspiel d. Altener Burgfestspieler
„Der Zöger v. Ailena“
von Ernst Bittlinger
Nur Montag, den 17., und Dienstag, den 18. August, 7 1/2 Uhr

Olivaer Lichtspiele
Olivaer Platz 7
Der große Erfolg:
Der Blitzchauffeur
mit
Reginald Denny
mit Bildern aus aufsehenerregenden Autowettfahrten

Flora - Lichtspiele
Landsberger Allee 40-41
Harry Piel in ZIGANO
Der Brigant von Montedivolo
Ab Freitag, den 21. August:
Die drei Portiermädels

Puhlmann Film und Bühne
Berlin, Schönhauser Allee 148
Heute:
CARLO ALDINI
In seinem größt u. neuert. Sens.-Film
Kick, der König d. Chauffeurs
Buster Keaton bekämpft den Mädchenhandel - und die große Bühnenschau
Ab Dienstag 2 große Schläger!
Unter d. Sonne Mexikos
Orlacs Hände
mit Conrad Veidt

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich:
Gr. Varieté-Vorstellung.
Kaffeebrüche ab 3 Uhr geöffnet.
Anfang 9 1/2 Uhr
Jeden Mittwoch:
Gr. Kinderfest



Das große Programm

- 1) Ouvertüre zu der Oper „Das Nachtlager von Granada“ ... von Kreutzer
- 2) Tintemannchen als Schneidergeselle
- 3) In der südöstlichen oder heißen Zone Spaniens
- 4) Auf der Bühne:
„In der Schenke zu Olivera“
Gesangs- und Tanzszenen unter Mitwirkung von Richard Rückner, Opernsänger, Irma Kugel mit ihrem Ballett
a) Marktendritanz ... von Kiesel
b) Bombardon-Lied aus der Oper „Das goldene Kreuz“ ... von Brüll
c) Tanzlied des Sebastiano aus der Oper „Tiefland“ ... von d'Albert
d) Bolero Nr. 5 ... von Moszkowsky

Der Stier von Olivera
Drama in 3 Akten von Erich Schönfelder und Dr. Ludwig Tell. Nach dem gleichnamigen Schauspiel von Heinrich Lilienfeld
Hauptdarsteller: Hanna Ralph, Emil Jannings, Ferdinand v. Alten, Fritz Schultz, Karl Ebert, Désiré Zador. Regie: Erich Schönfelder.
Vorverkauf ohne Aufschlag täglich mittags 12-2 Uhr

Ufa-Theater
TURMSTRASSE
(Turmstrasse, Ecke Stromstrasse)
Verkehrsverbindungen:
Direkt vor dem Theater halten die Straßenbahnlinien:
3, 4, 11, 12, 13, 14, 19, 21, 44, 45, 56, 113, 119.
Autobuslinien: Nr. 11, 28. Stadtbahn: Bahnhof Bellevue

UFA SPIELPLAN	
Ufa - Palast am Zoo	Wegen Renovierung geschlossen
Kurfürstendamm	Liebe und Trompetenblasen Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Turmstraße	Der Stier von Olivera Auf der Bühne: In der Schenke zu Olivera Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Taunusienpalast	Rose Bernd mit Henny Porten Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Friedrichstraße	Cleo, das Mädchen der Straße mit Pola Negri Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Kammerlichtspiele	Wege zu Kraft und Schönheit Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Alexanderplatz	Jackie, der kleine Robinso Rin-Tin-Tin, der Hund von Karibu Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Waldstrasse	Pietro, der Korsar Wochent. 7 u. 9 / Sonnt. 5, 7, 9
Ufa-Theater Kolonnenplatz	Wegen Renovierung geschlossen

Berliner Theater
Gastspiel
Fr. Lotte Ferry
v. Deutsch. Landes-theater Prag
7.45 Uhr:
Anneliese v. Dessau

Theat. d. Westens
Das große Operettenhaus
Tägl. 8 Uhr:
Wiener Blut
Operette v. Johann Strauß

Theater am Holländerplatz
Eröffnung 12. Aug.
Sonnabend, 22. Aug.
Die hellblauen Schwestern
Operette von Ed. Künnecke

Residenz-Th.
Die Koblancks
Volksstück m. Musik
Vorzeig. d. Anzeige zahlen nur halbe Kassenpr.
von 50 Pf. an

Casino-Theater
Lothriner Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Die dreiköpfige Posse
Der kühne Schwimmer
dazu das neuverfilmte Jubiläum-Programm

APOLLO
11. Theater 10.
12
Varieté-Sensationen
Reine Eintrittspr.

Zoologisch. Gärten Aquarium
Affen-Sonderschau
Tierkunstausstellig.
Tägl. ab 4 Uhr:
Gr. Konzert
Wochentags ab 7 U. abds. 75 Pf.

METROPOL VARIÉTÉ
8 Uhr
Der Internat. August-Spielplan

Metropol-Theat.
8 1/2 Uhr: Tausend süße Belachen

Thalia-Th.
Unwiderrüchlich letzter Monat
8: **Uschi**
Th. in d. Kommod. Str.
8: Vetter a. Dingsda

LUNAPARK
Ab 3 Uhr
Sonntagsbetrieb
Eintritt 1 Mark
Feuerwerk
Konzert
Erna Offeney
mit ihrem Ballett

WINTERGARTEN
Im August Varieté größten Stils! (Tausend gelacht.)

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Sonnt. 30. 8.: Letz. Nachm.-Vorst. in halben Preisen u. vollem Kunst-Prgr.

Dönhoff-Brett!
Saal u. wandervoll. Garten
Großes Varieté!
U. a.: D. urkomische Sums

Neue Welt
Arnold Schoiz, Hasenheide 108/114

Jeden Sonntag
Großes Konzert
und
Varieté-Vorstellung
Ganz neues Programm!
35 Künstler
und
Großes Riesen-Kunstfeuerwerk
Ansbuch des Vesuv
abgebrannt von dem Kunstfeuerwerker E. Nielandt
Einlaß 2 Uhr Anfang 4 Uhr

HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG, Alsterdamm 25 u. 26
Berlin W 8, Unter den Linden 8, Königgrätzer Str. 123, Leipziger Str. 46/49 (Kaufhaus Tietz) u. Verkehrsbank A.-G., Kurfürstendamm 237
Frachtauskünfte erteilt das Schiffsrachtenkontor Q m. b. H., Berlin W 8, Unt. den Linden 8, Fernsprecher Zentrum 6448-49, 9197-99.

Nach Nord-Amerika u. Canada. Hamburg-New York ca. wöchentl. Abfahrt. Gemeins. Dienst mit **United American Lines**

Nach Süd - Amerika (Brasilien, Argentinien, Westküste), Cuba-Mexico, Westindien, Afrika, Ostasien usw. i. Verbindg. m. and. Linien

Billige Beförderung, vorzügl. Verpflegung
Eisenbahnfahrkarten zu Schalterpreisen. Zusammenstellbare Fahrpläne für das In- und Ausland. Schlafwagenplätze, Belegkarten f. deutsche und für internationale Schlafwagen. Reisegepäckversicherung ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Obersee, Luftverkehr, Rundflüge, Reklamellage, Brief- und Paketbeförderung
Auskünfte und Druckzettel über Fahrpläne und Beförderungsmöglichkeiten durch

HALLER REVUE 1925/26
im
Theater im Admiralspalast
Direktion Herman Haller

„ACHTUNG! WELLE 505“
PREMIÈRE
Mittwoch, d. 19. August, 7 Uhr
Ab Donnerstag täglich 8 1/2 Uhr
Preise: von 2.- bis 16.- Mk.

Vorverkauf ununterbrochen.

ULAP

Heute
Ein Jahrmarkt in Klein-Bumtsdorf
das Kleinstadt-Ereignis mit dem Weltstadt-Programm

- 4. Gartenkonzert
- 6. Offentl. Preisverteilung f. d. letzte Preisfrage: Was sagen Sie zu dem Programm!
- 8. Freibühne
- 9. Riesenfeuerwerk
- 10. L. Austr. Stets Loraine Die Feuerwelle l. 35 m Höhe

So was haben Sie noch nicht erlebt! Da müssen Sie dabei sein!
Eintritt 60 Pf.

Onkel Leo spricht:

Ich, der Onkel Leo

spreche jetzt zu Ihnen, denn man sagte mir, daß auch Sie kein Freund von Hühneraugen seien, trotzdem Sie welche haben. Warum stöhnen Sie denn noch immer und schallen sich keine Ruhe? Es ist doch eine Kleinigkeit, mit dem einzig dastehenden Hühneraugenpflaster „Lebewohl“ diese Ungeheuer zu beseitigen. Sie freuen sich dann wieder Ihres Lebens und sind beglückt wie ein frischgeschiedener Ehemann über Ihre gesunden Füße. Wenig Geld genügt doch, um Sie von Ihren Hühneraugen nebst Hornhaut und Schweißgeruch zu heilen. Hühneraugen-Lebewohl für die Zehen und Lebewohl-Ballen-Scheiben für die Fußsohle, von vielen Ärzten empfohlen, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß. Schachtel (2 Böden) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Elate-Sänger
Kottbuser Str. 6 - Tel. Mpt. 100 77.
Täglich 8 Uhr
die konkurrenzlose Revue
Berlin... da klicktet!
15 Bilder
Sicherste und best. Vorverkauf gültig 21. Aug.

Trabrennen
Ruhleben
Sonntag, den 16. August
nachmittags 2 1/2 Uhr